

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

49





Er. I. 1923/24.

## Niederschrift

Über

die Öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in der Sitzung am Donnerstag den  
12. April 1923, 4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne die  
entschuldigten Herren Drews und Dr. Jasper.

=====

Stadtverordneter Sohmerbach er-  
öffnete als Altersvorsitzender die Sitzung.

Es wurde sofort in die Tagesord-  
nung eingetreten.

Tagesordnung.

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Anträge:

Beschlüsse:

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.

Der Altersvorsitzende ersuchte die Verwaltung  
zu Punkt 1 der Tagesordnung Vorschläge zu machen.

23. 149.

Stadt-





Stadtverordneter M a r t h schlug den Stadtverordneten Stegmann vor, da seine Partei die stärkste in Parlamente sei und ein Recht habe, den Vorsitzenden zu stellen. Dieser Vorschlag wurde vom Stadtverordneten Dr. Röpke namens seiner Fraktion unterstützt. Andere Vorschläge wurden nicht gemacht.

Stadtverordneter Stegmann wurde als Vorsitzender gewählt.

Stadtv. Munte empfahl, anstelle der bisherigen 4 Vorsitzenden, sich mit 2 zu begnügen, es reiche vollkommen aus.

Die Stadtverordneten Lehnert und Stegmann widerapraachen diesem Vorschlage, es könnte sehr leicht möglich sein, daß der eine Vorsitzende krank oder verreist sei und es wäre dann nur noch ein Vorsitzender da, das sei natürlich nicht angängig.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, 2 Stellvertreter zu wählen. Vom Stadtv. Dr. Schultze wurde als 1. Stellvertreter der Stadtv.

Frede

Frede in Vorschlag gebracht und von der Versammlung gewählt, als 2. Stellvertreter der Stadtv. Munte, der ebenfalls gewählt wurde.

Hierauf übernimmt Stadtv. Stegmann den Vorsitz für das Vertrauen, das man ihm geschenkt habe, sprach er der Versammlung seinen Dank aus und führte weiterhin aus, daß er bestrebt sein werde, die Verhandlungen unparteiisch zu führen, schließt hieran jedoch den Wunsch, ihn sachlich zu unterstützen.

Alsdann wurde der Punkt 2 der Tagesordnung beraten.

## 2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

Oberbürgermeister Retemeyer bat die Versammlung von einer Wiederwahl des Stadtsekretärs Müller abzu- sehen, da derselbe mit anderen Arbeiten vollauf beschäftigt sei, diese Arbeiten könnten auch von einem anderen Beamten erledigt werden.

Für den Schriftführer brachte er den Bürogehilfen

fen Mehrmann, als stellv. Schriftführer den Büro-  
gehilfen Lies in Vorschlag.

Die Versammlung wählte den bisherigen stellv.  
Schriftführer Mehrmann als Schriftführer, den Büro-  
hilfen Lies als stellv. Schriftführer.

Der Vorsitzende begrüßte den anstelle des aus-  
geschiedenen Stadtv. Hassenius in die Versammlung  
neu eintretenden Stadtv. Pilz; der Gepflogenheit  
gemäß wurde er in dieselben Ausschüsse und Deputa-  
tionen gewählt, denen der Stadtv. Hassenius angehört  
hat.

Sodann wurden folgende Eingaben bekannt gegeben:  
a) Einladung des Guttemplerbundes Braunschweig e.V.  
in J.O.G.T. zu einem am 14. ds. Mts. im Atlantik-  
Haus stattfindenden Vortrage und zu einer am 15.  
ds. Mts. daselbst stattfindenden Logensitzung.

(Kenntnis gegeben!).

b) Angebot der Steinholzfabrik „Fama“ G.m.b.H., Han-  
nover, wegen Lieferung von „Fama“-Fußböden anste-

le von Linoleumbelag.

(Kenntnis gegeben und dem Rat der Stadt überwiesen.)

c) Eingabe des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes - Landesverband Braunschweig -, wegen Beschaffung einer Werkstätte für den Tischlermeister Sonburg, Reichsstraße 3.

(Kenntnis gegeben und dem Rat der Stadt überwiesen.)

d) Eingabe des fr. Angestellten Hermann Brandt hier, Gliesmaroderstraße 80 um Nachprüfung der zum 1. April 1923 ausgesprochenen Kündigung.

(Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)

e) Eingabe des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands - Gau 2 Norddeutschland - wegen Beschaffung von Arbeit, zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

(Kenntnis gegeben.)

1)

f) Eingabe des Besitzers von Holste Garten - Eduard Meyerhoff - wegen Entfernung der auf dem Spielplatze zu seinen Gartenrestaurant aufgestellten Baracken - Flüchtlingsbaracken. -

(Dem Rat der Stadt überwiesen.)

g) Gesuch des Künstlerbundes Niedersachsen wegen Umlassung von Räumlichkeiten zu Ausstellungszwecken auf die Dauer von 6 Monaten.

(Dem Rat überwiesen.)

h) Einladung des Zehnerbundes bildender Künstler zu einer am 15. ds. Mts. stattfindenden Ausstellungseröffnung im Landesmuseum.

(Kenntnis gegeben.)

Hierauf trat man in die Beratung der übrigen Punkte der Tagesordnung ein.

### 3. Antrag des Stadtv. M a r t h :

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, das Bestattungswesen auf dem Zentralfriedhofe in städtische Verwaltung

tung

tung zu übernehmen.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kahlert. Er führte aus, daß man sich im Ausschusse sehr eingehend mit dem Antrage beschäftigt habe. Vor der Durchführung des Antrages seien noch mehrere einschneidende Fragen zu klären, so z.B. die Beschaffung der Särge. Es bestände noch immer die Gewerbefreiheit, jeder könnte kaufen, wo er wolle. Wegen der Beschaffung von Särgen ein Monopol einzuführen, sei z. Zt. ausgeschlossen und an eine Herabdrückung der Preise nicht zu denken.

Genau wie bei der Beschaffung der Särge lägen die Verhältnisse bei der Überführung der Leichen zum Hauptfriedhofe, auch hier ständen z.Zt. keine Mittel zur Verfügung, auf eine Herabsetzung der Preise einzuwirken.

Durch die Einführung des Kombinations- (Papp-) Sarges seien ja die Kosten schon bedeutend verringert - ein Papp-Sarg ist etwa 40 % billiger -. Ob

sich

sich dagegen dieser Sarg auch im Sommer bewahren wird - beim Auslaufen der Leichen - das müßte die Zeit erst lehren.

Die beste Lösung der Sargfrage sei die Einführung eines Einheitssarges, der von der betreffenden Behörde oder Dienststelle vorgeschrieben würde.

Namens des Rechtsausschusses empfahl Stadtv. Dr. Kahlert, den Antrage mit der Maßgabe zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, bei anderen Städten Erkundigungen über das Bestattungswesen einzuziehen und demnächst den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Stadtv. Marth pflichtete den Ausführungen des Berichterstatters vollkommen bei. Der Zweck seines Antrages sei, das Bestattungswesen bedeutend zu verbilligen. Die in der Stadt bestehenden 10 Beerdigungsinstitute hätten einen Ring geschlossen und könnten daher fordern was sie wollten. Je schneller das Bestattungswesen auf die Stadt überginge, desto

cher



eher sei auf eine Herabsetzung der Kosten zu rechnen. Ebenso sei die Einführung eines Einheitssarges unbedingt erforderlich. Ob arm ob reich, ganz gleich, nur ein Einheitssarg. Mancher Hinterbliebene würde dadurch schon viel sparen, denn heute wollte keiner den anderen in der Ausführung des Sarges nachstehen.

Wenn die Kirche für das Volk wirklich etwas tun wollte, so solle sie das Bestattungswesen - der Friedhof gehört der Kirche - dem Rat der Stadt übergeben, dann könnte genau wie bei der Feuerbestattung vorgeschrieben werden, sondern muß der Sarg sein usw. Um zu erfahren, wie in anderen Städten das Bestattungswesen eingerichtet ist, wäre es wünschenswert, Erkundigungen einzuziehen.

Stadtrat von Frankenberg stimmte den Ausführungen des Berichterstatters und Stadtverordneten Harth zu und hält die Einrichtung eines städtischen Bestattungsamtes für sehr wünschenswert. Stadtv. Dr.

Kah<sup>1</sup>

Kahlert wandte sich dann noch gegen die Krankenkassen, die für jeden Sterbefall eines Mitgliedes den Hinterbliebenen den Betrag von 240 000 M auszahlten, es wäre richtiger, wenn die wirklich entstandenen Kosten erstattet würden.

Stadtv. Lehnert widersprach den Ausführungen, die Krankenkassen könnten mit dem Gelde der Arbeitnehmer-ihrer Mitglieder - (Zuruf des Stadtv. Pilz: und der Arbeitgeber !!) machen, was sie wollten, da ließen sie sich keine Vorschriften machen.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit dem Beschluß des Rechtsausschusses angenommen.

#### 4. Antrag des Stadtv. Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, auf baldige Beseitigung folgender Mängel der Städtischen Fortbildungsschule hinzuwirken.

- 1). Das System der nebenamtlichen Lehrkräfte abzubauen und nach Möglichkeit hauptamtliche Lehrkräfte anzustellen.
- 2). Die für die Fortbildungsschüler ungeeigneten Schulbänke in Waisenhaus durch andere Sitzgelegenheit zu ersetzen.
- 3). Geeignete Maßnahmen gegen diejenigen Arbeitgeber zu ergreifen, die den Besuchern der Fortbildungsschule für die Zeit des Schulbesuches den Lohn kürzen, was zur Folge hat, daß die Betroffenen vielfach ihrer Schulpflicht nicht genügen.
- 4). Die Zersplitterung der in 15 verschiedenen Gebäuden untergebrachten Klassen zu beseitigen, durch Freimachung eines Schulgebäudes für die Fortbildungsschule.

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv.  
Stukenberg. Er führte aus, daß über jeden der 4  
Punkte besonders abgestimmt werden müßte. Es

Es sei augenblicklich nicht möglich, mit dem System der nebenamtlichen Lehrkräfte abzubauen, da keine ausgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung ständen.

Der Schulausschuß empfiehlt, den Punkte 1 mit der Maßgabe zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, auf den Abbau des Systems der nebenamtlichen Lehrkräfte bedacht zu sein und bei den maßgebenden Stellen darauf hinzuwirken, daß das Reichsberufsschulgesetz sobald wie möglich verabschiedet wird.

Stadtv. Harth führte aus, daß einem großen Teile der Arbeitgeber noch das Verständnis für die Fortbildungsschule fehle. Wenn ein junger Mensch tagsüber 8 Stunden im Betriebe gearbeitet habe, so habe er an den Unterricht nicht mehr viel Interesse, es müsse angestrebt werden, den Unterricht auf die Nachmittagsstunden zu verlegen.

Der Punkt 1 mit dem Antrage des Schulausschusses wurde angenommen.

Zu Punkt 2 des Antrages teilte Stadtv. Stukenberg-

berg mit, daß bereits für 2 Klassen neue Sitzgelegenheiten beschafft seien und es schwebten augenblicklich Verhandlungen, für weitere 4 Klassen neue Geräte anzuschaffen.

Der Schulausschuß empfiehlt, den Punkte 2 mit der Maßgabe zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, für die Beschaffung neuer Gerätschaften besorgt zu sein und der Bewilligung der Mittel zur Anschaffung neuer Geräte für weitere 4 Klassen zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte zu.

Zu Punkt 3, so führte der Berichterstatter aus, habe der Schulausschuß mißbilligend davon Kenntnis genommen, daß ein Teil der Arbeitgeber denjenigen Lehrlingen, die den Fortbildungsschulunterricht besucht hätten, der Lohn gekürzt sei. In einer Versammlung der Baugewerke-Innung sei beispielsweise ein Beschluß gefaßt, den Lehrlingen den Lohn zu kürzen, die zum Unterricht nach der Fortbildungsschule gingen.

Ein

Ein gesetzlicher Zwang zur Auszahlung des zurüch behaltenen Lohnes bestände leider nicht.

Der Schulausschuß empfiehlt, den Rat zu ersuchen, in Verbindung mit dem Staatsministerium mit den Innungen und der Handwerkskammer diesbezügliche Verhandlungen zu führen, in übrigen den Punkt anzunehmen.

Stadt v. Sievers meinte, ein Teil der vernünftigen Arbeitgeber habe den Nutzen der Fortbildungsschule bereits erkannt, nur Qualitäts-Arbeit könne Nutzen bringen und diese wiederum könnte nur von qualifizierten Arbeitern geleistet werden. Eine gute Ausbildung sei für die Lehrlinge erforderlich, damit ein tüchtiger Nachwuchs vorhanden sei. In dieser Angelegenheit müßten in Verbindung mit dem Staatsministerium Verhandlungen mit den Innungen und der Handwerkskammer geführt werden, die sicherlich zu einem guten Ergebnis führen würden. Während andere Städte soviel wie nur irgend möglich für ihre Fortbildungsschulen täten, dürfte man auf keinen Fall

die

die Bestrebungen für die hiesige Fortbildungsschule vernachlässigen und dieselbe stiefmütterlich behandeln.

Stadttrat von Frankenberg wunderte sich darüber, daß verschiedene Innungen gegen den Besuch der Fortbildungsschule seien bezw. den Lehrlingen, die die Fortbildungsschule besuchten, Lohnkürzungen seitens der Arbeitgeber gemacht würden, während s.Zt. bei Erlaß der fraglichen Satzung sowohl die Innungen wie auch die Handwerkskammer die besten „Bundesgenossen“ gewesen wären.

Daß heute die Innungen eine andere Ansicht vertreten würden, sei sehr bedauerlich.

Der Punkt 3 mit dem Antrage des Schulausschusses wurde angenommen.

Die Beschlußfassung über den Punkt 4 des Antrages wurde ausgesetzt, da der Rat der Stadt erst noch ein Verzeichnis beschaffen wollte, aus dem ersichtlich sei, welche Klassen bezw. Schule für die Unterbringung der Fortbildungsschule noch in Frage kommen könnten.

5.) Festsetzung der Vergütung für die Gestellung  
von Schwestern vom Roten Kreuz.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen,

daß für jede Schwester im Monat März 25 000 M

" " April 35 000 M

" " Lernschwester im Monat März 8 334 M

" " April 11 667 M

gezahlt werden und daß vom 1. Mai 1923 ab die Vergütung so geregelt wird, wie in Landeskrankenhäusern, d.h. 15% der Gesamtbezüge eines volljährigen männlichen, im 5. Dienstjahre stehenden Angestellten der Vergütungsgruppe II ohne Kinderzuschlag und ohne Frauenzuschlag nach dem Tarifvertrage der Braunschweigischen Staatsangestellten; für die Lehrschwester 1/3 der Schwesternvergütung.

Für den Finanzausschuß berichtete die Stadtv. Frau G e t z e, die der Versammlung anheim gab, der Ratvorlage zuzustimmen.

Stadtrat von Frankenberg teilte der Versammlung,

mit,



mit, daß zur Bewältigung der vielen Arbeiten die Einstellung einer weiteren (19.) Schwester erforderlich geworden sei und ersuchte die Versammlung, der Einstellung zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Schultze wünschte Auskunft über die jetzige Ausbildung der Krankenschwestern, die von Stadtrat von Frankenberg gegeben wurde.

Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Ratsvorlage und der Einstellung einer weiteren (19.) Schwester zugestimmt.

6. Neufestsetzung der Vergütung für die Mitglieder der freiwilligen und der Reservefeuerwehr.

Bürgermeister M e y e r gab namens des Rates der Stadt anheim, von der Beratung der Vorlage heute abzusehen.

Die Beratung wurde ausgesetzt.

(Den Vorsitz übernimmt vorübergehend Stadtv. Frede)

7.) Festsetzung der Gemeindegrundsteuer und der  
Gewerbesteuer.

(Die Vorlage ist vervielfältigt, siehe Anlage)

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. S t e g m a n n, der Ratsvorlage zuzustimmen. Stadtv. M a r t h bedauerte, daß die Plätze der „Rechten“ leer wären, ihn käme es so vor, als ob die Vorlage sabotiert werden sollte. Seine politischen Freunde würden auch nur in Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt der Vorlage zustimmen.

Stadtv. B u r g d o r f f erwiderte, daß, wenn die Plätze auch leer wären, die Stadtverordneten der Rechten doch in Saale anwesend seien und den Verhandlungen doch zugehört hätten. Stadtv. F r e d e gab namens der Wirtschaftl. Arbeitsgemeinschaft die Erklärung ab, daß sie diese Steuer als ungerecht ansehen würden, aber wegen der Finanzlage der Stadt trotzdem dieser Steuer zustimmen würden. Wenn er hätte nicht den Vorsitz übernehmen müssen, so wäre diese Erklärung schon früher abgegeben, sodaß dem Stadtv. Marth vielleicht keine Bedenken aufgekomen wären.

Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Stadtv. S t e g m a n n übernimmt wieder den  
Vorsitz.

8. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von  
Arbeitsgelegenheit.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n teilte der  
Versammlung mit, daß der Ausschuß zur Beschaffung  
von Arbeitsgelegenheit in seiner Sitzung am 10.d.M.  
verschiedene Notstandsarbeiten zur Ausführung in  
Vorschlag gebracht habe, z.B. die Kanalisierung des  
Buchenweges und Zuckerbergsweges (16 000 000 M),  
die Kanalisierung des Brudertieges zwischen Rudolf-  
platz und Kälberwiese (1.Rate ..... 20 000 000 M.  
Ausbau des Buchenweges und Brockenblicks (4 000 000 M,  
Arbeiten am Aussichtsberge im Bürgerpark

(1.Rate 10 000 000 M)

Namens des Rates gab er der Versammlung anheim, die  
hierfür erforderlichen Mittel (50 000 000 M) zu be-  
willigen.

Stadtv.

Stadtv. P i e p e r meinte, es sei eine „große“ Summe 50 000 000 M., im Hinblick auf die Zahl der Erwerbelosen, sei sie dennoch als „mäßig“ zu bezeichnen. Es dauere gar nicht mehr so lange, dann läge das ganze Baugewerbe still. Man möge beim Staate bzw. Reiche dahin vorstellig werden, daß zum Wohnungsbau wieder Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Industrie und Landwirtschaft müßten hierzu herangezogen werden. Von jedem Morgen Getreide ein gewisser Teil zum Wohnungsbau, der Industrielle für jeden von ihm beschäftigten Arbeiter soviel zum Wohnungsbau. Stadtv. S a n e r b i e r unterstützte die Ratsvorlage, würde es dagegen lieber sehen, statt Arbeiten am „Scherbelberge“ solche am Schloßplatze auf dem Bohlwege (Erweiterung des Bohlweges, Entfernung des Gitters, Anlage eines gärtnerischen Parks auf dem Schloßplatze). Stadtbaurat G e b e n s l e b e n erwiderte, daß noch weitere Arbeiten geplant seien, es finde am 13.d.Mts. eine Sitzung im Staatsministerium statt, hoffentlich

hoffentlich würde das Staatsministerium weitere Mittel zur Verfügung stellen.

Stadtv. D i e t e r m a n n sähe lieber, wenn statt 50 000 000 M 500 000 000 M bewilligt werden müßten, denn wie lange würde es dauern, und die Mittel wären erschöpft.

Stadtv. B u r g d o r f f stellte fest, daß die „Rechte“ auch dieser Vorlage genügend Achtung geschenkt habe, da aber bereits von der „Linken“ zu der Sache eingehend Stellung genommen sei, erübrige sich dieses für „die Rechte“ auch sie würden die Mittel bewilligen.

Stadtv. M a r t h teilte mit, daß der Bahnhofsbau in größerem Umfange in Angriff genommen würde, außerdem würde die Eisenbahn 24 Wohnungen auf ihre Kosten bauen lassen.

Dr.  
Stadtv. S c h u l t z e regte an, den Spielplatz Richtalstraße Ecke Cellerstraße instandsetzen zu lassen.

Stadtv.

Stadtv. H e l z e r brachte in Vorschlag, die Brücken zu erweitern, da sie im allgemeinen für den Verkehr nicht mehr ausreichten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n erwiderte, daß eine Verbreiterung der Brücken nicht in Frage kommen könnte, da 1.) die Brücken noch immer Eigentum des Staates seien und sich 2.) die Kosten für Beschaffung des Materials bedeutend höher stellen würden, als der Lohn der dabei beschäftigten Arbeiter, der Brückenbau eignete sich zu Notstandsarbeiten ganz und gar nicht.

Ein Hinweis des Stadtv. S a u e r b i e r, daß der Ingenieur Frühling auf seinem Grundstück an der Wolfenbüttelerstraße noch nicht gebaut habe, obgleich dieses s.Zt. beim Verkauf der Flächen zur Bedingung gemacht sei, wurde vom Stadtbaurat Gebensleben dahin aufgeklärt, daß die fragl. Fläche vor einigen Tagen erst aufgelassen sei, er wolle sich aber mit dem p. Frühling in Verbindung setzen.

Die Versammlung beilligte die geforderten  
50 000 000 M.

9.) Gewährung von Brennstoffen an Arbeitslose.

Bürgermeister M e y e r teilte mit, daß der Braunschw. Arbeitsminister beschlossen habe, denjenigen verheirateten Arbeitslosen, die eine größere Anzahl Kinder haben oder sich in besonderer Notlage befinden und seit dem 24. Februar d. Js. ununterbrochen arbeitslos sind, eine einmalige Unterstützung in Form von Brennstoffen zu gewähren unter der Bedingung, daß die Hälfte der dadurch entstehenden Kosten von der Stadt getragen wird.

Bürgermeister M e y e r gab namens des Rates der Stadt anheim, diese Mittel, deren Höhe z. Zt. noch nicht angegeben werden kann, zu bewilligen.

Die Versammlung ermächtigte den Rat der Stadt, die in Frage kommenden Beträge zu zahlen bzw. zuzuschießen.

10.) Änderung des Ortsbauplanes auf der  
Charlottenhöhe.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Raschen, er empfahl der Versammlung, der durch den mit dem  
Kaufmann

Kaufmann Hartwig und der Fa. Franke und Heydecke stadtseitig abgeschlossenen Verträge, notwendig gewordenen Änderung des Ortsbauplanes auf der Charlottenhöhe zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Änderung des Ortsbauplanes zu.

11.) Anfrage des Stadtverordneten M a a ß:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß nach statistische Angaben im Jahre 1922 eine Verschlechterung der Handelsmilch festgestellt worden ist ?

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um eine Verbesserung der Milchkontrolle zu ermöglichen ?

Stadtv. Maaß führte aus, daß die Milch nicht einwandfrei abgegeben würde. Die Braunschweiger Molkerie stelle ihren Wagenbetrieb ein und habe in der Stadt Braunschweig ungefähr 80 - 90 Verkaufsstellen eingerichtet, in Kolonial-, Material-Grünwarengeschäften pp. Es sei unbedingt erforderlich, bei der Polizeidirektion den Antrag zu stellen, diese Verkaufsstellen häufiger zu prüfen. Vor dem Kriege konnte man häufiger in den Zeitungen lesen, wer sich der

Milch-



Milchpanscherei schuldig gemacht habe.

Stadtrat S o h a p e r teilte mit, daß inner noch Milchpanschereien vorkämen, es sei die Milchuntersuchung aber Sache der Polizeidirektion. Das Umherfahren der Milch durch die Braunschw. Molkeret sei zu teuer geworden und deshalb habe sich diese entschlossen, mehrere Verkaufsstellen in der Stadt einzurichten. Die in Frage kommenden Geschäfte würden vorher natürlich auf ihre Beschaffenheit und Sauberkeit geprüft.

Stadtv. G a r t u n g beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadtv. L e h n e r t teilte mit, daß die Milch heute sehr dünn sei. Die Flößmilch, die man früher für 5 3 das Liter kaufte, sei „dicker“ gewesen, als die heutige „Vollmilch“ für die man 600 M und mehr bezahlen müsse.

Stadtv. G a r t u n g hielt es auch für richtiger, die Milchgeschäfte zu kontrollieren, als diejenigen Bäcker, die am Nachmittag des Karfreitags

Kuchen

Kuchen gebacken hätten.

Stadtv. M a a ß wünschte die Milchkontrolle schärfer durchgeführt, die Milchverfälschungen müßte auszurotten sein. Wenn zu den Verkaufsstellen nur Geschäfte herangezogen würden, die mit Molkererprodukten handelten, so wäre dagegen nichts einzuwenden.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e teilte mit, daß die Milchkontrolle äußerst scharf durchgeführt würde. Die Braunschw. Molkeret würde sehr häufig kontrolliert, wenn wirklich Milchpanscherereien vorkämen, so könne das nur in den Geschäftsstellen geschehen. Infolge der Pasteurisierung der Milch ist ein Aufrahmen ~~der~~ nicht mehr möglich, man müsse auch einen Unterschied machen zwischen Frischmilch der Kuh und einer Sammelmilch.

Stadtrat Dr. R e i c h e bestätigte die Ausführungen des Stadtv. Dr. Schultze, wegen der Milchuntersuchungen bei der Braunschw. Molkeret, wenn die Milch verfälscht sei, so könne dieses nur in den

Ver-

Verkaufsstellen vorgenommen sein.

Stadtv. S t e i n e r t meinte, früher wäre jeder Bauer, der Milch einfuhrte, kontrolliert und die Stadtv. Frau G ö t z e fragte an, weshalb die „Milchpanscher“ heute nicht mehr namhaft gemacht würden.

12.) Anfrage des Stadtv. M a a ß :

Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung sollte die Aufteilung des Flugplatzes an der Brotze-  
merstraße zu Schrebergärten seitens des Rates der Stadt vor dem 1. April d. Js. in die Wege geleitet werden.

Welche Schritte hat der Rat der Stadt unternommen, um diesen Beschluß zur Ausführung gelangen zu lassen ?

Stadtv. M a a ß führte aus, daß dem Volke bekannt sei, daß das Flugplatzgelände aufgeteilt werden solle, Wenn überhaupt in diesem Jahre eine Bestellung stattfinden solle, dann müsse aber bald damit begonnen werden, sonst hätte es überhaupt

keinen

keinen Zweck mehr.

Stadtbaurat Gebensleben teilte der Versammlung mit, daß sich der Rat der Stadt sofort mit dem Landesfinanzamt in Verbindung gesetzt habe. Nach mehrmaligen Erinnern habe das Landesfinanzamt vor Kurzen mitgeteilt, daß das Breuchen dem Reichsfinanzminister zuständigkeitshalber übersandt sei. Eine Antwort sei bis heute noch nicht eingegangen.

Schluß 7<sup>10</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann.  
Vorsitzender.

C. Wehrmann,  
Schriftführer.

**N i e d e r s c h r i f t**

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
am Donnerstag, den 26. April 1923 4<sup>00</sup> Uhr nachmittags.

-.-.-.-.-

Gegenwärtig

die Stadtverordneten.

Es fehlen:

Stadtverordneter Drews,

Dr. Jasper und Pieper =ent=

schuldigt= Stadtverordneter

Maß =unentschuldigt=.

-.-.-.-.-

Der Vorsitzende, Stadtverordneter S t e g m a n n  
eröffnete die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst wurden folgende Eingaben bekannt gegeben.

- a. Einspruch der Geschwister S c h e i d t gegen die  
Verteilung der Kleinpachtländerei am Hopfengarten.  
(Die Eingabe wurde dem Rat der Stadt überwiesen.)

b/

b) Eingabe der Br. Bauhütte wegen Berücksichtigung bei Vergebung städtischer Bauarbeiten.

(Kenntnisgegeben.)

c) Eingabe der Ortsvereinigung für Angestellten-Heimstätten wegen Unterstützung ihrer Bestrebungen zur Behebung der Wohnungsnot.

(Kenntnisgegeben.)

d) Eingabe des Schwimmvereins „Delphin“ Braunschweig wegen Überlassung einer städtischen Frauenbadeanstalt an einem Abend in der Woche zu Schwimmübungen (Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorbereitung überwiesen.)

e) Anfrage des Siedlerverbandes Freiland, weshalb die Eddastraße noch nicht ausgebaut sei.

(Die Anfrage wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt.)

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tages-

## T a g e s o r d n u n g .

### Anträge.

### Beschlüsse.

- 1) Erlaß einer Satzung zur Abänderung der Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig (Nr. 67 vom 28. August 1919).

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtverordneter J a h n s . Er führte aus, daß der Rechtsausschuß der Ansicht gewesen sei, die jetzige Beratung der Vorlage als verfrüht anzusehen und empfahl der Versammlung, von einer Beratung der Vorlage abzu-  
sehen und bis auf weiteres zurückzustellen.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

- 2) Errichtung von 3 neuen Klassen in der Städtischen Mädchen-Mittelschule.

Der Rat teilt mit, daß infolge Auflösung der Lautherschen Schule die Einrichtung von 3 neuen Klassen - je einen 3.4. und 5. Klasse - erforderlich ist, er gibt anheim, der Einrichtung zuzustimmen und die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen.

Namens

Namens des Schulausschusses empfahl die Stadtverordnete Fräulein W o l t e, r s, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Zustimmung wurde erteilt.

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß nach der Tagesordnung die öffentliche Sitzung beendet sei, es kämen jedoch noch einige Punkte zur Beratung, die nicht auf der Tagesordnung ständen.

(Eine Sitzung des Finanzausschusses war nicht angesetzt, da anfangs keine Vorlagen zur Beratung vorhanden waren, die nachträglich eingegangenen Vorlagen wurden deshalb im Rechtsausschuß vorberaten.)

3) Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung einer Nähmaschine.

Der Rat gibt anheim, für die Anschaffung der Nähmaschine 65 000 M zu bewilligen.

Für den Rechtsausschuß berichtete die Stadtverordnete Frau S c h u l z e. Sie empfahl der Versammlung die beantragten 65 000 M zu bewilligen.

Ferner habe sie namens des Rechtsausschusses der

Ver-



Versammlung anheimzugeben, den Rat zu ermächtigen, über Mittel bis zu 100 000 M frei zu verfügen bzw. zu bewilligen.

Die Versammlung bewilligte die angeforderten 65 000 M und ermächtigte den Rat der Stadt über Summen bis zu 100 000 M frei zu verfügen.

4) Erhöhung der Pachten und der Gebühren für die Benutzung der Flußbadeanstalten.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Pacht für das Männerbad einschl. Luftbad von 22 500 M auf 1 260 000 M

und

für das Frauenbad von 12 000 M auf 700 000 M erhöht wird.

Die Gebühren sollen wie folgt erhöht werden:

Abonnent für 1 Person	2 000 M
" 2 "	3 000 M
" 3 "	4 000 M
" jedesweitere	
Familienmitglied	1 000 M

1 ein-

1 einzelnes Bad (Erwachsene)	60 M
" (Kinder)	30 M
für Vorleihen einer Badehose	50 M
eines Badeanzuges	150 M
" Handtuches	75 M
" Badelakens	150 M
für Aufbewahren von Handtuch und Badehose	250 M
desgl. von Badelaken oder -Anzug	500 M

Stadtverordneter S a u e r b i e r empfahl namens des Rechtsausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen. Stadtverordneter S t e i n e r t vermißte die Vorberatung dieser Vorlage in der Baddeputation, bisher sei es so üblich gewesen, so führte er aus, daß derartige Erhöhungen vorher in der betr. Deputation besprochen seien. Es ließe sich jetzt nicht so schnell erkennen, ob die in Ansatz gebrachten Sätze gerechtfertigt wären.

Bürgermeister M e y e r erwiderte hierauf, daß in einer der letzten Sitzungen der Baddeputation bei der Beratung des Haushaltsplans für die Flußbade-

anstalten

anstalten beschlossen sei, sowohl die Pachten als auch die Gebühren zu erhöhen. Diese Vorlage entspreche dem Beschlusse der Baddeputation. Da bereits am 15. Mai die Badesaison beginne, scheine eine schnelle Erledigung geboten.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

5) Festsetzung der Vergütung für den Verwalter der Freibadeanstalt.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß dem Verwalter der Freibadeanstalt - Heizer Schönian - eine monatliche Vergütung von 90 000 M gezahlt und ihm die Erlaubnis erteilt wird, für die Verleihung einer Badehose 50 M, für die Verleihung eines Handtuches 75 M Gebühr zu erheben.

Stadtverordneter S a u e r b i e r als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

6) Wahl eines Beisitzers zum Mieteinigungsamt.

Der Rat der Stadt teilt mit, daß der Stadtverord-

nete

nete D i e t e r m a n n gebeten habe, ihm vom Amte eines Beisitzers zum Mieteinigungsamte zu entbinden und gibt anheim, eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtverordneter R e g e n e r. Er führte aus, daß im Rechtsausschuß beschlossen sei, dem Gesuche des Stadtverordneten Dietermann zu entsprechen. Über einen Vertreter habe man sich nicht einigen können, da die Rechtsparteien und Demokraten einen Ersatzmann im Plenum namhaft machen wollten. Er schlage Karl S c h u l t e, Voigts-Rhetzstraße 30, vor.

Stadtverordneter Dr. R ö p k e stimmte namens seiner Fraktion der Entlassung D i e t e r m a n n s zu und machte als Beisitzer den Pensionär G e r e k e, Kastanienallee, namhaft.

Die Versammlung stimmte der Entlassung Dietermanns zu und wählte als Beisitzer zum Mieteinigungsamt mit 17 : 15 Stimmen den Pensionär - Polizei - Kommissar a. D. G e r e k e, Kastanienallee 62 <sup>b</sup>.

7) Bewilligung von Mitteln für die Volkslesehalle.

Stadttrat v o n F r a n k e n b e r g teilte mit, daß am 25. d. Mts. wiederum Verhandlungen in engeren Ausschuß des Vorstandes des Vereins Volkslesehalle stattgefunden hätten und es solle sich der Stadtarchivar demnächst zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes - Einschränkung des Personals usw. - gutachtlich äußern.

Vorbehaltlich endgültiger Regelung gab er der Versammlung anheim, für die Monate April, Mai und Juni d. Ja. je 2 Millionen Mark als Stadtzuschuß für die Volkslesehalle zu bewilligen.

Die Ausführungen des Stadtrats v o n F r a n k e n b e r g wurden vom Vorsitzenden als Mitglied des Vorstandes der Volkslesehalle unterstützt.

Die angeforderten Mittel wurden einstimmig bewilligt.

7a) Stadtbaurat G e b e n s k e b e n teilte dann der Versammlung mit, daß vom Reichsfinanzministerium ein

Schreiben

Schreiben eingegangen sei, das die Verpachtung des Flugplatzgeländes betreffe. In diesem Schreiben er-  
suche das Finanz-Ministerium, der Pflege der Abtretung  
von Flächen des Flugplatzes an das Reich näher zu  
treten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n teilte mit, daß  
diese Verhandlungen eingeleitet seien und das Finanz-  
Ministerium ersucht sei, umgehend das Gelände zur  
Aufstellung als Kleingartenland frei zu geben.

8) Gewährung eines Zuschusses an das Große Waisenhaus  
B.H.V.

Der Rat gibt anheim, dem Gr.Waisenhaus als Zu-  
schuß zu den Verpflegungskosten bedürftiger Kinder  
den Betrag bis zu 500 000 M aus Stadtmitteln unter  
der Voraussetzung zu bewilligen, daß das Staatsmini-  
sterium aus verfügbaren Mitteln ebenfalls 500 000 M  
zur Verfügung stellt.

Stadtverordneter Dr. K a h l e r t empfahl namens  
des Rechtsausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen

und

und die Mittel zu bewilligen.

Die Mittel wurden bewilligt unter der Bedingung, daß das Staatsministerium ebenfalls 500 000 M zur Verfügung stellt.

1) Anfrage der Stadtverordneten G r ä f und S t u -  
k e n b e r g.

Beruhend die Angaben auf Tatsachen, daß Angestellte des Rats als sogenannte Notstandsarbeiter geführt und entlohnt werden?

Stadtverordneter G r ä f begründete seine Anfrage. Es sei ihm zu Ohren gekommen, daß von den s.Z. entlassenen 50 bis 60 Angestellten augenblicklich etwa 10 bei der Erwerbslosenfürsorge wieder eingestellt seien und zwar auf tägliche Kündigung <sup>gegen Entlohnung</sup> nach dem Tarif der Notstandsarbeiter.

Stadtrat V o g l e r teilte mit, daß auf Verfügung des Reiches auch bei der Erwerbslosenfürsorge Entlassungen vorgenommen werden mußten. In letzter Zeit habe sich die Zahl der Erwerbslosen sehr vermehrt,

sodaß

sodaß die Arbeit mit dem zur Verfügung stehenden Personale nicht bewältigt werden konnte. Um nun mit dem Reiche nicht in Konflikt zu geraten, habe man Angestellte auf tägliche Kündigung angenommen. Am Vormittag sei ein Angestellter der Erwerbslosenfürsorge bei ihm gewesen, und er habe diesem bereits zugesagt, daß der Rat der Stadt die Angelegenheit wohlwollend prüfen werde.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt. Stadtverordneter G r ä f sprach sich entschieden gegen eine Entlohnung von Angestellten nach dem Tarife für Notstandsarbeiter aus. Angestellte könnten nur nach dem Tarife für Angestellte entlohnt werden und zwar nach dem Tarife, der im Rathause gezahlt wird.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n pflichtete den Ausführungen des Stadtverordneten G r ä f vollkommen bei. Es handele sich bei der Erwerbslosenfürsorge überhaupt nicht um Notstandsarbeiten, sondern um Arbeiten,

die



die mit dem ständigen Personal nicht erledigt werden könnten.

Stadtrat V o g l e r teilte dann der Versammlung noch mit, daß zu jeder Annahme von Personal bei der Erwerbslosenfürsorge die Zustimmung des Staatsministeriums erforderlich sei, im übrigen wiederholte er, daß die Angelegenheit im Rat der Stadt geprüft werden sollte.

10) Dringlichkeitsantrag der Stadtverordneten Frau  
B o e h m .

Möchte den Rat der Stadt ersuchen, den Erwerbslosen das Gas zu halben Preise zu belassen.

Die Stadtverordnete Frau B o e h m begründete ihren Antrag.

Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt, der Antrag wurde der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Schluß 5 <sup>20</sup> Uhr.

gez: C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez: C. Wehrmann.

Schriftführer.

Niederschrift

Über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadt-  
verordneten in der Sitzung am Donnerstag,  
den 3. Mai 1923, 5 Uhr nachmittags.

---

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne  
die Herren Drews, Gräf,  
Dr. Jasper, Pieper, Rasche  
und Frau Götze.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann  
eröffnete die Sitzung und leitete  
die Verhandlungen.

Es wurde sofort in die Tagesordnung  
eingetreten.

Tages-

Tagesordnung.

Anträge:

Beschlüsse:

Bau eines Entwässerungs-  
kanals zwischen Wolfenbüttler-  
straße und Salzdahlumerstraße.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß der von der Eisenbahnverwaltung zu bauende Entwässerungskanal unter den vom Städtischen Tiefbauante genannten Bedingungen an den in die Oker mündenden Kanal auf dem Eisenbüttlerwege angeschlossen wird.

Der Berichterstatter des Bauausschusses, Stadtv. M a r t h, führte aus, daß der zuerst von der Eisenbahnverwaltung in Vorschlag gebrachte Entwässerungskanal einen stadtseitigen Zuschuß von 31 Millionen Mark (die Hälfte der Anlagekosten) erfordert habe. Die Eisenbahnverwaltung habe sich jetzt entschlossen, ganz auf ihre Kosten den Entwässerungskanal zu errichten.

Namens

Namens des Bauausschusses habe er der Versammlung anheimzugeben, der Ratsvorlage zuzustimmen:

Der Ratsvorlage (Bau des Entwässerungskanals unter den vom Städtischen Tiefbauamt aufgestellten Bedingungen) wurde zugestimmt.

Im Anschluß hieran teilte der Vorsitzende mit, daß von Frau M. C l a r u s , hier, Kaiser Wilhelmstraße 74, eine Anzahl Eintrittskarten (30 Stück) zu einem am 5. Mai 1923 im Städtischen Konzerthause stattfindenden Buntten Abend (Ruhrhilfswerk) zum Preise von 1000 M eingegangen seien, weitere Karten könnten von Frau Clarus angefordert werden. Die Überbleibenden Karten müßten bis Sonnabend Mittag zurückgeschickt werden.

Schluß 5<sup>20</sup> Uhr.

gez: C. Stegmann,  
Vorsitzender.

C. Wehrmann.  
Schriftführer.

1923/24.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten am  
Donnerstag, den 17. Mai 1923, 4<sup>00</sup> Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,

es fehlt:

Stadtverord. Pieper (entschuldigt).

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Stegmann eröffnete 4<sup>00</sup> Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst wurden folgende Eingaben bekannt gegeben:

a) Ein Schreiben des Rates der Stadt vom 23. April 1923 Nr. 701 betr. Ausgang zweier gegen den Rat der Stadt angestrenzter Klagen wegen Ausübung des Vorkaufsrechts (fr. Ziegeleibesitzer Schmidt und Brauerei Feldschlösschen - Streitberg A.G.)  
Oberbürgermeister Retemeyer gab anheim, dieses

Schreib-

Schreiben nicht nur der Versammlung vorzulesen, sondern dem Rechtsausschuß zu überweisen. (Diesem Wunsche wurde vom Vorsitzenden entsprochen.)

b) Ein Schreiben des Rats der Stadt, in dem derselbe seine Vorlage vom 15. Februar d. Js. Nr. 10942 (Bedenken gegen die Höhe der von der Stadtverordnetenversammlung am 8. Februar d. Js. beschlossenen Steuersätze bei der Besteuerung der Reit- und Kutschpferde) zurückzieht.

(Kenntnis gegeben.)

c.) Eine Beschwerde des Registrators Georg Krebs hier Göttingstr. 3a über das städt. Wohnungsamt.  
(Die Beschwerde wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung überwiesen.)

d.) Eine Beschwerde der Witwe Louise Willmann hier Heinrichstr. 8 über das Wohnungsamt.  
(Die Beschwerde wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung überwiesen).

e.)

e.) Eine Eingabe der Privatlehrerin Friederike Diekmann hier Adolfstraße 11, wegen <sup>Linderung</sup> der Not der „Kleinentner-Hausbesitzer.“

(Kenntnis gegeben.)

(Rat der Stadt zur Kenntnis)

f.) Eingabe des Ortsverbandes alkoholgegnertischer Vereine in Braunschweig wegen Errichtung einer Schenk- und Speisewirtschaft im Altstadtrathause.

(Kenntnis gegeben.)

g.) Eingabe des „Ring unabhängiger Bünde Deutscher Jugendbewegung Braunschweig“, wegen Überlassung geeigneter Räume im Altstadtrathause.

(Kenntnis gegeben, die Eingabe könnte evtl. bei der Beratung des Punktes „Überlassung des Grundstücks Breitestr. 1 an die Firma Zeitter & Winkelmann berücksichtigt werden).

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Vor Beratung des Punktes 1 der Tagesordnung stellte Stadtverordneter Sievers den Antrag, den Punkt 1

(Wahl

(Wahl eines besoldeten Stadtrats) von der Tagesordnung abzusetzen und zwar bis dahin, daß eine Änderung der Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig Nr. 67 vom 28.8.1919 beschlossen und die Genehmigung der Satzung vom Staatsministerium erteilt sei.

Stadtverordneter Frede sprach gegen den Antrag des Stadtverordneten Sievers. Stadtrat von Frankenberg habe seine Arbeit eingestellt und die Stadtverordneten könnten es nicht verantworten, wenn die betr. Arbeiten liegen blieben, es sei Pflicht der Stadtverordneten, die Wahl eines Stadtrates vorzunehmen.

Stadtverordneter Marth unterstützte den Antrag Sievers. Es sei s.Z. ein Einverständnis erzielt, daß der Rat der Stadt um eine Stelle vermehrt werden solle und diese eine Stelle sei der Linken zugestanden. Mit Rücksicht hierauf schiene es geboten, beide Stadträte in einer Sitzung zu wählen.

Stadtverordneter Frede widersprach den Ausführungen des Stadtverordneten Marth. In den fragl. Besprechungen  
sei



sei stets die Rede davon gewesen, daß man den Tüchtigsten wählen wolle, ganz abgesehen davon, welcher Partei er angehöre. Auch Stadtverordneter Marth habe diesem zugestimmt.

(Zurufe: Naaa!)

Stadtverordneter Dr. Röpke sprach sich ebenfalls gegen die Absetzung des fragl. Punktes aus. In der jetzigen Zeit dürften keine Arbeiten liegen bleiben, die Wahl müsse vorgenommen werden.

Stadtverordneter Lehnert unterstützte den Antrag Sievers. Wenn Stadtrat von Frankenberg im letzten Jahre an 71 Meisterprüfungen habe teilnehmen können, bzw. müssen, so könne von einem Liegenbleiben von Arbeiten doch wohl nicht gut die Rede sein.

Stadtverordneter Frede erwiderte hierauf, daß diese Angelegenheit mit der gegenwärtigen Wahl überhaupt nichts zu tun habe.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag Sievers mit 14 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Stadt-

Stadtverordneter Sievers stellte sodann den Antrag, den Punkt 1 der Tagesordnung nach Erledigung des Punktes 2 der Tagesordnung (Erlaß einer Satzung zur Änderung der Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig Nr.67 vom 28.8.1919.) oder zum Schluß der Tagesordnung zu beraten.

Stadtverordneter Frede stimmte diesem Antrage unter der Bedingung zu, daß die Wahl auch heute noch erledigt würde.

Stadtverordneter Dr. Röpke stimmte dem Antrage unter der Bedingung zu, daß die „Linke“ die Erklärung abgäbe, die Wahl heute vorzunehmen und nicht irgend welche „Zwischenfälle“ eintreten würden.

Stadtverordneter Sievers teilte mit, daß er diese Erklärung nicht abgeben könnte. (Zuruf: Aha!) 1e

Es folgte dann die Abstimmung über den Antrag Sievers, der mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde.

Punkt

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Für den s.Z. eingesetzten Ausschuß berichtete  
Dr. Stadtverordneter Schultze.

Er führte aus, daß man sich im Ausschusse nicht geeinigt habe.

Der Berichterstatter wurde vom Vorsitzenden unterbrochen, der darauf hinwies, daß die „Linke“ den Saal verlassen habe und daher die Versammlung nicht beschlußfähig sei.

Stadtverordneter Frede erwiderte dem Vorsitzenden, daß die Beschlußunfähigkeit von der Versammlung angezweifelt werden müßte.

Stadtverordneter Dr. Schultze fuhr hierauf in der Berichterstattung fort.

Von der „Rechten“ habe er den Bürgermeister Dr. Schneider aus Dillenburg, von der „Linken“ den Arbeitersekretär Radloff, Bremen in Vorschlag zu bringen.

Hierauf

Hierauf ergriff der Stadtverordnete Sievers das Wort, der jedoch beim Gelächter der anwesenden Stadtverordneten schwer verständlich war, er bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Versammlung war beschlußunfähig.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung

. 5<sup>00</sup> Uhr.

gez.C.Stegmann

Vorsitzender.

gez.C.Wehrmann

Schriftführer.

1923/24.

N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverord-  
neten zu Braunschweig am Donnerstag, den

31. Mai 1923,

4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,

es fehlen entschuldigt die

Herrn Dr. Jasper, Melzer

und Frau Graf.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Stegmann,  
eröffnete <sup>20</sup> 5== Uhr die Sitzung und leitete die Ver-  
handlungen.

Fol-

**Folgende Eingänge wurden bekanntgegeben:**

- 1) Schreiben des Vorstandes der Volkshalle, daß der neue Katalog fertiggestellt ist und von den Stadtverordneten unentgeltlich angefordert werden kann. Bestellungen können beim Vorsitzenden abgegeben werden.
- 2) Ein Protestschreiben des Syndikus des wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler, Dr.phil. Heyser, im Auftrage der Kommission Künstlerhaus-Altstadtrathaus gegen den Vertrag des Rats der Stadt mit Gebr. Winkelmann wegen des Grundstücks Breitestraße 1 pp.  
(Der Protest wurde bei Beratung des Punktes 4 der Tagesordnung bekannt gegeben.)
- 3) Ein Schreiben des Stadtrats Dr. Thieleke, Anhalt, daß er wegen Differenzen aus der Partei der V.S.P.D. ausgeschieden sei und somit als „keiner Partei angehör-end“ seine Bewerbung aufrecht erhalten möchte.

Hier-

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erhöhung der Teuerungszulagen für Ruheohn-,  
Witwen- und Waisengeldempfänger.

(Die Vorlage ist vervielfältigt.)

Für den Finanzausschuß berichtete der Stadtverordnete Dietermann. Er führte aus, daß man sich im Finanzausschuß mit einer Erhöhung der Teuerungszulagen um 800% anfangs nicht einverstanden erklärt habe. Um aber die Auszahlung erhöhter Teuerungszulagen nicht noch mehr zu verzögern, habe man schließlich der Ratsvorlage mit der Maßgabe zugestimmt, den Rat zu ersuchen, so bald wie möglich den Stadtverordneten eine neue Vorlage zu unterbreiten, die den heutigen Verhältnissen mehr entspreche.

Er empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage mit dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen.

Auch

Auch Stadtverordneter Marth trat dafür ein, daß den Ruhelohn-pp. Empfängern ein Ruhelohnge-  
zahlt würde, der den heutigen Verhältnissen ent-  
spräche, die Arbeiter müßten genau so gestellt  
sein, wie die Beamten. Es müßte sobald als mög-  
lich eine neue Vorlage den Stadtverordneten un-<sup>ter</sup>  
breitet werden.

Es folgte die Abstimmung.

Der ~~Rats~~vorlage mit dem Antrage des Finanz-  
ausschusses wurde zugestimmt.

Punkt 2:

Antrag der Stadtverordneten Frau Boehm:

Möchte den Rat der Stadt ersuchen, den Er-  
werbslosen das Gas zu halben Preise zu belassen.  
Für den Finanzausschuß berichtete Stadtverordne-  
ter Munte. Er führte aus, daß der Antrag bereits  
am 26. April d.J. gestellt sei, man habe sich im  
Finanzausschuß <sup>sehr</sup> eingehend mit dem Antrage befaßt,  
auch sei der Antrag von der Antragstellerin auf

Privat-



**Privatrentner, Sozialrentner und Arbeitslosen - Unterstützungsberechtigte erweitert.** Wenn dem Antrag entsprechen werden sollte, so würde das Gaswerk dadurch im Jahre einen Schaden von wenigstens 30 - 40 Millionen Mark haben.

In Finanzausschuß habe man beschlossen, den Antrag dem Rat der Stadt mit dem Ersuchen zu übermitteln, darauf bedacht zu nehmen, den Gaskonsumenten Beihilfen zu gewähren aus den vom Staatsministerium zur Verbilligung des Brennstoffes überwiesenen Mitteln. Die Stadtverordnete Frau Boehm teilte mit, daß ein großer Teil der Einwohner heute nicht mehr imstande wäre, die Gasrechnungen zu bezahlen.

Genau wie s.Zt. die Lieferung verbilligter Brennstoffe in den Tageszeitungen bekannt gemacht sei, könne man auch in diesem Falle verfahren. Die eingegangenen Anträge könnten von einem eigens dazu gebildeten Ausschusse geprüft werden. Eine Verteil-

lang

lung durch das Wohlfahrtsamt erschiene ihr nicht angebracht.

Es folgte die Abstimmung.

Der Antrag wurde -mit den Vorschlägen des Finanzausschusses- dem Rat der Stadt überwiesen.

Punkt 3:

Genehmigung des abgeänderten Entwurfs über die Besoldung der städtischen Beamten.

Der Rat der Stadt übersendet den Entwurf der Satzung über die Besoldung der städtischen Beamten mit den aus den Verhandlungen zwischen Rat der Stadt und dem Staatsministerium sich ergebenden Änderungen und Ergänzungen und ersucht um Zustimmung. Gleichzeitig wird der Stellenplan mit der Bitte um Äußerung vorgelegt.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtverordneter Sauerbier.

Er führte aus, daß in allen benachbarten größeren wie kleineren Städten die Beamten bereits ein-  
gruppiert

gruppiert seien, nur nicht in Braunschweig.

Durch Zusammenarbeit des Unterausschusses mit dem Beamtenausschuß, dem Rat der Stadt und den Stadtverordneten sei der heute hier vorliegende Entwurf fertiggestellt.

Die s.Z. von dem Staatsministerium beantragten Änderungen und Ergänzungen seien berichtigt.

Die vom Rats der Stadt in der vorliegenden Satzung geänderten Stellen wurden der Versammlung durch den Berichterstatter bekannt gegeben.

(Die Änderungen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt).

Vom Finanzausschuß bezw. Unterausschuß wurden dann noch folgende Änderungen in Vorschlag gebracht:

a) in § 14 Absatz 2 Zeile 3,

      "      4 Satz 3 und

im § 38 (neuer § 33) Absatz 5 Zeile 7

ist statt „22“ zu setzen: „20“.

b) § 32 (neuer § 27) Ziffer 2 Zeile 2 muß lau-

ten:

ten:

..... § 134 des Staatsbeamtengesetzes in der  
Fassung von 4. April 1923 (G.u.V.S. Seite 1511/<sup>statt/</sup>

..... § 131 des Gesetzes über den Zivilstaats-  
dienst von 4. April 1889 Nr. 17 .....",

e/ den „Vollziehungsbeamten“ in Gruppe 5 der  
Besoldungsordnung sollen „bis 20 v.H. der Ge-  
bühren überwiesen werden können“; 10 v.H. der  
Gebühren sollen ruhegehaltstfähig sein; die Fas-  
sung dieser Vorschrift bleibt dem Rat der Stadt  
überlassen,

d/ die Fußnote 3 Gruppe 5 der Besoldungsordnung  
erhält folgenden Zusatz:

„In diesem Falle fällt der Anspruch auf  
die Nebenbezüge fort.“

Anschließend an die Besoldungsordnung wurde der  
Stellenplan der Versammlung von dem Berichterstatter  
zur Kenntnis gebracht.

(Der Stellenplan ist der Niederschrift eben-  
falls

falls als Anlage beigefügt.

Namens des Finanzausschusses gab Stadtverordneter Sauerbier der Versammlung anheim, sowohl der Besoldungsordnung als auch dem Stellenplane zuzustimmen.

Stadtverordneter Marth führte aus, daß nicht alle Wünsche der Beamten hätten berücksichtigt werden können, da die Bestimmungen des Reiches und des Staates hätten beachtet werden müssen. Seine Freunde hätten auch nicht die Absicht, etwaige Anträge zu stellen, sondern würden der Vorlage ohne weiteres zustimmen.

Stadtverordneter Burgdorff führte aus, daß die Beratung mit allem Ernst und Eifer vorgenommen sei, wenn einige Wünsche nicht erfüllt wären, so läge das an entgegenstehenden Bestimmungen des Reiches oder Staates. Der größte Teil der Beamten aber könne mit dem Ergebnis zufrieden sein.

Oberbürgermeister Retemeyer freute sich, daß

gegen

gegen die Vorlage keine Einsprüche erhoben würden. Der Rat habe selbst den Wunsch, so schnell wie möglich die Angelegenheit „unter Dach und Fach“ zu bringen. Namens des Rats dankte er den Herren, die an den Beratungen teilgenommen hatten. Was die in dem § 2 geforderte Prüfung betreffe, so gab er der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären daß die für die Staatsbeamten eingeführte Prüfungsordnung auch für die städtischen Beamten gelten solle.

Auf die Prüfung selbst, so führte Oberbürgermeister Retemeyer aus, lege er persönlich keinen großen Wert, denn ein Beamter, der längere Jahre im städtischen Dienste sei, habe durch seine Arbeiten bereits seine Fähigkeiten bewiesen, um jedoch Eingruppierungen vornehmen zu können, müßten Prüfungen abgelegt werden.

Auch Stadtverordneter Sauerbier dankte namens der städtischen Beamten allen Herren, die an den

Be-

Beratungen teilgenommen hätten. Die Nachzahlungen von 1920, die hauptsächlich für die Gruppen 2 - 5 in Frage kämen, seien heute nur noch ~~ein~~ Tropfen auf den heißen Stein.

Es lege jetzt nur an dem Staatsministerium, die Satzung und den Stellenplan so schnell <sup>als</sup> möglich zu genehmigen.

Es folgte die Abstimmung.

Die Vorlage mit den Änderungen des Finanz- bzw. Unterausschusses wurde einstimmig angenommen, desgleichen wurde zugestimmt, daß die Prüfungsordnung des Staates auch für die städtischen Beamten gelten solle.

Zur Geschäftsordnung stellte Stadtverordneter Frede den Antrag, zunächst die Punkte 17 (Erhöhung des Kredits für das Gaswerk bei der Staatsbank) und 23 (Wahl eines besoldeten Stadtrats) der Tagesordnung zu erledigen.

Stadtverordneter Regener sprach gegen den

Antrag

Antrag. Es sei bedauerlich, daß gerade vor der Beratung des Punktes 4, durch dessen Erledigung einer ganzen Reihe von Erwerbslosen Arbeit geschaffen würde, der Antrag von der rechten Seite gestellt würde, es schiene so, als ob auf dieser Seite das Verständnis für die Arbeitslosen fehle.

Auch Stadtverordneter Marth sprach sich im gleichen Sinne aus. Es schiene ihm, so führte Stadtverordneter Marth aus, daß eine fruchtbringende Tätigkeit der Stadtverordneten nicht mehr zustande kommen sollte. Die Stadtratswahl habe zu einem Konfliktstoff zwischen den Parteien geführt. Es sei nicht möglich, die Stadtratswahl zu Beginn der Sitzung zu behandeln, da dann mit der Möglichkeit zu rechnen sein müßte, daß die übrigen Punkte nicht erledigt würden.

Auf der Tagesordnungsständen soviel wichtige Punkte, daß man die Stadtratswahl zuletzt beraten müßte.

Im gleichen Sinne sprach der Stadtverordnete

Lehnert



Lehnert. Nach seiner Ansicht sei die Frage der Beschaffung von Arbeit für Erwerbslose viel wichtiger als die Wahl eines Stadtrats. In erster Linie müsse für die Erwerbslosen Arbeit geschaffen werden. Wenn die Rechte darauf bestände, zunächst die Stadtratswahl zu erledigen, und es wieder so käme, wie vor 14 Tagen, dann müßte die Rechte auch für die Folgen die Verantwortung übernehmen.

Stadtverordneter Burgdorff widersprach den Ausführungen der Vorredner. Die Wogen der Leidenschaft dürften nicht zu hoch gehen. Auch seine Freunde wollten für die Erwerbslosen Arbeit beschaffen. Man solle den Punkt 23 der Tagesordnung erledigen, dann ~~dann~~ könnte daran anschließend noch die ganze Tagesordnung erledigt werden. Es hätte gar keinen Zweck die Sache umzudrehen. Die heute vorliegende Tagesordnung hätte können schon vor 14 Tagen erledigt werden, wenn die Linke nicht die Beschlußfassung des Hauses durch Verlassen des Saales unmöglich gemacht hätte.

hätte.

Stadtverordneter Maaß gab anheim, den von der Rechten gestellten Antrag zurückzuziehen. Stadtverordneter Gräf führte aus, daß die Linke heute rein sachlich vorgegangen wäre. Es wäre ihr schon bekannt gewesen, daß vor Punkt 4 ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werden sollte. Sehr leicht wäre es möglich gewesen, verschiedene andere wichtige Punkte der Tagesordnung auch vor dem Punkte 3 zu erledigen.

Stadtverordneter Bilz sprach gegen die Ausführungen der Linken.

(Bei den zahlreichen Zwischenrufen waren die weiteren Ausführungen nicht verständlich.)

Stadtverordneter Dr. Röpeke sprach gegen die Umstellung der Tagesordnung. Nachdem vor 14 Tagen die Tagesordnung nicht erledigt sei, hätte man die Reihenfolge ruhig beibehalten können. Wie ihm mal vom Oberbürgermeister gesagt sei, würde die Tagesordnung nach der Reihenfolge der Eingänge aufgestellt

Der Vorsitzende, der hierin einen Vorwurf erblickte.

blickte, teilte mit, daß ihm die Aufstellung der Tagesordnung nach der Geschäftsordnung zustünde.

Wenn von der bisherigen Gepflogenheit in diesem Falle abgewichen sei, so lege es daran, daß die wichtigsten Punkte der Tagesordnung diesmal erledigt werden sollten.

Da zu dieser Angelegenheit bereits 8 Stadtverordnete geredet hätten, 4 weitere noch vernetzt wären, so bat er, die einzelnen Ausführungen möglichst kurz zu fassen.

Oberbürgermeister Ketemeyer führte aus, daß die Versammlung schon zweimal beschlußunfähig gewesen sei. Die Gegensätze hätten sich so zugespitzt, daß es sehr wahrscheinlich heute wieder zu einer Beschlußunfähigkeit käme. Er wolle keiner Partei einen Vorwurf machen, möchte sich aber doch an die Rechte wenden und bitten nicht zu scharf vorzugehen. Es dürfte nicht so weit kommen, daß die Stadt unter der Obstruktion zu leiden hätte. Es ständen Punkte auf der Tagesordnung, die unbedingt erledigt werden müßten.

müßten, wenn die Stadt nicht in große Verlegenheit geraten solle. Wenn der Rat der Stadt auch den Wunsch habe, daß die Stadtratsstelle bald wieder besetzt wird, so sei diese Angelegenheit doch nicht so eilig. Habe der Rat der Stadt schon 14 Tage die Geschäfte so geführt, so könnte es auch noch einige Wochen so weiter gehen. Er gab der Versammlung anheim, Mittel und Wege zu finden, durch die eine Beschlusunfähigkeit Augenblicklich vermieden würde, vielleicht ließe sich durch eine kurze Besprechung in den Fraktionen etwas erreichen, es genüge eine kurze Besprechung -etwa 15 Minuten-.

Stadtverordneter Munte stellte den Antrag, eine Pause von 15 Minuten eintreten zu lassen.

Der Antrag wurde angenommen.

Die Pause dauerte von 6<sup>35</sup> — 7<sup>05</sup> Uhr.

Stadtverordneter Frede teilte der Versammlung mit, daß seine Freunde ihre Meinung etwas geändert hätten und zwar sollten zunächst die Punkte 4, 17,

23 erledigt werden.

Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 4:

Überlassung des Grundstücks Breitestraße 1 an die  
Firma Zeitler & Winkelmann.

(Die Vorlage ist vervielfältigt)

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtverordneter Regener. Er führte aus, daß in letzter Zeit mehrere große Säle an die Industrie übergegangen wären. Die Versammlung müßte dem Projekte zustimmen, um für die vielen Erwerbslosen Arbeit zu schaffen.

Der Rechtsausschuß habe sich in 2 Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt. Nachdem die von den Ausschußmitgliedern gegen verschiedene Punkte der Vorlage geäußerten Bedenken durch die Ausführungen des betr. Ratsmitgliedes gegenstandslos geworden wären, habe er namens des Rechtsausschusses der Versammlung zu empfehlen, der Ratsvorlage zuzustimmen, da-

gegen

gegen die beiden Eingaben des Ortsverbandes alkoholgegnerischer Vereine und des Ringes unabhängiger Bünde deutscher Jugendbewegung als ungeeignet abzulehnen.

Stadtverordneter Marth bedauerte, daß durch diesen Umbau 14 Wohnungen verloren gingen und es sei aus der Vorlage nicht klar ersichtlich, auf wessen Kosten ein Ersatz hierfür geschafft würde und ersuchte den Rat der Stadt um Auskunft.

Stadtbaurat Gebenzleben erwiderte hierauf, daß die Firma Zeitler & Winkelmann schon einige Grundstücke gebaut habe und noch einige bauen wolle. In diese Wohnungen sollten Angehörige der Firma einziehen und in die dadurch freiwerdenden Wohnungen sollten die in Frage kommenden gekündigten Familien des Grundstücks Breitestraße 1 pp. untergebracht werden.

Stadtverordneter Dr. Schultze war der Ansicht, daß der Vertrag nur aus der Not der Jetztzeit zustande gekommen wäre, früher hätte die Stadt einen solchen

solchen Vertrag nicht abgeschlossen. Dennoch begrüße er den Vertrag, da dadurch für eine Anzahl Erwerbeloser Arbeitsgelegenheit geschaffen würde. Notwendiger aber sei die Errichtung eines Schwimmbades und vielleicht erklärte sich die Firma Zeitter & Winkelmann bereit, auf dem Grundstück des Residenzbades auch noch ein „Winkelmann-Bad“ zu errichten. Stadtverordneter Dr. Schultze sprach sich dann noch gegen die Art und Weise aus, wie der Berichtserstatter die Eingabe „Der Alkoholgegner“ behandelt habe.

Stadtverordneter Burgdorff begrüßte die heutige Behandlung des Punktes, auch die „Rechte“ erkannte die Not der Arbeitslosen an.

Oberbürgermeister Retemeyer konnte in dem Abschluß des Vertrages mit der Firma nichts finden. In absehbarer Zeit sei die Stadt nicht in der Lage, auf ihre Kosten eine Stadthalle zu errichten. Er verwies dann auf den Betrieb der Straßenbahn bezw. des Elektrizitätswerkes, wo auch Straßenbahn und

Stadt

Stadt zusammenarbeiten und die Zwistigkeiten, wie sie früher so oft aufgetreten, jetzt ganz verschwunden wären.

Eine weitere Berücksichtigung der Künstler sei nicht mehr möglich.

(Der Vorsitzende verliest den Protest der Künstler.)

Stadtverordneter Frede führte aus, daß wenn die Stadt oder die Künstler den Umbau herrichten lassen sollten, dann wäre in unabsehbarer Zeit an eine Verwirklichung der Pläne nicht zu denken, denn es fehlten die nötigen Mittel. Im Namen seiner Freunde begrüßte er die Vorlage. Von dem 3. Z. eingesetzten Ausschusse sei den Künstlern keine Zusage gemacht.

Oberbürgermeister Retemeyer erklärte ebenfalls, daß von Rate der Stadt den Künstlern keine Zusage gemacht sei.

Stadtverordneter Dr. Röpcke begrüßte die Vor-  
lage



lage und wünschte die baldige Inangriffnahme des Projektes.

Nach einigen kurzen Ausführungen der Stadtverordneten Lehnert, Dr. Schultze und des Oberbürgermeisters Metemeyer, die sich noch auf den Vertragsentwurf bezogen, folgte die Abstimmung.

Die Ratsverlage wurde einstimmig angenommen, die Eingaben des Ortsverbandes alkoholgegnereischer Vereine und des „Ring unabhängiger Bünde“ wurden als ungeeignet abgelehnt.

Stadtverordneter Marth stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, zunächst den Punkt 11 der Tagesordnung (Gewährung eines Zuschusses an den Verein für öffentliche Gesundheitspflege) zu beraten.

Stadtverordneter Dr. Schultze hält den Punkt nicht für so eilig, da bereits vom Staate ein Zuschuß geleistet sei.

Punkt 17:

Erhöhung des Kredits für das Gaswerk bei der Staats-  
bank

bank.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß im Bedarfs-  
falle bis 350 Millionen Mark bei der Staatsbank zeit-  
weilig angeliehen werden.

Stadtverordneter Munte empfahl namens des Fi-  
nanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte zu.

Stadtverordneter Marth stellte zur Geschäfts-  
ordnung den Antrag, zunächst Punkt 20 zu erledigen.

Stadtverordneter Dr. Röpcke stimmte dem zu.

Punkt 20 :

Verlegung von Wasserrohr in der Straße „Sommerlust“

Der Rat gibt anheim, die Kosten für Verlängerung  
des Wasserhauptrohres in der Straße „Sommerlust“  
(Siedlung Alt-Petritzer) in Höhe von 2 860 000 M zu  
bewilligen.

Für den Bau-Ausschuß berichtete Stadtverordne-  
ter Trautmann, der der Versammlung anheimgab, die  
fraglichen Mittel zu bewilligen.

2 860 000 M

2 860 000 M wurden von der Versammlung bewilligt.

Stadtbausrat Gebensleben empfahl, als nächsten Punkt den Punkt 9 der Tagesordnung zu erledigen.

Punkt 9:

Verkauf der ehemaligen Kaffeehalle an der Helmstedterstraße.

Der Rat ersucht, dem Verkaufe der ehem. Kaffeehalle an der Helmstedterstraße zum Preise von 150 000 M an den Gärtner Hoyer zuzustimmen. Für den Bau-Ausschuß berichtete Stadtverordneter Pilz. Im Bau-Ausschuß habe man beschlossen, der Versammlung den Verkauf der Kaffeehalle zum Preise von 150 000 M an den Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ zu empfehlen und gab anheim, demgemäß beschließen zu wollen.

Stadtverordnete Frau Götze führte aus, daß s.Z. der Frauenverein der Stadt die Kaffeehalle geschenkt habe. Wenn heute die Stadt die Halle zum Preise von

150 000 M

150 000 M verkaufe, so möchte sie an den Rat die Bitte richten, einen Teil des Erlöses dem Jugendheim des Frauenvereins zur Verfügung zu stellen.

Stadtbausrat Gebensleben teilte mit, daß der Gärtner Hoyer sein Angebot auf 175 000 M erhöht habe. Was die Ausführungen der Stadtverordneten Frau Götze betreffe, so habe der Rat der Stadt s.Z. etwa 16 - 18 000 M für Ausbesserungen an der Kaffeehalle aufgewandt, von einem „Geschenk“ könne daher nicht gut die Rede sein. Auch Stadtverordneter Maaß war der Ansicht, daß man von einem „Geschenke“ hier nicht reden könne.

Es folgte die Abstimmung.

Dem Verkaufe der Kaffeehalle zum Preise von 150 000 M an den Touristenverein „Die Naturfreunde“ wurde zugestimmt.

Stadtverordneter Marth (zur Geschäftsordnung) führte aus, daß sich die Gegensätze im Stadtparlament solange er diesem angehörte, noch nie so zu-

gespitzt

spitzt hätten, wie augenblicklich. Wenn es so weiter ginge, wie eben, dann würde man nie eine Einigung erreichen. Man sollte zunächst die Satzungsänderung vornehmen und danach die Wahl des Stadtrats. Er stellte den Antrag, zunächst den Punkt 22 der Tagesordnung -Erlaß einer Satzung zur Änderung der Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig- zu beraten.

Stadtverordneter Dr. Röpke stimmte -wie in der letzten Sitzung- dem Antrage unter der Bedingung zu, daß die „Linke“ die Erklärung abgebe, anschließend an diesen Punkt den nächsten Punkt der Tagesordnung - Wahl eines Stadtrats - zu erledigen.

Diese Erklärung wurde nicht abgegeben und der Antrag des Stadtverordneten Marth mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Punkt 23:

Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Den Bericht erstattete Stadtverordneter  
Dr. Schultze.

Die

(Die „Linke“ verließ den Saal, nur Stadtverordneter Sievers blieb zurück); er führte aus, daß er der Versammlung dasselbe wieder zu sagen habe, wie vor 14 Tagen. Es wäre für ihn sehr „ehrenvoll“ daß bei seinen Ausführungen die „Linke“ jedesmal den Saal verlasse, er freute sich aber, daß der Stadtverordnete Sievers zurückgeblieben sei, um seine Ausführungen, wie vor 14 Tagen zum zweiten Male anzuhören. Stadtverordneter Sievers führte aus, daß es wünschenswert wäre, wenn die Angelegenheit zur Erledigung käme. Man sollte zunächst die Satzungsänderung beraten, dann könnte auch dieser Punkt erledigt werden.

Stadtverordneter Fay führte aus, daß die „Linke“ zu Beginn bezw. im Laufe der Sitzung der „Rechten“ vorgeworfen habe, sie habe für die Erwerbslosen nichts übrig und für die Notlage kein Verständnis. Die „Rechte“ habe durch Taten -nicht durch Worte- bewiesen, daß sie für die Notlage der

Er-

Erwerbslosen volles Verständnis gehabt habe. Seitens der „Linken“ habe man nur Worte gehört, jetzt wo man Taten zeigen könne, sei sie verschwunden.

Stadtverordneter Sievers meinte, zunächst müßten nur die wichtigsten Punkte erledigt werden; er zweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses an.

Die Versammlung war beschlußunfähig.

15  
Schluß 8-- Uhr.

gez: C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez: C. Wehrmann,  
Schriftführer.

1923/24.

Niederschrift

über

die Öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten in  
deren Sitzung am Donnerstag, den 14. Juni 1923

4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten  
ohne die entschuldigten  
Herren Diers, Drews,  
Dr. Jasper, Dr. Kahlert  
und Pieper.

Der Vorsitzende, Stadtv. S t e g m a n n, eröffnete  
te 5<sup>45</sup> Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst wurden folgende Eingaben bekannt ge-  
geben:

1. Schreiben des Privatmanns Louis D ö b b e l, Ha-  
genring 25 wegen Erhöhung der Armenunterstützung. (Die  
Eingabe wurde dem Rat der Stadt überwiesen).

2. Schreiben der Armendirektion, dass die Sätze für  
Armenunterstützung vom 1. Juni 1923 ab erhöht sind.  
(Kenntnis gegeben.)

3).



3). Schreiben der Künstlerspiele Trocadero hier Damm 16 ,wegen Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer von 50 % auf 10 bzw. 12<sup>1/2</sup> % .( Die Eingabe wurde dem Ausschusse zur Prüfung der Lustbarkeitssteuer überwiesen.)

4). Schreiben der Stadtv. Frau Goetze wegen Entbindung vom Amte einer Stadtverordneten zum 1. Juni 1923 (. Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuss zur Vorberatung überwiesen).

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung:

Stadtv. Dr. Röpke stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, zuerst Punkt 20 der Tagesordnung(Wahl eines besoldeten Stadtrats) zu beraten. Namens der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sowie seiner politischen Freunde habe er zu erklären, dass die Wahl des Stadtrats nicht länger hinausgeschoben werden könnte. Eine Einigung habe sich nicht erreichen lassen, da selbst der von dieser Seite gestellte Kompromiss von der „Linken“ abgelehnt bzw. abgeschlagen sei. Die Vornahme der Wahl sei im Interesse der Stadt unbedingt erforderlich

Nachdem

Nachdem vom Stadtv. Dietermann darauf hingewiesen war, dass noch verschiedene Anfragen und Anträge vom Vorsitzenden nicht verlesen seien, wurden noch vom Vorsitzenden 5 Anfragen und 1 Antrag verlesen.

Sodann wurde in der Beratung des Antrags Dr. Röpke fortgefahren.

Stadtv. Marth widersprach den Ausführungen des Dr. Röpke. Zunächst müsse man die wichtigsten Punkte, die im Interesse der Stadt lägen, erledigen, das persönliche Interesse müsse zurückgestellt werden.

Wenn die Tagesordnung erledigt wäre, dann könnte man sich vielleicht nochmals über den Punkt 20 unterhalten; Ob man jedoch zu einer Einigung käme, sei sehr fraglich, die „Rechte“ wollte einen Kandidaten aus ihren Kreisen, die „Linke“ dagegen einen aus ihren Kreisen.

Stadtv. Frede unterstützte den Antrag des Dr. Röpke. Wenn die „Linke“ zeigen wolle, dass sie ein Interesse für das Wohl der Stadt habe, so solle sie nur dem Antrage zustimmen, anschliessend hieran

hieran könnte dann die ganze Tagesordnung erledigt werden. Herr Oberbürgermeister Retemeyer habe s. Z. <sup>oder</sup> gesagt, um die Arbeiten im Rat der Stadt zu erledigen, müsse noch ein weiterer (7.) Stadtrat angenommen werden, heute wären nur 5 Stadträte zur Bearbeitung der ganzen Sachen da, dieser Notstand müsste beseitigt werden.

Stadtv. Lehnert führte aus, dass sie nur einen Mann wählen würden, zu dem sie auch Vertrauen hätten; Von den dann folgenden Rednern unterstützte der Stadtv. Burgdorff die Ausführungen des Stadtv. Frede, der Stadtv. Marhh diejenigen des Stadtv. Lehnert.

Der Vorsitzende führte dann aus, dass zu derselben Sache in der vorigen Sitzung 11 oder 12 Redner gesprochen hätten, heute seien schon 4 Herren zu Wort gekommen, 2 weitere seien vor-notiert, er gab der Versammlung anheim, die Aussprache nicht zu weit auszudehnen.

Nachdem dann noch die Stadtv. Frede und Lehnert zu dem Antrage gesprochen hatten, erfolgte die Abstimmung über den Antrag des Dr. Röpke.

Der Antrag wurde mit 20 + 16 Stimmen angenommen. Die „Linke“ mit Ausnahme des Stadtv. Sievers verliess den Saal.

Stadtv. Dr. Schultze wollte über den Punkt 20 Bericht/erstatten. (Zuruf des Stadtv. Sievers: Sparen Sie sich die Worte!) Bei der dann folgende Abstimmung wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses von dem Stadtv. Sievers angezweifelt.

Die Versammlung war beschlussunfähig.

Schluss 6<sup>15</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann

gez. C. Wehrmann.

Vorsitzender.

Schriftführer.

# Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten in  
deren Sitzung am Donnerstag, den 5. Juli 1923

4<sup>00</sup> Uhr nachmittags.

anwärtig  
Stadtverordneten,  
fehlen entschuldigt  
Stadtv. Drews,  
Jasper, Marth, Pieper  
Sievers; unentschul-  
t Stadtv. Nöll.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann eröffnete die  
Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst begrüßte er den anstelle der ausgeschiede-  
nen Stadtv. Frau Götze neu in die Versammlung eingetre-  
tenen Studienrat Dr. Bock und sprach den Wunsch aus, daß  
er, genau wie seine Vorgängerin, die Interessen der  
Stadt nach besten Kräften vertreten möge.

Der Gepflogenheit gemäß wurde er in dieselben Aus-  
schüsse und Deputationen gewählt, denen die Stadtv. Frau  
Götze angehört hatte mit Ausnahme der folgenden:

Es tritt ein, in

das

das Wohlfahrtsamt - Stadtv. Stukenberg

die Pflegehausdeputation - Stadtv. Dr. Schultze

den Theaterausschuß - Stadtv. Frede

„ Schulvorstand der Mädchen-Mittelschule-Stadtv.

Frl. Wolters

„ Schulvorstand des Herzogin Elisabeth Lyzeums-

Stadtv. Dr. Schultze.

Anstelle des Stadtverordneten Jahns wurde Stadtv. Melzer in den Ausschuß zur Einschätzung fruchttragender Grundstücke, den Schlachthaus-Ausschuß und die Marstalldeputation gewählt.

Sodann wurden folgende Eingänge bekanntgegeben:

Schreiben des Verbandes der Ärzte des Kreises Braunschweig zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Standes- Interessen wegen Auszahlung der den städtischen Beamten und Angestellten für die Monate April und Mai gezahlten besonderen Zulage.

( Die Eingabe wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt.)

Bitt-

Bittgesuch des Arbeiters Ernst Böning hier Friesenstraße 25 um Auszahlung der ihm bzw. seinen Angehörigen zustehenden Armenunterstützung.

(Die Eingabe wurde ebenfalls dem Rat zur weiteren Veranlassung übersandt.)

Einsprache der Firma Dorl & Levin wegen Änderung des Teilortsbauplanes auf der Charlottenhöhe.

(Die Einsprache wurde dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses zur Verwertung bei der Beratung des bezüglichen Punktes der heutigen Tagesordnung übergeben)

Eingabe des Verbandes der Maler und Lackierer wegen Arbeitsbeschaffung für das Malergewerbe.

(Die Eingabe wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt.)

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung:

1). Erhöhung der Schulgeldsätze für die städtischen höheren Schulen, die Handwerker- und Kunstgewerbeschule und die Fortbildungsschule.

(Die Vorlagen des Rats der Stadt sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)

Für

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv. Stukenberg, der der Versammlung anheimgab, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Frau Graf wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Stellung verschiedener Handwerksmeister zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule durch die Lehrlinge. Es müßte ein Gesetz geschaffen werden, durch das die Handwerksmeister verpflichtet würden, ihre Lehrlinge zur Fortbildungsschule zu schicken.

StadtpatSchaper erwiderte hierauf, daß man über diese Angelegenheit sich schon vor einiger Zeit gelegentlich eines dementsprechenden Antrages unterhalten habe. Der Rat habe keinen Einfluß, um die augenblicklich noch bestehenden Mängel abzuschaffen, es müsse dieses durch ein zu erlassendes Gesetz geschehen.

Stadtv. Pilz widersprach den Ausführungen der Stadtv. Frau Graf und meinte, sie hätte dafür kein Verständnis.

Nachdem dann noch die Stadtv. Lehnert und Dietermann die Ausführungen der Stadtv. Frau Graf unterstützt hatten, wurde vom Stadtv. Stukenberg der

Schluß



Schluß der Aussprache beantragt und von der Versammlung auch zugestimmt. Bei der dann folgenden Abstimmung wurde der Ratsvorlage zugestimmt.

2). Eingabe des Schwimmvereins „ Delphin “ Braun-  
schweig wegen Überlassung der städtischen Frauenbade-  
anstalt.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv.

Dr. Schultze. Er führte aus, daß dem Verein vom Rat der Stadt die Badeanstalt bereits zur Verfügung gestellt sei und die Eingabe dadurch hinfällig geworden sei.

Im Anschluß hieran teilte der Berichterstatter mit, daß der Pächter Hensel den Rat ersucht habe, die Gebühr für Einzelbäder für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre von 30 M auf 40 M zu erhöhen. Der Rat habe anheimgegeben, der Erhöhung zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Schultze empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Der Erhöhung der Gebühren wurde zugestimmt.

3.) a. Weiterverpachtung des städtischen Konzerthauses  
und

b) Neufestsetzung der Pachtpreise für die übrigen  
städtischen

städtischen Restaurants.

Stadtv. Gräf als Berichterstatter des Rechtsausschusses teilte mit, daß der Punkt 3a zurückgestellt sei.

Über den Punkt 3b berichtete namens des Finanzausschusses Stadtv. Burgdorff.

Er führte aus, daß der Rat folgende Sätze in Vorschlag gebracht habe:

- 1) Bürgerparkrestaurant Sommerhalbjahr 1923)  
150 000 M
- 2) Stadtparkrestaurant für die Zeit vom 1. April 1923 ab eine Jahrespacht von 172 800 M (davon 120 000 M auf das Sommerhalbjahr, der Rest auf das Winterhalbjahr)
- 3) Ratskeller vom 1. April 1923 ab eine Jahrespacht von 150 000 M.

Stadtv. Burgdorff empfahl der Versammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Sauerbier war mit den in Vorschlag gebrachten Sätzen nicht einverstanden und beantragte zwecks nochmaliger Beratung den Punkt zurückzustellen

Stadt-

Stadtv. Dietermann stimmte den Sätzen zu beantragte jedoch, den Rat zu ersuchen, mit den Pächtern erneut in Verhandlungen zu treten.

Stadtv. Sauerbier zog hierauf seinen Antrag zurück.

Bürgermeister Meyer stimmte den Ausführungen der Stadtv. Sauerbier und Dietermann zu und erklärte sich bereit, erneut in Verhandlungen mit den Pächtern zu treten.

Es folgte sodann die Abstimmung:

Der Ratsvorlage wurde zugestimmt und der Rat ersucht, mit den Pächtern erneut Verhandlungen zu führen.

#### 4.) Schaffung von 3 neuen Schulstellen an der Städtischen Mädchen- Mittelschule.

Der Rat teilt mit, daß durch die Errichtung von 3 neuen Klassen an der Städtischen Mädchen- Mittelschule 3 neue feste Schulstellen geschaffen werden müssen und gibt anheim, der Vorlage zuzustimmen. Namens des Schulausschusses empfahl Stadtv. Stukenberg der Ratsvorlage zuzustimmen.

Der

Der Vorlage wurde zugestimmt.

Stadtv. Frede stellte zur Geschäftsordnung den Antrag zunächst die Punkte 7,12,13,23,31,32 und 35 der Tagesordnung zu erledigen.

Stadtv. Dr. Röpcke schloß sich den Ausführungen des Stadtv. Frede an. Er teilte dann noch mit, daß nach den Ereignissen in den letzten Sitzungen damit zu rechnen sei, daß die „Linke“ wiederum den Saal verlassen würde. Er erklärte, daß dennoch weiter-verhandelt würde lassen würde, (die Beschlußunfähigkeit des Hauses würde nicht anerkannt werden, er zog den § 62 der Städteordnung an. Stadtv. Dr. Röpcke führte dann weiter aus, daß der Vorsitzende die Versammlung (Sitzung) nur schließen könnte, wenn Gründe dafür vorlägen z.B. wiederholte Ruhestörungen, ein anderer Grund, die Sitzung zu schließen, sei in der Städteordnung nicht angegeben.

Auf keinen Fall würde er bzw. seine Freunde die Schließung anerkennen, sondern würden vielmehr unter dem stellv. Vorsitzenden weiter arbeiten.

(Die weiteren Ausführungen sind bei der Unruhe nicht verständlich)

Stadtv.

Stadtv. Schmerbach widerspricht den Ausführungen des Stadtv. Dr. Röcke und wundert sich, daß man erst jetzt den § 62 der Städteordnung anzieht, wo man doch bereits mehrere Male „auseinandergelaufen“ sei. Jedenfalls ließe er und seine Freunde sich nicht zwingen und beantragt den Antrag Stadtv. Frede abzulehnen.

Der Antrag des Stadtv. Frede wurde angenommen.

7.) Festsetzung der Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung der Straßenkanäle.

Der Rat gibt anheim, um die Einnahmen und Ausgaben des Unterhaltungsetats der Kanalbaukasse einigermaßen in Einklang zu bringen, die Anliegerbeiträge auf 130 % des Grundsteuerkapitals zu bemessen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Frede und empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

(Da der Berichterstatter des Punktes 12 nicht da war, wurde zunächst Punkt 13 beraten.)

13.) Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur Aufhebung der Satzungen über die Mittelschulen.

Der

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß vom 1. April 1923 ab

- 1) die städtischen Mittelschulen nach den gleichen Grundsätzen umgestellt, verwaltet, geleitet und in die Volksschulen eingegliedert werden, wie die übrigen Mittelschulen des Landes,
- 2) die bestehenden Satzungen über die Mittelschulen aufgehoben werden.

Namens des Schulausschusses berichtete Stadtv. Frede über die Ratsvorlage und empfahl, derselben zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

12) Änderung des Satzungsentwurfs über die Müllabfuhr in der Stadt Braunschweig.

( Die Vorlage ist dieser Niederschrift beigelegt)

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf.

Er besprach die Ratsvorlage und empfahl namens des Rechtsausschusses, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Schultze empfahl der Müllverwertung noch einmal näher zu treten. In anderen Städten z.B.

Mainz

Mainz habe man damit gute Ergebnisse erzielt. Man verkaufe dort den Müll als Dünger und decke durch den daraus erzielten Erlös die Unkosten für An- und Abfuhr des Mülls.

Stadtv. Frede bemängelte zunächst, daß sowohl er wie auch Stadtv. Dr. Schultze, die beide der Müllabfuhrdeputation angehörten, noch nie eingeladen wären. Auch in München habe man die Müllverwertung eingeführt und gute Erfolge erzielt.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß die Kosten der Verbrennung des Mülls heute so hoch seien, daß die dadurch entstehenden Unkosten nicht gedeckt würden, auch seien die dazu erforderlichen Maschinen heute sehr teuer.

Was die Ausführungen des Stadtv. Frede wegen der Zugehörigkeit zur Müllabfuhrdeputation betreffe, so gehörten Stadtv. Frede und Dr. Schultze der Kommission an, die die Einsprachen gegen die Müllabfuhrgebühr zu beraten hätte, nicht aber der Marstalldeputation, die sich mit der Müllabfuhr zu beschäftigen habe.

Bürgermeister Meyer versprach, sich mit der

Stadt

Stadt Mainz wegen der Ergebnisse der Müllverwertung in Verbindung zu setzen.

Es folgte dann die Abstimmung.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

23) Erhöhung der Gebühren für Einäscherungen und der Kosten für Beleuchtung der Halle.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Gebühren wie folgt festgesetzt werden:

- 1) für Einheimische auf 60 000 M. und bei Verzicht auf Benutzung der Halle auf 55 000 M.,
- 2) für Auswärtige auf 100 000 M;
- 3) die Kosten für die kleine Beleuchtung der Halle auf ..... 2 000 M  
die große Beleuchtung der Halle auf 10 000 M

Stadtv. Dietermann empfahl namens des Finanzausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären bzw. zuzustimmen, daß die künftig erforderlich werdenden Erhöhungen von der Deputation des Feuerbestattungsamtes - ohne jedes-



jedesmalige Zustimmung der Stadtverordneten-festgesetzt werden.

Die Versammlung stimmte der Vorlage und dem Antrage des Finanzausschusses zu.

Bürgermeister Meyer beantragte -zur Geschäftsordnung- den Punkt 25 der Tagesordnung, der besonders eilig sei, schon jetzt zu beraten.

Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

5) Wahl von Mitgliedern der Steueraussschüsse.

(Die Vorlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Jahns. Er teilte mit, daß man eine engere Kommission gewählt habe, die die in dem betr. Verzeichnisse aufgeführten Personen in Vorschlag gebracht habe. Er empfahl der Versammlung, das Verzeichnis en bloc anzunehmen.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

6) Bewilligung von Mitteln für Entsendung von Schulkindern in ein Solbad.

Der Rat gibt anheim aus städtischen Mitteln dafür 10 Millionen Mark zu bewilligen.

Stadtv. Frede empfahl namens des Finanz-

Finanzausschusses den Rat zu ermächtigen über den Betrag von 10 Millionen Mark hinauszugehen und bis zu 12 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung bewilligte 12 Millionen Mark.

32) Bewilligung von Mitteln für Ferienausflüge.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß dem Gewerkschaftskartell 1/10 der entstandenen Kosten - höchstens jedoch 2 Millionen Mark- gewährt werden.

Über die Ratsvorlage berichtete namens des Finanzausschusses Stadtv. Steinert. Er führte aus, daß sich der Finanzausschuss nicht dazu habe verstehen können, die Summe zu erhöhen.

Stadtv. Dr. Schultze begrüßte es, daß alle Jahre eine größere Summe für diese Zwecke zur Verfügung gestellt würde. Man müsse aber der Frage der Errichtung eines Walderholungsheims mal näher treten. Bei einem dauernden Aufenthalt der Kinder in frischer (Wald-) Luft würde viel mehr erreicht. Stadtv. Dr. Schultze fragte dann an, was aus dem Unger'schen Plane geworden sei. Man habe gehört, daß Unger krank geworden sei, weiter aber auch nichts.

Ober-

Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte, daß vor dem Kriege die Errichtung einer Waldschule eingehend erörtert sei. Man habe s.Z. dafür das Dovesee-Grundstück in Aussicht genommen. Bei gutem Wetter hätten sich die Kinder den ganzen Tag im Querumer Wald aufhalten können. Durch den Krieg sei die Sache liegen geblieben. In den letzten Tagen habe er mit dem Schulrat Dr. Appuhn wegen Entsendung von Kindern nach Salzdetfurth verhandelt. Er habe da erfahren, daß die Sole gepumpt werden muß.

Bei der Anlage von Brunnen in Rünigen sei vor Jahren festgestellt, daß wir hier ebenfalls auf Salz sitzen. Vielleicht sei es später möglich, hier ein Solbad zu errichten und die für Entsendung der Kinder nach Salzdetfurth aufzubringenden Mittel zu sparen.

Was die Unger'sche Sache anbeträfe, so könne er hier nur sagen, daß Herr Unger z.Z. noch sehr krank sei.

Stadtv. Lehnert beantragt, die Summe von 2 auf 5 Millionen Mark zu erhöhen.

Nach-

Nachdem dann noch die Stadtv. Frau Graf, Stadtrat Schaper, die Stadtv. Frede, Lehnert, Regener, Dr. Schultze, Pilz und Steinert gesprochen hatten, wurde vom Stadtv. Jahns der Schluß der Aussprache beantragt.

Stadtv. Munte war dagegen, der Antrag wurde abgelehnt.

Stadtv. Munte führte aus, daß die Vorlage im Finanzausschuß nicht genügend beraten sei, da zu wenig Mitglieder vorhanden gewesen seien. Er beantragte 4 Millionen Mark zu bewilligen.

Stadtv. Stukenberg unterstützte den Antrag Lehnert.

Es folgte dann die Abstimmung:

Bewilligt wurden 5 Millionen Mark.

Stadtrat Vogler beantragte jetzt den Punkt 33 der Tagesordnung, der sehr notwendig sei, zu erledigen.

Stadtv. Jahns sprach dagegen, es solle jetzt erst der Punkt 35 erledigt werden im Anschluß daran könne die ganze Tagesordnung noch beraten werden.

Der

Der Antrag wurde abgelehnt.

Desgleichen wurde der Antrag des Stadtrats Schaper wegen Wahl eines Kleinrentner-Fürsorge-Ausschusses abgelehnt.

1) Wahl eines besoldeten Stadtrats.

(Die „Linke“ verließ - mit Ausnahme des Stadtv. Lehnert- den Saal.)

Stadtv. Dr. Schultze als Berichterstatter führte aus, daß er schon mehrere Male über diesen Punkt berichtet habe. Auf der engeren Wahl ständen Bürgermeister Dr. Schneider aus Dillenburg und Arbeitersekretär Radlof aus Bremen.

Stadtv. Lehnert bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses. Vom Rat der Stadt sei noch keine Entscheidung gekommen, ob die Ausführungen des Stadtv. Dr. Röppeke zu Recht beständen.

- Gegenwärtig sind nur 18 Stadtverordnete -

Der Vorsitzende wunderte sich darüber, daß man erst jetzt den § 62 der Städteordnung heranziehe, wo das Haus doch auf diese Weise schon mehrmals beschlußfähig geworden sei. Der Gesetzgeber habe den § 62

der

der Städteordnung nicht so gemeint, wie er jetzt ausgelegt würde. Wenn dem so sei, dann könne ja auch eine Versammlung bestehend aus 6 Mitgliedern noch beschlußfähig sein.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung.

Auf Vorhalt des Stadtv. Frede, daß sich Stadtv. Dr. Röpcke schon vorher zur Geschäftsordnung gemeldet hatte, wurde dem Stadtv. Dr. Röpcke vom Vorsitzenden das Wort erteilt.

Stadtv. Röpcke führte aus, daß er noch immer geglaubt habe, eine Verständigung erzielen zu können. S.Z. sei der Kompromißvergleich von der anderen Seite ebenfalls abgelehnt worden. Wenn der Vorsitzende die Versammlung schließen würde, so würden sie dieses als ungerechtfertigt halten und unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden weiter verhandeln.

Der Vorsitzende verließ seinen Platz mit den Worten: Ich schließe die Sitzung.

gez.C. Stegmann

Vorsitzender.

gez. Wehrmann

Schriftführer.

## Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in der Sitzung am Donnerstag,  
den 19. Juli 1923, nachmittags 4 Uhr.

-----

### Gegenwärtig:

die Stadtverordneten ohne  
die entschuldigten Herren  
Drews, Möll, Jahns und  
Dr. Bock; außerdem fehlten  
die Stadtverordneten Burgdorff,  
Diers, Eßner, Gartung, Dr.  
Kahlert, Melzer, Pilz, Rasche,  
Dr. Schultze und Frl. Wolters.

-----

Nachdem der Vorsitzende, Stadtverordneter  
Stegmann, die Versammlung gegen  $4\frac{1}{2}$  <sup>0</sup> eröffnet und  
die Namen der entschuldigten Herren verlesen hatte,  
ent-

entspann sich sofort eine längere, vom Stadtverordneten Frede herbeigeführte Debatte über die Geschäftsordnung, an der sich im weiteren Verlauf die Stadtverordneten Marth, Lehnert, Fay und Dr. Röfke beteiligten. Herr Frede widersprach der Eröffnung der Versammlung, da sie nicht beschlußfähig sei. Demgegenüber erklärte der Vorsitzende, nach § 62 der Städteordnung stehe der Eröffnung nichts im Wege, es könnten die Eingänge bekannt gegeben werden, Beschlüsse dürften allerdings nicht gefaßt werden, wenn nicht inzwischen noch einige Stadtverordnete erscheinen würden. Es wurde die Beschlußfähigkeit der Versammlung angezweifelt und beide Parteien des „Hauses“ ergingen sich gegenseitig in Vorwürfen. Schließlich machte Stadtverordneter Frede den Vorschlag, die wichtigsten Punkte der Tagesordnung möchte der Rat erledigen und die Zustimmung der Versammlung dazu nachträglich einholen. Dem widersprach aber der Stadtverordnete Marth. Es sei nicht angängig, daß der Rat ohne weiteres über so hohe Summen, die bis zur Million sich beliefen, allein verfüge, und außerdem seien es gerade die



die Vertreter der Rechtsparteien gewesen, die früher einen ähnlichen Vorschlag der sozialdemokratischen Seite des Hauses abgelehnt hätten.

Schließlich verlas der Vorsitzende folgende Eingänge und Anträge:

1. Schreiben des Rates vom 13. Juli, betr. Mitteilung wegen Bewilligung einer besonderen Zulage an die städtischen Armen- und Schulärzte für April und Mai 1923;
2. Schreiben der Arrendirektion vom 5. Juli wegen Festsetzung der monatlichen Höchstsätze für die Armenunterstützung vom 1. Juli ab;
3. Gesuch des Invaliden Wiegand vom 10. Juli um Beschäftigung im städtischen Dienste;
4. Beschwerde einer Anzahl Bewohner der Siedlung Charlottenhöhe vom 18. Juli wegen mißlicher Verhältnisse, die angeblich durch den Kaufmann Hartwig hervorgerufen sein sollen;

(die Beschwerde wurde dem Rechtsausschuß überwiesen)

5. Gesuch des Emil Könnemann vom 18. Juli um Annahme als Stadtdiener;

6. Antrag des Stadtverordneten Dietermann:

- „ Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Rats- und Stadtdiener, die nach der Besoldungsordnung in Gruppe 2 und 3 eingruppiert sind, in Gruppe 3 und 4 aufzurücken zu lassen, wenn in Magdeburg, Hannover und den umliegenden Städten die Rats- und Stadtdiener in Gruppe 3 und 4 eingruppiert sein sollten.“

7. Antrag des Stadtverordneten Gräf:

- „ Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, gegen unberechtigte Preissteigerungen vorzugehen und durch Verkauf verbilligter Lebensmittel an die notleidende Bevölkerung diesen Kreisen entgegenzukommen.“

8. Ein Plakat, betitelt „ an alle Gottsucher “, in dem auf einen Vortrag hingewiesen wird, der im September d.Js. in Stuttgart von einem Propheten Inkonu über das derzeitige Weltgeschehen usw. gehalten werden soll

Hiernach erbat Stadtverordneter ~~XXXX~~ Lehnert

das

das Wort zur Geschäftsordnung und verlas eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, wonach diese sich bereit erklärt, mit Ausnahme der Punkte 1, 35 und 36 der Tagesordnung (Prüfung der Beschlußfähigkeit der Versammlung, Erlaß einer Satzung zur Änderung der Satzung über den Rat der Stadt Braunschweig und Wahl eines besoldeten Stadtrates) die übrigen Sachen zu erledigen.

Vom Stadtverordneten Frede wurde darauf nochmals die Beschlußfähigkeit der Versammlung angezweifelt. Bei der vorgenommenen Auszählung ergab sich, daß tatsächlich nur 21 Mitglieder erschienen waren und somit nach § 62 der Städteordnung eine Beschlußfassung überhaupt nicht erfolgen konnte.

Der Vorsitzende schloß demgemäß kurz nach 5<sup>00</sup> die Versammlung.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. Hans Lies,  
stellvertr. Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
in ihrer Sitzung am Freitag, den 10. August 1923,  
4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig  
die Stadtverordneten.

Es fehlen:

die Herren Jahn, Dr. Jasper und  
Hr. Wolters entschuldigt -  
die Herren Burghorff, Kffner,  
Frede, Gartung, Dr. Kahlert,  
Kelzer, Munte, Pilz, Rasche,  
Dr. Röpke, Dr. Schulze und  
Stukenberg - unentschuldigt.

Der Vorsitzende, Stadtd. Stegmann, eröffnete die  
Sitzung 4<sup>35</sup> Uhr. Da jedoch noch einige Herren zu  
erwarten sind - von der „Rechten“ waren erst 4 Stadt-  
verordnete erschienen - so vertagte er die Sitzung  
auf 102 Stunde.

Die Sitzung wurde 5<sup>15</sup> Uhr wieder eröffnet und die  
Verhandlungen vom Vorsitzenden geleitet.

Zu-

Zunächst wurden folgende Eingänge bekannt gegeben:

- 1) Schreiben des Rats der Stadt, in dem derselbe mitteilt, daß sich die Pächter der städtischen Gastwirtschaften bereit erklärt hätten, höhere Pachtpreise zu zahlen und zwar - für das laufende Halbjahr -  
für das Bürgerparkrestaurant . . . . . 500 000 M  
für das Stadtparkrestaurant . . . . . 750 000 „  
für den Ratskeller . . . . . 900 000 „
- 2) Schreiben des Rats der Stadt betr. Übersendung eines weiteren Zeugnisses des Stadtkamlers B i n d e r w a l d zu seinem Bewerbungsgesuch an die Stadtratsstelle.  
(Das Zeugnis wurde dem Bewerbungsgesuch beigelegt).
- 3) Schreiben des Rats der Stadt, betr. Übersendung des Urteils in dem Prozesse des Kaufmanns Joseph L ö w e in Düsseldorf gegen die Stadtgemeinde Braunschweig wegen Forderung.  
(Das Schriftstück wurde auf den 2. Tisch des Hauses gelegt).
- 4) Schreiben der Ratsdiener wegen anderweitiger Eingruppierung in die Besoldungsordnung.  
(Die Eingabe wurde bei Beratung des Punktes 1 der Tagesordnung mit berücksichtigt).
- 5) Schreiben des Deutschen Musikerverbandes, Ortsgruppe Braunschweig (Betriebsrat des gesamten Personals der Vereinigten Lichtspiele) betr. Kündigung der Kino-Angestellten zum 15. August d. J. infolge der zu hohen Lustbarkeitssteuer. (Der Vorsitzende teilte mit, daß vor einigen Tagen bereits beschlossen sei, die Lustbarkeitssteuer herabzusetzen).

- 6) Eingabe des Bezirksvorstandes der Pächter und Kleinbauern Nord-Verheide, betr. Einladung der Mitglieder der Rieselgutsdeputation zu einer am 12. August nachmittags 3 Uhr in der Behrenschen Wirtschaft zu Watenbüttel stattfindenden Mitgliederversammlung. (Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt).
- 7) Eingabe des Mütterheims - Kindesheimat, Kaiser Wilhelmstraße 43 (A. Rohde) wegen Überweisung eines Zuschusses von 10 Millionen Mark. (Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt).

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

#### Tagesordnung.

Stadt. M a r t h stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, den von ihm bezw. der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eingereichten Dringlichkeitsantrag zuerst zu beraten.

Der Dringlichkeitsantrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, angesichts der fürchterlichen Notlage weitester Bevölkerungskreise der Stadt Braunschweig infolge der Lebensmittelknappheit

- 1) die Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel Kartoffeln, Milch, Fett, Butter usw. stadtseitig in die Hand zu nehmen und zu erschwinglichen Preisen an die Bevölkerung abzugeben,

- 2) zur Beschaffung der erforderlichen Mittel eine wertbeständige Anleihe aufzunehmen,
- 3) durch die Landesregierung auf die Reichsregierung und den Reichstag dahin einzuwirken, daß sofort durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der unhaltbaren Zustände eingeleitet und die Zwangsbewirtschaftung für die dringend notwendigsten Lebensmittel eingeführt wird.

Nachdem festgestellt war, daß sich gegen die sofortige Beratung des Dringlichkeitsantrages kein Widerspruch erhoben hatte, wurde der Antrag vom Antragsteller begründet.

Stadt. M a r t h führte aus, daß in den letzten Tagen die wirtschaftliche Not so zugenommen habe, daß unbedingt etwas getan werden müßte, um die Bevölkerung vor den Verhungern zu schützen. Die Stadt wäre verpflichtet, alles zu tun um diese Not zu lindern. Im Publikum wäre die Ansicht verbreitet, daß an diesen Zuständen die Gewerbetreibenden, die Kaufleute, schuld wären. Diese Ansicht wäre durchaus irrig, denn nicht der Kaufmann trage die Schuld, sondern die Produzenten und Grossisten. Nicht zu vergessen wäre der Landwirt. Dieser ließe sein Vieh lieber in Ställe stehen, als daß

er

er es verkaufe und somit die Not der Städter verminderte. Der Landwirt wäre nicht gewillt, sein Vieh und seine Erzeugnisse für „Papierscheine“ herzugeben. Die Stadt müßte dahin bestrebt sein, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen. Die Waren müßten rationiert werden, wie während des Krieges. Während des Krieges hätte ein jeder etwas bekommen, heute jedoch nur diejenigen, die die enormen Preise zahlen könnten. Für die Armengeldempfänger, Kleinrentner und Sozialrentner wäre es heute eine Unmöglichkeit, sich auch nur das Allernotwendigste zu kaufen.

Zur Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel wäre es erforderlich, eine wertbeständige Anleihe aufzunehmen, ungefähr 5 Milliarden Mark. Diese von der Stadt aufgekauften Lebensmittel müßten dann an die Bevölkerung abgegeben werden, jedoch nur an die wirklich Bedürftigen. Diejenigen, deren Löhne den heutigen Zeiten ungefähr angepaßt wären, müßten von dem Bezuge der verbilligten Lebensmittel ausgeschlossen sein.

Die



Die Dringlichkeit des Antrages wurde unerkannt, und man trat in die Besprechung.

Stadt. S a u e r b i e r unterstützte die Ausführungen des Vorredners. Man könnte es garnicht schildern, wie groß die Not in der Bevölkerung wäre. Die Landwirtschaft hätte bis jetzt noch keine Not kennen gelernt, die Reichsregierung müßte ersucht werden, den Landwirten das Getreide zu enteignen und für die notleidende Bevölkerung frei zu machen. Wenn die diesjährige Ernte gut einkommt, dann könnte man damit rechnen, daß es besseres Mehl und billigeres Brot gäbe.

Eine wertbeständige Anleihe über 5 - 10 Milliarden Mark reiche noch nicht aus. Die Stadt wäre z.B. heute nicht in der Lage, ihren Beamten das volle Gehalt auszusahlen, sie bekämen nur die 75%, die den Gemeinden von Reichs überwiesen würden. Die Beamten der Besoldungsgruppen 2 - 5 bekämen zum Teil heute weniger als die städtischen Arbeiter. Vor allen Dingen müßten die Luxusbäder (Harzburg) geschlossen werden, denn das,

was

aus z.B. die Helfenbüttler Gärtner früher nach Braunschweig gebracht hätten, wanderte heute nach Harzburg.

Stadtv. F a y führte aus, daß dem Antrage nicht nur zugestimmt, sondern daß er sogar noch erweitert werden müßte. Die Schlenker-Restaurants müßten ebenfalls geschlossen werden. Von der Güte der freien Wirtschaft hätte man nicht viel gemerkt, sie wäre nur einem Teil der Bevölkerung zugute gekommen. Die Geldknappheit wäre augenblicklich groß, die Industrie wäre heute nicht in der Lage, den Anforderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Die von einzelnen Betrieben herausgegebenen Gutscheine würden von den Kaufleuten nicht in Zahlung genommen. Die Stadt müßte durch Bekanntmachungen in den Tageszeitungen dahin wirken, daß die Kaufleute auch die Gutscheine annähmen.

Stadtv.

Stadt. D i e r s meinte, wenn nicht genügend Vieh auf den Markt käme, so läge das nur an den Bauern, die ihr Vieh lieber in Ställe stehen ließen. Von einer Knappheit in Viehbestände könnte wirklich keine Rede sein.

Stadt.Dr. B o o k begrüßte die Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe, wenn es sich auch in diesem Falle um eine wirkliche Belastung der Stadt handelte. Die Zwangswirtschaft müßte straff durchgeführt werden. In erster Linie müßten die wirklich Minderbemittelten bei Verteilung bezw. Abgabe der verbilligten Lebensmittel berücksichtigt werden. Redner meinte, wenn man wieder anfinge, sich in den Betrieb des Landwirts einzumischen, so würde damit nichts erreicht. Es müßte versucht werden, daß der Landwirt das abgibt, was er übrig hat.

Die

Die Stadtv. Frau S o h u l z e meinte, beim  
Landwirt müßten Maßnahmen ergriffen werden, die auch  
Erfolg hätten, nur der kleinste Teil der Bauern dürfte  
heute sozial.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß der Antrag den  
Mitgliedern des Rats sehr sympathisch wäre. Auch im Rat  
hatte man sich schon mit der augenblicklichen Wirt-  
schaftslage beschäftigt. Um die augenblickliche Not  
schnell zu lindern, wäre es vielleicht erforderlich, so-  
fort eine Anleihe aufzunehmen. Dem Rat wäre es angenehm,  
wenn er zur Beseitigung oder Linderung der Not in Gemein-  
schaft mit der Notstandsdeputation vorgehen könnte. Im  
Staatsministerium hätten auch schon Verhandlungen zur  
Linderung der Not stattgefunden.

Stadtv.

Stadt. L e n n e r t führte aus, daß der Leidensweg nicht mehr zu lange dauern dürfte, sonst könnte es noch zum Bruderkriege kommen. Wie groß die Not in der Bevölkerung wäre, das sehe man an den vielen Felddiebstählen, die jetzt verübt werden.

Eine schnelle Hilfe wäre erforderlich. Am schlimmsten wären die Armegegeldempfänger, Kleinrentner und Sozialrentner daran. Die Armenunterstützung betrage 360 000 M., das reichte gerade aus, um sich noch einen Strick zum Aufhängen zu kaufen.

Auf alle Fälle müßte die Notstandsdeputation sofort zusammentreten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n führte aus, daß die augenblickliche Notlage von allen Seiten anerkannt wäre. Z.Z. wären es hauptsächlich Kartoffeln, die fehlten, die Frühkartoffeln kämen in diesem Jahre zu spät

spät. Die Kreisdirektion wäre bestrebt, dafür zu sorgen, daß in der nächsten Zeit größere Mengen Kartoffeln in die Stadt kämen. In Zukunft sollten die Kartoffeln an mehreren Stellen in der Stadt verkauft werden. Was die Behauptung bzw. Anfrage der Stadtv. Frau Böhm betraf, so wäre ihm diese ganz unverständlich, der Rat hätte nie ein Angebot auf Kartoffeln ausgeschlagen. Es wäre in Aussicht genommen, die Brotversorgung (das Markenbrot) mit dem 15. September d.J. aufzuheben. Dem müßte entschieden entgegengetreten werden.

Zunächst müßte sofort mit der Notstandsdeputation verhandelt werden.

Der Vorsitzende gab anheim, sich möglichst kurz zu fassen, die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Antrages wäre von allen bereits anerkannt und der Antrag genügend besprochen. Es hätten sich noch 5 Redner gemeldet.

Stadtv.

Stadt. M a r t h freute sich, daß sein Antrag von allen unterstützt wäre, es müßte jetzt unbedingt etwas getan werden. Vielleicht ließe es sich auch ermöglichen auf die Pächter der Rieselgutsländereien dahin zu wirken, daß sie ihre Erzeugnisse nach Braunschweig - und nicht anderen Städten - lieferten.

Jedes Darlehen, jede Anleihe, ganz gleich wie hoch, müßte und würde bewilligt werden.

Nachdem dann noch die Stadt. Dr. B o e k, Frau B ö h m, P l e p e r, M ö l l, und M a r t h zu dem Antrage gesprochen hatten, beantragte Stadt. M a a ß den Schluß der Debatte.

Der Antrag des Stadt. M a r t h wurde einstimmig angenommen. Wegen der Aufnahme einer wertbeständigen Anleihe soll der Rat ersucht werden, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten.

Die Notstandsdeputation (Ernährungsausschuß) wurde ermächtigt, dem Rat der Stadt die zur Linderung der Not erforderlichen Mittel zu bewilligen. Ferner wurde der Rat ermächtigt, außer der wertbeständigen Anleihe eine weitere Anleihe, deren Höhe der Rat der Stadt festsetzen soll, aufzunehmen.

Punkt

Punkt 1 der Tagesordnung.

Besoldungsordnung.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadts. M a r t h.  
Er führte aus, daß die Besoldungsordnung jetzt endlich fertig geworden sei. Die Vorlage sei mit dem Rat, dem Finanzausschuß, Beamtenausschuß und Unterausschuß durchberaten und empfahl, die Ratsvorlage mit den folgenden vom Unterausschuß beantragten Änderungen en bloc anzunehmen.

- 1) Ein Teil der Rats- und Stadtdiener soll, wenn irgend möglich und soweit geeignet, in die Stellen von Geldzählern und Gelderhebern aufrücken.
- 2) Bei den Feuerwehrleuten soll die Anrechnung der Dienstkleidung in derselben Höhe und Weise erfolgen wie in der Stadt Hamburg.
- 3) Diejenigen Beamten, deren Einrückung in eine höhere Gruppe noch von einer zu bestehenden Prüfung abhängig gemacht ist, sollen sofort nach Bestehen dieser Prüfung befördert werden.
- 4) Die den Beamten für die zurückliegende Zeit noch  
nach-



nachzuzahlenden Beträge sollen sohleunigt berechnet und ausgezahlt werden.

Stadtv. S a u e r b i e r führte aus, daß unsere Stadtdiener genau so eingruppiert werden sollten, wie z.B. in Magdeburg, Hannover usw., die nach dem Stellenplan noch unbesetzten Stellen sollen sofort, nach bestandener Prüfung besetzt werden.

Eine Anfrage des Stadtv. Dr. B o o k, wie es käme, daß die Auszahlung von Teuerungszulagen bei den städtischen Beamten immer so lange dauerte, wurde vom Bürgermeister dahin beantwortet, daß es mit der Überweisung der Bezüge durch das Staatsministerium zusammenhänge.

Vielleicht ließe es sich einrichten, daß zunächst bei neuen Teuerungszuschüssen Abschlagszahlungen geleistet würden.

Stadtv. S a u e r b i e r hielt die Beschwerde des Stadtv. Dr. B o o k für berechtigt. Eine Geldanforderung

runo

zung beim Staatsministerium dauerte 10 Tage. (Zuruf des Stadtv.Gräf: 1 Tag!) Zuruf des Stadtv.Sievers: Sie sind schlecht im Bilde!)

Es folgte dann die Abstimmung.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Besoldungsordnung und die vorgelegten Stellenpläne mit den erfolgten Einstufungen wurden genehmigt. (Die besoldeten Ratsmitglieder werden nach Gruppe XIII Höchsthstufe der Oberbürgermeister nach B II besoldet).

Stadtv.Br. B o o k stellte den Geschäftsordnungsantrag zunächst Punkt 8 zu beraten.

Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 8

Punkt 8: Erhöhung des Kredits zum Ankauf von Gaskohlen.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Kredit bei der Staatsbank zur Beschaffung von Kohlen von 350 Millionen Mark auf 700 Millionen erhöht wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. D i e t e r-  
m a n n, er empfahl den Kredit auf 10 Milliarden Mark zu erhöhen.

Bürgermeister M e y e r teilte mit, daß mit der Braunschw. Staatsbank Verhandlungen geführt wären, wegen Erhöhung der Kredite des Kontos I (allgemeine Verwaltung) und Konto IV (Gaswerk). Die Staatsbank wäre bereit, diese Konten von 80 000 000 M bzw. 350 000 000 M auf eine Milliarde bzw. drei Milliarden unter folgenden Bedingungen zu erhöhen:

- 1) Zinsen =  $3/4\%$  pro Tag
- 2) Dauer des Kredits: längstens einen Monat
- 3) soweit die Reichsbank bei der Kreditgewährung die volle Wertbeständigkeit verlangt, bedingen wir aus-  
drück-

drücklich das Gleiche derart, daß der Unterschied der Geldentwertung nach den näheren Bestimmungen der Reichsbank gezahlt wird.

Stadtv. H a r t h hielt die Beschaffung von Geld im Wege der Aufnahme einer 12-15%igen Anleihe durch die Stadt empfehlenswerter.

Der Erhöhung des Kredits bei der Staatsbank unter den von dieser gestellten Bedingungen wurde zugestimmt.

Bürgermeister H e y e r gab anheim, nunmehr den Punkt 7 der Tagesordnung zu beraten.

Punkt 7: Gewährung eines zwecklosen Zuschusses an  
das Landessüdlingsheim.

Der Rat gibt anheim, dem Landessüdlingsheim einen Zuschuß in Höhe von 3 783 385 M = 1/3 des entstandenen Fehlbetrages zu bewilligen.

Stadt-

Stadte. S t e i n e r t empfahl namens des Finanzausschusses die Mittel zu bewilligen.

Stadtrat Dr. R e i c h e als Leiter des Säuglingsheims teilte mit, daß die Anstalt augenblicklich sehr gut arbeite, fast 2/3 der Ausgaben könnten durch die Anstalt gedeckt werden: Es wäre allerdings erforderlich, daß die Armendirektion die Kosten für die von ihr belegten Betten im Voraus bezahle und nicht mehr, wie es bislang geschehen wäre, am 15. und 1. jeden Monats.

Stadte. B r e w e hatte folgenden Antrag gestellt: Die Stadt möge dem Landessäuglingsheim einen großen Teil des Verpflegungsgeldes, für die auf Kosten der Armendirektion in der Anstalt verpflegten Kinder, z. Z. 36, im Voraus zahlen.

Es folgte die Abstimmung.

3 783 385 M Zuschuß wurden bewilligt, der Antrag des Stadte. B r e w e wurde angenommen.

Stadtverordn.

Stadtv. M a a ß (zur Geschäftsordnung) bittet, das Rauchen zu gestatten. Der Vorsitzende hat persönlich nichts dagegen.

Punkt 2: Festsetzung der Müllabfuhrgebühren.

Bürgermeister M e y e r gab anheim, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Punkt 3: Festsetzung der Gebühren für das Stadtbauamt.

Der Rat beantragt, die Gebühren zu erhöhen und zwar für Hausachen das 600fache der Sätze des Statuts von 1. September 1922

für Prüfung elektrischer Anlagen das 12 000fache der im § 2 des Ortsbaustatuts vom 8. Dezember 1905 genannten Sätze.

Nachdem Bürgermeister M e y e r die Ratsvorlage begründet hatte, wurde derselben zugestimmt.

Punkt 4

Punkt 4: Erhöhung der Gebühren für Benutzung der Volks-  
bäder und des Stadtbades.

Bürgermeister M e y e r teilte mit, daß der Finanzausschuß den Rat s.Z. ermächtigt habe, die von ihm festgesetzten Gebühren zu erheben. Er gab der Versammlung anheim, dem Beschlusse des Finanzausschusses beizutreten und die von diesen in der letzten Zeit festgesetzten Gebühren zu genehmigen.

Die Versammlung stimmte der Erhöhung der Gebühren zu.

Punkt 5: Erhöhung des Hundertsatzes der Gemeindeabgabe  
zur Wohnungsabgabe.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n gab anheim, diesen Punkt einstweilen zurückzustellen.

Punkt 6: Verzinsung von Anleihen.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß für die s.Z. bei der Landesversicherungsanstalt aufgenommenen Anleihen

von

von je 3 000 000 M vom 1. Juli 1923 ab 12 v.H. an Zinsen gezahlt werden.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Sauerbier, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 9: Bewilligung von Mitteln zur Vornahme von Probebohrungen.

Der Rat teilt mit, daß auf dem Rieselgute Steinhof ein neuer Brunnen gebohrt werden muß und gibt anheim, für die Vornahme von Probebohrungen 1 000 000 M zu bewilligen.

Stadtv. S t e i n e r t empfahl namens des Finanzausschusses die Mittel zu bewilligen.

Eine Million Mark wurde bewilligt.

Punkt 10: Änderung des Polizei-Reglements für die Straßeneisenbahn.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahnwagen von 15 km auf 18 km auf folgenden Strecken erhöht wird



- 1/ Wolfenbüttlerstraße,
- 2/ Hamburgerstraße von der Abzweigung des Wendenrings  
bis zum Schützenplatze,
- 3/ Madonnenweg von der Goslarschenstraße bis zur Lan-  
desseisenbahn.

Der Berichterstatter, Stadtv. S t e i n e r t,  
empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11: Veranlagung der Extra-Wegegeldbeiträge  
1923/24.

Bürgermeister M e y e r teilte mit, daß die Sätze  
s.Z. von der Kommission festgesetzt wären und gab an-  
heim, die Ratsvorlage (die er im Augenblicke nicht zur  
Hand hätte) an bloß anzunehmen.

Stadtv. S a n e r b i e r stellte den Antrag, infolge  
der Geldentwertung die s.Z. festgesetzten Beträge auf  
das 50fache zu erhöhen.

Auch die Stadtv. L e h n e r t und P i e p e r spre-  
chen sich für eine Erhöhung der Gebühren aus.

Bürgermeister M e y e r meinte, man sollte den Bogen nicht zu straff spannen, die Gebühren wären schon bedeutend erhöht, eine Erhöhung auf das 20fache dürfte genügen.

Es folgte die Abstimmung.

Der Ratsvorlage wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß die s.Z.festgesetzten Gebühren-der Geldentwertung entsprechend - erhöht würden.

Trag des Stadtv. D i e t e r m a n n:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Rats- und Stadtdiener, die nach der Besoldungsordnung in Gruppe 2 und 3 eingruppiert sind, in Gruppe 3 und 4 aufzudecken zu lassen, wenn in Magdeburg, Hannover und den umliegenden Städten die Rats- und Stadtdiener in Gruppe 3 und 4 eingruppiert sein sollten.

Der Antrag wurde bei Beratung des Punktes 1 der heutigen Tagesordnung mit erledigt.

An-

Anfrage des Stadtv. M e l z e r :

Beruhet es auf Wahrheit, daß der Rat der Stadt auf eine Eingabe der Kinobesitzer wegen Ermäßigung der Vergnügungssteuer ablehnend geantwortet hat und daß infolgedessen die hiesigen Kinos am 15. August geschlossen werden sollen.

Die Anfrage wurde vom Vorsitzenden bei Besprechung der Eingabe des Betriebsrats der Kinoangestellten beantwortet.

Anfrage der Stadtv. Frau B o e h m :

Ist es wahr, daß dem Rat der Stadt Kartoffeln für 4000 M das Pfd. angeboten sind und er hat auf das Angebot garnicht geantwortet?

Die Anfrage wurde vom Stadtbaurat Gebensleben bei Besprechung des Dringlichkeitsantrages des Stadtv. Marth mit beantwortet.

Schluß 8 Uhr.

C. Stegmann,  
Vorsitzender.

C. Wehrmann,  
Schriftführer.

1923/24.

## Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten in  
der Sitzung am Donnerstag, den 6. September 1923

4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig  
die Stadtverordneten  
s. fehl-en Stadtv. Jahns,  
r. Jasper, entschuldigt  
Stadtv. Dr. Röpke,  
Wurgdorff unentschuldigt.

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Stegmann, eröffnete  
die Sitzung 4<sup>40</sup> Uhr und leitete die Verhandlungen.

Folgende Eingänge wurden bekannt gegeben:

1). Ein Gesuch der Angestellten Frau Emma Lemmer um  
Weiterbeschäftigung beim Rat der Stadt über den 1. Ok-  
tober d. Js. hinaus.

(Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung über-  
sandt).

2). Eingabe des Verbandes der Gemeinde-und Staatsarbei-  
ter Ortsgruppe Braunschweig wegen Rückgängigmachung der  
zum 1. Oktober d. Js. ausgesprochenen Kündigung von 21

Nacht-

Nachtschutzleuten. (Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt).

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung:

Entträge:

Beschlüsse:

1). Weiterverpachtung des städtischen Konzerthauses.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf. Er führte aus, daß der Rechtsausschuß beschlossen habe, die Vorlage dem Ausschusse zur Verpachtung der städtischen Restaurants zur Vorberatung zu überweisen.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

2). Wahl von Mitgliedern für den Überwachungsausschuß zur Bekämpfung der Spargelschädlinge, des Franzosenkrautes und der Seidenpflanze.

Namens des Rechtsausschusses empfahl Stadtv. Gräf die vom Rat in Vorschlag gebrachten Personen zu wählen.

Folgende Personen wurden von der Versammlung gewählt:

1. Altewiek: Schaffner Hermann Kahle, Salzdahlumerstraße 83,  
Büroangestellter Max Schweinhagen, Salzdahlumerstraße 20,

Ober-

Oberweichenwärter August Nolte, Viewegstr. 2

2. Hagen: Landwirt Andreas Saue, neue Knochenhauerstr. 11

Kaufmann Adolf Wechsung, Humboldtstraße 9,

Landwirt Hermann Hampe, Hagenring 24.

3. Neupetritor: Kaufmann Georg Meyer, Rudolfstr. 3,

Direktor Walter Bauermeister, Hildesheimer-  
straße 16,

Lehrer Emil Bosse, Rudolfplatz 4,

4. Altpetritor: Stadtkassierer Hermann Bode, Rudolfstr. 8,

Kaufmann Johannes Ziegler, Glückstraße 4,

Gärtner Hermann Mittendorf, Goslarschestr. 21.

5. Hohetor: Bahnarbeiter Karl Blume, Madamwenweg 11a,

Schlosser Walter Korell, Goslarschestr. 40,

Sattler Wilhelm Hacke, Döringstr. 3.

6. Wilhelmitor: Dreher August Hirsch, Weststraße 44,

Maurer Hermann Mecke, Jahnstraße 16a,

Schriftsetzer Franz Bielert, Hedwigstraße 6.

Gewährung eines Zuschusses an den Verein für öffentliche  
Gesundheitspflege.

Der Rat gibt anheim, dem Verein für öffentliche Ge-  
sundheitspflege zur Unterhaltung der Tuberkulosenfür-  
sorgestelle einen Zuschuß von 1 Million Mark zu be-  
willigen

bewilligen.

Stadtv. Frede empfahl namens des Finanzausschusses die Mittel zu bewilligen.

Die Versammlung bewilligte die Mittel, der vom StadtvDrSchultze gestellte Antrag wurde angenommen.

(Antrag des Stadtv.Dr. Schultze: Der Rat der Stadt wird ersucht, bis auf weiteres die Kosten für die Tuberkulosefürsorgeschwester des Vereins für Gesundheitspflege zu übernehmen.)

#### 4. Verpachtung eines Platzes.

Der Rat der Stadt empfiehlt zuzustimmen, daß ein 280 qm große unterhalb der Maschbrücke liegende Fläche zum Preise von 4M/qm an den Br.Ruderverein 1900 E.V. bis auf Weiteres- erstmalig bis Ende 1925- verpachtet wird. Stadtv. Eifner empfahl namens des Bauausschusses der Vorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage mit der Maßgabe zu, daß der Pachtpreis - entsprechend der Geldentwertung- vom Rat der Stadt neu festgesetzt wird.

5).

1. Gewährung eines Zuschusses an die Handelskammer  
zur Unterhaltung der Kaufmännischen Fortbildungs-  
schule.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Kaufmännischen Fortbildungsschule zur Deckung ihres Fehlbetrags im Jahre 1922/23 ein Zuschuß von 1 810 721 M gezahlt wird.

Der Berichterstatter des Schulausschusses, Stadtv. Schmerbach empfahl, die Mittel zu bewilligen.

Die Versammlung bewilligte 1 810 721 M.

2. Genehmigung des Verfassungsentwurfes der Drogisten-  
Akademie Braunschweig.

Der Rat gibt anheim, dem von ihm vorgelegten Verfassungsentwürfe zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Kahlert als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl, dem Satzungsentwürfe zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte dem Entwurfe zu.

3. Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Kammereikasse 1921/22

Der Punkt wurde nicht berathen, da der Berichterstatter nicht anwesend war.



1. Verkauf einer Fläche.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß eine an der hem.Limbeckerstraße zwischen Gertrudenstraße und Eisenbahn gelegene 65 qm große Fläche zum Preise von 0 000 M an den Schlossermeister Allefeldt verkauft wird.

Stadtv. Trautmann als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß der Verkaufspreis - der Geldentwertung entsprechend - vom Rat der Stadt erneut festgesetzt wird.

Die Versammlung stimmte der Vorlage - mit dem Antrage des Bauausschusses - zu.

.) Wahl von Aushilfsbeisitzern zum Mieteinigungsamt.

Der Rat gibt anheim 4 Aushilfsbeisitzer - wenn möglich aus dem Rathause - zu wählen.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier.

Folgende Personen wurden in Vorschlag gebracht:

I .Vermieter: Büroassistent Alb. Sauerbier  
Bauassistent Mull

II. Mieter: Kassensekretär Südekum  
Büroassistent Karl Schmidt.

Die

ie in Vorschlag gebrachten Personen wurden von der Versammlung gewählt.

0.) Erhöhung der Besichtigungsgebühren für die Besitzer des Mieteinigungsamtes.

Der Punkt wurde abgesetzt.

1.) Einsprachen gegen die Änderung des Teilortsbauplanes auf der Charlottenhöhe.

Der Rat gibt anheim, die Einsprachen der Herren rampe und Dorl & Levin gegen die Änderung des Teilortsbauplanes auf der Charlottenhöhe zu verwerfen.

Stadtv. Gartung als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage - Verwerfung der Einsprachen - zuzustimmen.

Die Versammlung beschloß, die Einsprachen zu verwerfen.

2.) Desgl. Einsprache der Firma Dorl & Levin.

Der Punkt wurde abgesetzt.

3.) Erhöhung der Gebühren für Benutzung der Volksbäder und des Stadtbades.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen,

a) daß vom 7. September 1923 ab folgende Gebühren erhoben werden:

**I. Volksbäder:**

Wannenbad 400 000 M

Brausebad 100 000 M

**II. Stadtbad:**

Die Gebühren werden um das ca. Fünffache erhöht.

b) Die Baddeputation ermächtigt wird, die Gebühren für Benutzung des Stadtbades selbständig festzusetzen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert, er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

14.) Genehmigung eines Vertragsentwurfs mit dem Harzziegen-Zuchtverein Braunschweig e.V. wegen Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböcken.  
(G.u.V.S.Nr.48v.1.4.22.)

Der Rat gibt anheim zu-zustimmen, daß

I. dem gent. Verein zum Unterhalt von 15 Ziegenböcken 2 500 000 M zur Verfügung gestellt werden,

II. Ein Teil der Unterhaltskosten der Böcke durch

durch Einnahmen aus Sprunggeldern bestritten wird.

Über die Ratsvorlage berichtete Stadtv. Vogler, er empfahl derselben zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

15.) Überlassung des Rathaussaales an den Stadtkirchen-  
ausschuss zu den Sitzungen des Stadtkirchent-  
ages und Überwachung der Kirchen und deren Heiz-  
anlagen.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Rathaus-  
saal wie bisher zur Abhaltung der Sitzungen des Stadt-  
kirchentages gegen Erstattung der erwachsenden Kosten  
dem Stadtkirchenausschuß bis auf weiteres zur Verfü-  
gung gestellt wird, die Überwachung der Kirchen und  
ihrer Heizanlagen durch Beamte des Hochbauamtes und bzw.  
des Betriebsamtes wie bisher besorgt wird.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr.  
Schultze, er empfahl, die Ratsvorlage abzulehnen.

Die Versammlung beschloß, den Rathaussaal dem  
Stadtkirchenausschuß nicht mehr zur Verfügung zu stellen  
stimmte jedoch zu- und zwar auf Antrag des Städtv. Dr.  
Schultze- daß die Überwachung der Kirchen und ihrer  
Heizanlagen durch Beamte des Hoch-bezw. Betriebsamtes

gegen eine vom Rat der Stadt festzusetzende angemessene Entschädigung ausgeführt wird.

16.) Neuregelung der Versicherung des Inventars mehrerer Städtischer Grundstücke.

Der Rat empfiehlt zuzustimmen, daß das Inventar der Neustadtmühle, des städtischen Marstalls, des Rieselgutes (nebst Hülperode) und des Gaswerks an der Taubenstraße neu versichert wird, die übrigen Inventarversicherungen gekündigt bzw. nicht fortgesetzt werden.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Munte.

Er führte aus, daß es heute gar keinen Zweck mehr hätte, Versicherungen abzuschließen, man arbeitete nur für die Gesellschaften bzw. die Agenten. Wenn die Versicherungen der Geldentwertung angepaßt werden sollten, dann müßte man alle 8 Tage neu versichern. Er empfahl der Versammlung, sämtliche Versicherungen zu kündigen bzw. aufzuheben.

Die Ausführungen des Stadtv. Munte wurden vom Stadtv. Lehnert unterstützt.

Oberbürgermeister Retemeyer erkannte die Ausführungen der Vorredner an.

Die

Die Versammlung beschloß, das Inventar der städtischen Gebäude nicht mehr zu versichern.

17.) Erhöhung der Vergütung für die Inhaber der Kartenverteilungsstellen.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Vergütung für die Inhaber der Kartenverteilungsstellen vom 1. Juni d. Js. ab von monatlich 1 500 M auf 10 000 M erhöht wird.

Stadtv. Steinert empfahl namens des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Bei Beratung dieses Punktes wurden von den Stadtv. Frede, Maaß, Lehnert und Pilz die Mißstände bemängelt, die sich im Rathause bei Verteilung der letzten Brotkarten abgespielt hatten. Allgemein wurde festgestellt, daß zu wenig Personal vorhanden gewesen war.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß die Brotkartenverteilung zu plötzlich gekommen wäre, man wäre da die Brotkarten bereits mit dem 15. September aufhören sollten - auf diese Ausgabe nicht vorbereitet gewesen.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

18.)

18.) Feststellung des Wertes der Dienstwohnungen.

Der Rat gibt anheim, den von ihm in Vorschlag gebrachten Dienstwohnungsvergütungen für das verflossene Vierteljahr zuzustimmen.

Stadtv. Frede empfahl namens des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Mietwerte vom Wohnungsamt -in Zukunft - festgesetzt werden.

Die Versammlung stimmte dem zu.

19.) Festsetzung von Richtlinien für den Reserve-bezw.

Betriebsfonds der Gas-und Wasserwerke.

Der Punkt wurde abgesetzt.

20.) Gewährung von Zuschüssen an den Verein Volksleschale

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß dem Verein Volksleschale

a) zur Deckung des Fehlbetrages im Rechnungsjahre

1922/23 ein Zuschuß von 1 026 687 M

b) für die Monate Juli, August, September d. Js. ein

Zuschuß bis zu 20 000 000 M

gewährt wird.

Stadt-

Stadtrat Schaper führte aus, daß diese Vorlagen gegenstandslos geworden wären, da sie bereits durch Bewilligung von 377 000 000 M in der Sitzung vom 20. August 1923 überholt wären.

21.) Verkauf eines Barium-Platin-Zyanür-Schirmes für Röntgen - Versuche.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß ein in der Herzog Johann Albrecht Oberrealschule befindlicher Bariumschirm für ca. 400 000 M bar und Lieferung eines Ersatzschirmes an die Firma E.A. Schmidt Berlin verkauft wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Sauerbie.

Er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen, jedoch - der Geldentwertung entsprechend - einen weit höheren Preis zu fordern.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

22.) Erhöhung des Stadtzuschusses zu den Kosten der Untersuchung der Genuß- und Nahrungsmittel.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Polizeidirektion vom 1. April d.Js. ab als Stadtzuschuß

zur



zur Untersuchung von Nahrungsmitteln die Hälfte der entstandenen Kosten -Höchstens jedoch 1 000 000 M - gewährt wird.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Frede empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß- der Geldentwertung entsprechend der Stadtzuschuß vom Rat der Stadt festgesetzt wird.

Die Versammlungerteilte hierzu ihre Zustimmung.

23.) Erhöhung der Gebühren für Messen und Märkte.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Gebühren für die Markthalle um das 50fache, die der Wochenmärkte um das 60fache erhöht werden.

Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu, gleichzeitig wurde die Marktdeputation ermächtigt, in Zukunft die Gebühren festzusetzen.

24.) Bewilligung von Mitteln zur Anlegung einer Hauptkartothek für die Zentralstelle für Kleingärten.

Der Rat gibt anheim, für diesen Zweck 120 000 M

zu

zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert.

Er führte aus, daß die Kartothek unter den heutigen Verhältnissen mehr kosten würde; er empfahl der Versammlung, die durch Anlegung der Kartothek entstehenden Mittel zu bewilligen.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß er bereits s.Z. auf seine Verantwortung die Kartothek bestellt habe die Kosten haben ca. 200 000 M betragen.

Die Versammlung bewilligte die Mittel.

25.) Erhöhung der Gebühr für Einzelbäder für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre.

(Der Punkt war in der Sitzung vom 5. Juli d. Js. bereits erledigt.)

26.) Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung der Brouerrinne auf dem Gaswerk Taubenstraße.

Der Rat gibt anheim, zur Instandsetzung der Brouerrinne ca. 30 000 000 M zu bewilligen.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die Rinne instandgesetzt werden müßte, die s.Z. veranschlagten Kosten träfen heute jedoch nicht mehr zu.

Stadtv.

Stadtv. Marth empfahl, die durch Instandsetzung der Rinne entstehenden Kosten zu bewilligen.

Die Versammlung bewilligte die durch Instandsetzung der Brouwerrinne entstehenden Kosten.

27.) Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung<sup>von</sup>/3 elektrischen Vorspannwagen und eines Reserve-Akkumulators.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die in der Vorlage vorgesehenen bzw. angeforderten Mittel heute natürlich längst überholt wären. Er machte den Vorschlag, diese Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Finanzausschusse vom Rat der Stadt endgültig zu erledigen.

Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden.

28.) Wahl eines Kleinrentnerausschusses.

Der Rat ersucht gemäß § 2 der Verordnung über Kleinrentnerfürsorge vom 30. Mai 1923 einen Kleinrentnerausschuß und gemäß § 4 der erwähnten Verordnung einen Beschwerdeausschuß zu wählen.

Für

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Regener.

Er führte aus, daß man im Ausschusse beschlossen habe, in jeden der beiden Ausschüsse 5 Personen zu wählen und zwar

a) in den Kleinrentnerausschuß

die Stadtv. Dr. Kahlert, Sauerbier, Steinert,  
die Fürsorgeempfänger Dr. Sierke u. Frl. Scholz,

b. in den Beschwerdeausschuß

die Stadtv. Stukenberg, Trautmann u. Frl. Wolters  
die Fürsorgeempfänger Steinmann und Frl. Winterberg.

Die Versammlung stimmte der Wahl der vom Rechtsausschuß in Vorschlag gebrachten Personen zu.

#### 29.) Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Der Vorsitzende teilte mit, daß der Punkt heute von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Stadtv. Frede teilte mit, daß nochmals eine Sitzung des Ausschusses zur Wahl eines besoldeten Stadtrats stattfinden würde und stellte den Antrag, daß als erster

Punkt

Punkt der nächsten Tagesordnung die „Wahl eines besoldeten Stadtrats“ gesetzt wurde.

Ein Widerspruch ergab sich nicht.

30.) Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Mitgliedsbeitrag zu dem genannten Vereine, in der von dem Vereine in Vorschlag gebrachten Weise, erhöht wird. Der Grundvierteljahrsbeitrag beträgt für die Stadt Braunschweig (100- 200 000 Einwohner) 18 M, für das 2. Vierteljahr 1923 ist dieser Betrag mit 5 000 M zu vervielfältigen.

Stadtv. Steinert als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Erhöhung zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte zu.

31.) Erhöhung des Pachtpreises für Benutzung des Schützenplatzes.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß als Pachtgeld für den Schützenplatz vom 1. Juli d. Js. statt 3 000 M 200 000 M jährlich gezahlt werden.

Stadtrat Vogler empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die

Die Versammlung stimmte zu.

32.) Festsetzung der Müllabfuhrgebühren.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß

- 1) vom 10. August d. Js. ab erhoben werden  
das 1000fache des Mietwertes von 1914/15  
d.s. 100 000%,
- 2) für die Zeit vom 1. April bis 10. August  
d.Js. das 1000fache der im § 6 der „Be-  
dingungen für die stadtseitige Fortschaffung  
des Hausmülls “ festgelegten Gebührensätze

Stadtv. Frede als Berichterstatter des Finanz-  
ausschusses gab anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.  
Im Ausschuß hatte man beschlossen so führte der Berich-  
terstatter aus, der Versammlung anheimzugeben, dem  
Wunsche Ausdruck zu geben, daß die für die Zeit vom  
1. April bis 10. August d.J. zu erhebenden Gebühren  
auf die vom 10. August ab zu zahlenden Gebühren zuge-  
schlagen würden.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

33.) Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur Aufhebung  
der Wertzuwachssteuersatzung.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß

- 1) „ die abgeänderte Wertzuwachssteuersatzung vom 9. Dezember 1921 Nr. 83 außer Kraft tritt“
- 2) der Staat ersucht wird, einen Zuschlag zur Grunderwerbssteuer in Höhe von 4% zu erheben und davon der Stadt drei Viertel ( 3% ) zu überlassen.

Stadtv. Dr. Schultze als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Oberbürgermeister Retemeyer teilte der Versammlung mit, daß das Reichsfinanzausgleichsgesetz keinen Paragraphen enthielte, der sich mit den Fällen aus der Vergangenheit befaßte, in dem neuen Gesetze würde nur „die Zukunft“ berücksichtigt. Es dürfte sich daher empfehlen, folgenden Satz noch in den Satzungsentwurf mit aufzunehmen:

„Bei

„Bei Erledigung derjenigen Steuerfälle, in denen die Wertzuwachssteuer vor dem Inkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes erwachsen ist, kommen die Vorschriften der „Abgeänderten Wertzuwachssteuervorsatzung vom 9. Dezember 1921“ noch zur Anwendung.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage mit der vom Oberbürgermeister Retemeyer in Vorschlag gebrachten Ergänzung zu.

34.) Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur Abänderung der Satzungen Nr. 26 und 32 (Gewerbe- und Kaufmannsgericht).

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Satzungen Nr. 26 und 32 dahin geändert werden, daß die Amtsdauer der Beisitzer bei beiden Gerichten auf 6 Jahre festgesetzt wird - Wiederwahl ist zulässig - , die Beisitzer des Kaufmannsgerichts für Zeitversäumnis eine von den städtischen Behörden nach Anhörung der Mitglieder des Kaufmannsgerichts festzusetzende Entschädigung erhalten.

Stadt



Stadtv. Dr. Kahlert als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Eine Anfrage des Stadtv. Maaß wegen der Zuständigkeit der betr. Gerichte für den ganzen Freistaat (Antrag des Stadtv. Stukenberg) wurde vom Stadtrat Vogler dahin beantwortet, daß auf das s.Zt. an die Kreisdirektion hier gerichtete Schreiben noch keine Antwort eingegangen sei.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

35.) Unterbringung von Klassen der Fortbildungsschule in den Räumen des Großen Waisenhauses.

(Vorübergehend übernimmt der stellv. Vorsitzende Stadtv. Frede den Vorsitz.)

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß unter den von ihm aufgestellten Bedingungen mehrere Räume des Großen Waisenhauses an die Städtische Fortbildungsschule angetreten bzw. überlassen werden.

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv. Stukenberg.

Er

Er empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Lehnert fragte an, ob nicht noch mehr Kinder im Waisenhaus untergebracht werden könnten, den Pflegeeltern müßten die Kinder fortgenommen werden, da diese heute die Kinder zu dem von der Stadt gezahlten Pflegegelde nicht mehr erhalten könnten.

Oberbürgermeister Retemeyer teilte mit, daß augenblicklich 55 Kinder im Waisenhaus untergebracht wären, das Waisenhaus hätte z.Z. sehr mit seiner Existenzfähigkeit zu kämpfen. Wenn die Versammlung der Ratsvorlage zustimmen würde, dann könnten weitere Kinder nicht mehr aufgenommen werden, da dann alle Räume belegt wären. Stadtv. Dr. Schultze sprach sich für die Unterbringung der Pflegekinder in den Familien aus. Eine Unterbringung von Pflegekindern in der Familie sei derjenigen der Anstaltsunterbringung vorzuziehen.

Eine weitere Anfrage des Stadtv. Lehnert, ob in Zukunft überhaupt keine Kinder mehr aufgenommen werden

sollen

sollen, wurde vom Oberbürgermeister Retemeyer dahin beantwortet, daß eine Herabminderung der Zahl der Pflegelinge nicht beabsichtigt sei. Wenn die Zeiten erst mal wieder besser geworden wären, dann würden selbstverständlich auch wieder mehr Kinder aufgenommen.

Die Stadtv. Frau Graf führte aus, daß die Ausführungen des Oberbürgermeisters Retemeyer, es seien z. Zt. nur noch 55 Kinder untergebracht, sich mit den in der letzten Armendirektionssitzung gemachten Ausführungen - 90 Kinder seien vorhanden - nicht deckten. Unbedingt müsse die Erhaltung des Großen Waisenhauses gefordert werden. Heute träfe es leider nicht mehr zu, daß die Unterbringung von Pflegekindern in den Familien derjenigen der Anstaltsunterbringung vorzuziehen sei.

Oberbürgermeister Retemeyer führte dann noch aus, wenn noch mehr Kinder im Großen Waisenhaus untergebracht werden sollten, dann bliebe nichts weiter übrig, als die jetzt zur Beratung stehende Vorlage abzulehnen.

Zu

Zu diesem Punkte sprachen dann noch die Stadtv. Dr. Schultze und Steinert.

Dann folgte die Abstimmung.

Die Ratsvorlage wurde abgelehnt.

36.) Änderung des Schulgeldsatzes für Ausländer an den städtischen höheren Schulen.

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv. Dr. Bock, er empfahl der Ratsvorlage - wonach das Schulgeld für Ausländer 600 000M betragen soll - zuzustimmen.

Die Stadtv. Dr. Schultze, Sauerbier und Melzer traten für eine Erhöhung der Schulgeldsätze ein.

Stadtrat Schaper wies darauf hin, daß es sich hier um das Schulgeld für die zurückliegende Zeit handelte, demnächst käme der Rat mit einer neuen Vorlage.

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

37.) Aufhebung der Hermannstraße zwischen Diesterweg- und Wittekindstraße.

Der Punkt wurde abgesetzt.

38.) Bewilligung von Mitteln zur Beseitigung des Schwammes in der Baracke Korfestraße 35c.

Der Rat gibt anheim, die zur Beseitigung des Schwammes erforderlichen Mittel ( 400 000 000 M werden nicht genügen ) zu bewilligen.

Stadtv. Pieper empfahl namens des Bauausschusses die erforderlichen Mittel zu bewilligen .

Die erforderlichen Mittel wurden von der Versammlung bewilligt.

39.) Grund- und Gewerbesteuer.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß für das 1. Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres erhoben werden

- a) zur Grundsteuer ein Zuschlag von 500 % des bisherigen staatlichen Grundsteuerkapitals,
- b) zur Gewerbesteuer ein Zuschlag von 20 000 % des vorjährigen staatlichen Gewerbesteuer-satzes.

Stadtv.

Stadtv. Dr. Schultze als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Pilz rügte es, daß der Rat mit einer Vorlage kommt, um diese Steuern nachträglich zu erheben.

Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte, daß der Rat die Rüge nicht verdient habe, bislang war man im Zweifel darüber, ob Zuschläge erhoben werden durften, er bat den Stadtv. Pilz, seine Rüge bei einer anderen Stelle anzubringen.

Oberbürgermeister Retemeyer gab dann seiner Freude darüber Ausdruck, daß heute die ganze Tagesordnung erledigt würde. Man habe die Müllabfuhrgebühren, die Zuschläge zur Grundsteuer und Gewerbesteuer festgesetzt, er machte den Vorschlag nunmehr auch noch die Kanalsteuer festzusetzen. Die Kanalsteuer wäre s. Zt. auf 138% festgesetzt, dieser Satz reichte jedoch heute bei weitem nicht aus, er beantragte 700% zu erheben und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 31. März 1924.

Die

Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage und dem Antrage des Oberbürgermeisters Retemeyer zu.

40.) Bewilligung von Reisekosten.

Der Rat gibt anheim, die Reisekosten in Höhe von 800 000 M., die durch die Entsendung von Schulkindern nach der Schweiz entstanden sind, zu bewilligen.

Stadtv. Steinert empfahl namens des Finanzausschusses die Mittel zu bewilligen.

Die Mittel wurden von der Versammlung bewilligt.

41.) Erstattung von Kosten durch Verteilung ausländischer Liebesgaben.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Stadt 1/3 der durch Empfangnahme und Verteilung ausländischer Liebesgaben erwachsenden Kosten übernimmt.

Stadtv. Steinert empfahl als Berichterstatter des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

42.) Antrag des Stadtv. Maaß:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle

be-

beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Aufwandsentschädigung der Stadtverordneten den heutigen Zeitverhältnissen anzupassen und diese auch den Gewerbegerichts- sowie Kaufmannsgerichtsbeisitzern zuzubilligen.

Nachdem der Antrag von dem Stadtv. Maaß begründet war, wurde er dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

43.) Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Dr. Bock:

In den letzten 3 Tagen ist der Dollar von 10 Millionen Mark auf 34 Millionen Mark gestiegen. Entsprechend schreitet die Verteuerung der Lebenshaltung fort.- Von der am 23. August bewilligten Beamtennachzahlung für die Zeit vom 17. August bis 30. September sind bis heute 25% des Gesamtbetrages noch immer nicht bezahlt.

Ich beantrage, diese Summe angesichts der Notlage bei den städtischen Beamten aus den im Rathause erhobenen Reichssteuern vorläufig zu entnehmen und sofort in bar zu zahlen.

Stadtv.



Stadtv. Dr. Bock begründete in längeren Ausführungen seinen Dringlichkeitsantrag.

Stadtv. Lehnert unterstützte den Antrag.

Stadtv. Dietermann war der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, den Antrag in vertraulicher Sitzung zu beraten, er richtete an die Presse das Ersuchen, hierüber nichts zu bringen.

Oberbürgermeister Retemeyer teilte mit, daß die einzelnen Ausrechnungen büroweise erledigt würden, die Angelegenheit würde dadurch viel schneller erledigt, wenn die Stadt die ganze Summe zahlen sollte, dann müßten unbedingt vom Reiche größere Mittel überwiesen werden.

Stadtv. Sievers äußerte Bedenken, einfach von den Steuern einen Betrag fortzunehmen, es fehlte nachher an Deckung.

Nachdem dann noch Stadtv. Sauerbier und Gräf zu dem Antrage gesprochen hatten, zog Stadtv. Dr. Bock seinen Dringlichkeitsantrag zurück.

44.) Anfrage des Stadtv. Schmerbach:

Durch Urteil des hiesigen Verwaltungsgerichtshofes vom 22. August 1923 ist der Beschluß des Stadtverordneten-Rumpfparlaments vom 5. Juli d. Js., durch welchen die Wahl des Bürgermeisters Dr. Schneider vorgenommen wurde, aufgehoben worden. Dem Rat der Stadt sind als Beklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt und der Wert des Streitgegenstandes ist auf 50 Millionen festgesetzt worden.

Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, auf welche Art er die durch ungültige Beschlüsse des Rumpfparlaments entstandenen Kosten zu decken gewillt ist ohne die gesamte Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig damit zu belasten ?

Stadtv. Schmerbach begründete seine Anfrage, die sodann vom Oberbürgermeister Retemeyer beantwortet wurde.

45.) Anfrage des Stadtv. Regener:

1. Ist der Rat der Stadt bereit, den Entlassungstermin der städtischen Nachtschutzleute

(1.

(1. Oktober) hinauszuschieben?

II. Ist der Rat der Stadt in der Lage die zu entlassenden Nachtschutzleute anderweitig unterzubringen?

Stadtv. Regener begründete seine Anfrage.

Die Beantwortung wurde zurückgestellt, da der betr. Ratsdezernent z. M. in Urlaub ist.

46.) Dringlichkeitsantrag der Stadtv. Frau Boehm:

Die Stadtverordneten mögen beschließen, daß der Rat der Stadt die städtischen Bekanntmachungen auch in der N.A.Z. (Niedersächsische Arbeiterzeitung) wie in den anderen Tageszeitungen veröffentlichen läßt.

Die Stadtv. Frau Böhm begründete ihren Dringlichkeitsantrag, worauf er von der Versammlung angenommen wurde.

47.)

Anfrage der Stadtv. Frau Böhm:

Die Firma Mönkenmeyer hat dem Rat der Stadt

300 Zentner Öl zu billigen Preise angeboten, wie hat der Rat der Stadt sich zu diesem Angebot gestellt.

Die Stadtv. Frau Böhm begründete ihre Anfrage, sie wurde alsdann vom Stadtrat Schaper beantwortet.

Schluss 8<sup>30</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,  
Schriftführer.

-----

1923/24.

## Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
am Donnerstag, den 27. September 1923, nachmittags 4 Uhr

-----

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,  
es fehlen - entschuldigt -  
Stadtv. Dr. Jasper,  
-nicht entschuldigt-  
Stadtv. Sievers.  
Stadtv. Burgdorff erschien  
erst später.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann eröffnete die  
Sitzung um 4 <sup>25</sup> Uhr und leitete die Verhandlungen.  
Zunächst wurden folgende Eingänge bekannt gegeben.

Schreiben des Rentners W. Korff hier Hagenring  
wegen Herabsetzung des Gaspreises, der Preise für die  
notwendigsten Lebensmittel für Kleinrentner, Invaliden

usw.

usw. (die Eingabe wurde dem Rat der Stadt überwiesen).  
Einsprache des Betriebsrates der Fa. Anne, Giesecke &  
Könegen wegen Aufhebung der Hermannstraße.  
(Kenntnis gegeben).

### Tagesordnung:

#### 1) Wahl eines besoldeten Stadtrats.

Stadtv. Dr. Schultze als Berichterstatter führte aus, daß dieser Punkt die Versammlung schon mehrere Male beschäftigt hätte. Der s.Z. von seiner Fraktion gemachte Vergleichsvorschlag wäre von der anderen Seite abgelehnt, er könnte der Versammlung nichts Neues berichten.

Vorgeschlagen würden von der Rechten. Dr. Schneidle von der Linken: Radloff.

Stadtv. Marth erwiderte, daß heute und überhaupt in der jetzigen Zeit wichtigere Angelegenheiten zu erledigen wären, als den Stadtrat zu wählen. Er stellte den Antrag, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Oberbürgermeister Retemeyer regte an, den Punkt in vertraulicher Sitzung zu beraten.

Stadt-

Stadtv. Frede beantragte, zwecks Besprechungen in den Fraktionen, eine kurze Pause eintreten zu lassen.

Die Sitzung wurde auf 5 Minuten unterbrochen. Nach der Wiedereröffnung gab Stadtv. Frede die Erklärung ab, daß sie mit Verhandlung des Punktes in vertraulicher Sitzung einverstanden wären.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

2) Prüfung der Rechnungsabschlüsse der Kämmererkasse für 1921/22.

Der Rat der Stadt teilt mit, daß der zu 5 300 000 M veranschlagte Fehlbetrag der Kämmererkasse für 1921/22 um rund 2 300 000 M überschritten ist und gibt an, daß diese Überschreitung genehmigen zu wollen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff, er empfahl der Vorlage zuzustimmen, die Überschreitung zu genehmigen.

Beschluß: Die Versammlung genehmigte die Überschreitung.

3) Erhöhung der Besichtigungsgebühr für die Besitzer des Mieteinigungsantes!

Der

Der Berichterstatter Stadtv. Burgdorff teilte mit, daß dieser Punkt abgesetzt werden müßte, da erst noch weitere Erhebungen angestellt werden sollen.

4) Genehmigung von Richtlinien für den Reservefonds  
bezw. Betriebsfonds der Gas- und Wasserwerke;

(Die Vorlage ist vervielfältigt.)

s. Anlage.

Stadtv. Munte als Berichterstatter des Finanzausschusses <sup>(S)</sup> empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

5) Aufhebung der Hermannstraße zwischen Diesterweg-  
und Wittekindstraße.

Der Rat gibt anheim, der Aufhebung der Hermannstraße zuzustimmen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Rasche und empfahl der Versammlung, dem einstimmigen Beschlusse des Bauausschusses - die Ratsvorlage abzulehnen - zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Bauausschusses zu.

(Ab-



(Ablehnung der Ratsvorlage).

6) Antrag des Stadtv. Maaß wegen Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Stadtverordneten.

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Aufwandsentschädigung der Stadtverordneten den heutigen Zeitverhältnissen anzupassen und diese auch den Gewerbegerichts- sowie Kaufmannsgerichtsbesitzern zuzubilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff, er empfahl dem Vorschlage des Finanzausschusses zuzustimmen, daß für die Plenarsitzung 1 000 000 M., für die Ausschußsitzung 500 000 M gezahlt werden.

Beschluß: Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Finanzausschusses zu und zwar vom 1. September 1923 ab:

Plenarsitzung: 1.000.000 M

Ausschußsitzung: 500.000 M.

7) Übernahme von Kosten für Ausführung von Notstandsarbeiten im Schloßpark und Nußberg.

Der

Der Rat der Stadt gibt anheim zuzustimmen, daß von den, durch Beschäftigung Erwerbsloser, entstandenen Kosten stadtseitig mindestens 15 % übernommen werden, die Kosten hatt bisher ausschließlich der Braunschw. Staat getragen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Frede. Er führte aus, daß die Stadt rechtlich nicht verpflichtet wäre, einen ~~Teil der Kosten~~ <sup>Teil der Kosten</sup> zu übernehmen. Da aber ein Teil der Arbeiten zugleich im Interesse der Stadt geleistet würde, so sei man im Finanzausschuß dahin übereingekommen, der Versammlung die Zustimmung zur Ratsvorlage zu empfehlen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

8) Ergänzung der Bedingungen für

a) Abgabe von Gas aus den städt. Gaswerken

b) " " Wasser aus den städt. Wasserwerken.

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

9) Änderungen im Scheckverkehr mit der Reichsbank.

Der Rat der Stadt gibt anheim zuzustimmen, daß

in

in Zukunft im Verkehr mit der Reichsbank auch weiße Schecks benutzt werden.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.Dr.Bock, und empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

10) Erlaß einer vereinfachten Satzung anstelle der Besoldungssatzung für die städtischen Beamten.

Der Rat der Stadt gibt anheim zuzustimmen, daß die städtischen Behörden eine Satzung erlassen, deren Inhalt sich auf die Vorschrift beschränkt, daß die Vorschriften der staatlichen Besoldungsordnung über die Bezüge der Staatsbeamten - auch der in den Ruhestand versetzten - auch auf die städtischen Beamten Anwendung finden sollen. Bis zum Erlaß dieser Satzung würden die städtischen Behörden die Verpflichtung übernehmen, nach den Vorschriften der jetzt genehmigten aber noch nicht veröffentlichten Satzung zu verfahren.

Namens des Rechtsausschusses empfahl Stadtv. Sauerbier, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

11) Erhöhung der Steuerungszulagen für Ruheohn-, Witwen- und Waisengeldempfänger.

(Die Vorlage ist vervielfältigt).

(s. Anlage!)

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dietermann. Namens des Finanzausschusses empfahl <sup>er</sup> der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen und noch einen weiteren Passus aufzunehmen dahingehend, daß bei Festsetzung dieser Zahlungen die jeweilige Reichsindexziffer berücksichtigt werden sollte.

Dieser Antrag des Finanzausschusses wurde von Stadtv. Steinhart unterstützt.

Stadtrat Vogler sagte zu, dem Antrage zu entsprechen, wenn die Stadt die erforderlichen Mittel hätte. Im Finanzausschuß hätte man beschlossen, für die Monate Juli und August die Sätze der Vorlage zu zahlen, vom 1. September d. Js. die Sätze unter Berücksichtigung der jeweiligen Reichsindexziffer festzusetzen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde mit der Maßgabe zugestimmt, daß vom 1.9.33 ab die Sätze unter

Berücksichtigung der Reichsindexziffer fest-

festgesetzt werden sollen.

12) Genehmigung eines Satzungsentwurfs zur Änderung  
Nr. 43,  
zur Änderung des Statuts vom 14. März 1888, die  
Entwässerung der Stadt Braunschweig betr.

(Die Vorlage ist vervielfältigt)

s. Anlage.

Namens des Rechtsausschusses empfahl der Bericht-  
statter Stadtv. Sauerbier der Ratsvorlage zuzustimmen.  
Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

13) Genehmigung des Haushaltsplanes für 1923/24.

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

14) Bewilligung eines Zuschusses für den Verein Volks-  
leschalle.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß dem Verein  
Volksleschalle zunächst für den Monat September ein Sta-  
dztzuschuß von 1 Milliarde Mark gewährt wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Stei-  
nert. An Hand der Ratsvorlage führte er aus, daß die-  
ser Zuschuß nach einer Teuerungszulage für die Beamten

von

von von 38 000 % berechnet sei, inzwischen wäre diese Zahl aber schon auf 199 000 % gestiegen. Wie im Finanzausschuß vom Stadtrat Schaper schon angekündigt sei, würde der Rat demnächst mit einer neuen Vorlage kommen.

Beschluß: 1 Milliarde Mark wurden bewilligt.

15) Beschwerde wegen des Verkaufs von Grundstücken auf der Charlottenhöhe.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf. Er führte aus, daß sich mehrere Anwohner der Charlottenhöhe darüber beschwert hätten, daß der Besitzer der ehem. Schneiderschen Villa, Kaufmann Hartwig, einen nach den übrigen Grundstücken führenden Weg für sich allein in Anspruch nehmen wollte, ihn also käuflich erwerben. Indirekt richtete sich die Beschwerde gegen den Rat der Stadt.

Da die Beschwerde aber nach den Verhandlungen im Rechtsausschusse nicht begründet wäre, so empfahl er, über die Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. Stadtv. Dietermann trat dafür ein, daß der Weg für al-

le Interessenten frei bliebe.

Er kam dann auf den Grundstücksverkauf Brennecke - Krökel - Vasel zu sprechen. Brennecke hätte s.Z. sein Grundstück an Krökel verkauft, der Rat der Stadt dagegen <sup>un</sup> dem Verkaufe an Vasel zugestimmt.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß die Stadtverordneten s.Z. dem Verkaufe an Vasel zugestimmt hätten, von einem Verkaufe an Krökel sei nichts bekannt gewesen. Wenn dieser das Grundstück hätte kaufen wollen, dann mußte er sich mit dem Rate der Stadt in Verbindung setzen.

Stadtv. Trautmann sprach sich dahin aus, daß die Allgemeininteressen denen des Herrn Hartwig vorangingen. Eine des Stadtv. Melzer, daß der Verdacht bestehe, daß Hartwig mit den Grundstücken Spekulation betriebe, wurde vom Stadtbaurat Gebensleben dahin beantwortet, daß der Stadt jederzeit das Wiederkaufrecht zustände. Stadtv. Pieper kam dann auf die Schwammbeseitigung auf der Charlottenhöhe zu sprechen, zu der Stadtbaurat Gebensleben Stellung nahm.

Stadtv. Pilz meinte zum Schlusse, dem Herrn Hartwig

setzt

gegenüber sei Vorsicht geboten, denn ein großer Teil der Handwerker habe noch keine Bezahlung erhalten.

Beschluß: Die Beschwerde wurde zurückgewiesen.

Stadtbaurat Gebensleben gab dann eine Erklärung dahingehend ab, daß die s.Z. gestohlenen Brotkarten nicht in der Druckerei von Krampe gestohlen seien.

16) Dringlichkeitsantrag der Stadtv. Steinert und Gräf.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Beamten und Angestelltengehälter in voller Höhe an die genannten Gruppen zur Auszahlung gelangen zu lassen, mindestens aber die Gruppen 1 - 4 der Besoldungsordnung in dieser vorgeschlagenen Weise sofort zu berücksichtigen.

Stadtv. Steinert begründete eingehend und ausführlich seinen Antrag. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um den Beamten die rückständigen 3 u. 25 % auszuzahlen, das Geld entwertete sich von Tag zu Tag immer mehr. In der heutigen wirtschaftlichen Not müßte ein jeder sofort in den Genuß seiner Bezüge kommen, ganz gleich ob Beamter, Angestellter oder Arbeiter.

Die



Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt. Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß der Rat der Stadt nichts dagegen habe, wenn der Antrag angenommen würde, nur eine Frage wäre noch zu klären, wie soll das Geld gezahlt werden, wenn nichts da ist.

Man wäre jetzt dazu übergegangen, städtischen Grundbesitz zu verpfänden, um laufende Ausgaben zu bestreiten, das wäre sehr bedenklich. Von den s.Z. auf das Rieselgut aufgenommenen 600 Milliarden Mark sei noch ein Guthaben vorhanden von 193 Milliarden Mark und stellte Oberbürgermeister Retemeyer den Antrag

sich damit einverstanden zu erklären, daß diese 193 Milliarden Mark abgehoben und zur Zahlung der Rückständigen 3 x 25 % verwandt werden sollten.

(Beschluss) Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Der Antrag wurde dann noch von den Stadtv. Marth und Maaß unterstützt.

Oberbürgermeister Retemeyer versprach, sofort zu zahlen, wenn Geld da wäre, am Freitag seien die Löhne der

Ar-

Arbeiter fällig, er wüßte heute noch nicht, wo er das Geld hernehmen sollte.

Beschluß: Stadtv. Steinert zog daraufhin seinen Antrag zurück.

27) Anfrage der Stadtv. Frau Böhm:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß der Herr Stadtrat Vogler das Erwerbslosenausschußmitglied Sachs zurückgewiesen und das Ausschußmitglied Gruß nicht anerkannt hat.

Die Stadtv. Böhm begründete ihre Anfrage. Der neue Ausschuß, der das volle Vertrauen der Erwerbslosen besäße, würde vom Rat der Stadt nicht anerkannt, da er die Absicht hätte, „in den alten Mistkübel mal hineinzuleuchten.“

Der Vorsitzende ersuchte die Stadtv. Frau Böhm, derartig „saftige“ Ausdrücke nicht wieder zu gebrauchen. Stadtrat Vogler führte an Hand des dem Rat der Stadt zugegangenen Materials aus, weshalb der Erwerbslose Sachs vom Rat der Stadt nicht anerkannt bzw. zurück-

ge-

gewiesen wäre.

Stadtrat Vogler verlas dann einige Stellen der Geschäftsordnung für den Erwerbslosenausschuß.

Mit dem Erwerbslosen Sachs sei eine Verständigung über diese Punkte der Geschäftsordnung nicht zu erreichen gewesen und es wäre dem Rat der Stadt nichts weiter übrig geblieben, den Sachs nicht anzuerkennen.

18) Anfrage des Stadtv. Regener:

Ist der Rat der Stadt bereit, den Entlassungstermin<sup>n</sup> der städt. Nachtschutzleute (1. Oktober) hinauszuschieben? Ist der Rat der Stadt in der Lage die zu entlassenden Nachtschutzleute anderweitig unterzubringen.

Diese Anfrage wurde vom Bürgermeister Meyer beantwortet.

Schluß 6 <sup>30</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,  
Schriftführer.

1923/24

Niederschrift

über

ie öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
u Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den  
18. Oktober 1923 4<sup>00</sup> Uhr nachmittags.

-----

Gegenwärtig

• Stadtverordneten.

fehlt Stadtv. Dr. Jasper

(entschuldigt).

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann eröffnete  
4<sup>20</sup> Uhr nachmittags die Sitzung und leitete die Ver-  
handlungen.

Zunächst wurden folgende Eingänge bekanntgege-  
ben:

• Eingabe eines Unbekannten wegen der Reinigung der  
Bedürfnisanstalt im Stadtpark. (Die Eingabe wurde dem

Rat

Rat übergeben).

- 2) Schreiben der Armendirektion Braunschweig vom 4. Oktober 1923 und 12. Oktober 1923 wegen Erhöhung der Armengeldsätze vom 1. Oktober d.J. ab.

(Bekanntgegeben).

- 3) Ein Schreiben des Stadtv. Jahns wegen Niederlegung seines Stadtverordneten-Mandates.  
(Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen).
- 4) Ein Schreiben des Vorstandes des hiesigen Rentnerbundes wegen Verbilligung des Gases für Rentner.  
(Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung überwiesen).
- 5) Ein Schreiben des Schlachters Theodor Ziegenbein, wegen Rückerstattung von Wertzuwachssteuer.  
(Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen).

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Oberbürgermeister Retemeyer vom Vorsitzenden das Wort erteilt.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß der Rat von der Versammlung ermächtigt wäre, Anleihen aufzunehmen, unter den jeweilig festgesetzten Bedingungen

gungen. Mit den laufenden Einnahmen könnten die Ausgaben nicht gedeckt werden, auch anderen Städten ginge es ebenso. Es bliebe nichts weiter übrig, als das Vermögen anzugreifen. In erster Linie müßte für die Einwohnerschaft gesorgt werden, die Armen müßten unterstützt werden, die Arbeiter müßten ihren Lohn empfangen.

Um die hierzu erforderlich werdenden Mittel zu beschaffen, bliebe der Stadt weiter nichts übrig, als auf das Gelände des Rieselgutes Steinhof eine zweite Roggenhypothek aufzunehmen.

Er richtete an die Versammlung das Ersuchen zuzustimmen, daß auf die im Freistaate Braunschweig belegenen Ländereien des städtischen Rieselgutes Steinhof eine zweite Roggenhypothek in der Höhe aufgenommen würde, daß etwa der Morgen mit je  $7\frac{1}{2}$  Ztr Roggen belastet würde, die Staatsbank habe sich mit dieser Belastung einverstanden erklärt.

Beschluß: Die Versammlung erklärte sich damit ein-  
verstanden

verstanden, daß auf die im Freistaat Braunschweig belegenen Flächen des städtischen Rieselgutes Steinhof eine zweite Roggenhypothek in der Höhe aufgenommen wird, daß beide Hypotheken zusammen eine Belastung der Ländereien von bis zu 7,5 Ztr. je Morgen zulassen.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung.

-----

- 1) Ergänzung der Bedingungen für die Abgabe von Gas und Wasser aus den städtischen Gas- und Wasserwerken. (Der Satzungsentwurf liegt der Niederschrift an).

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kahlert. Er teilte mit, daß im Rechtsausschuß keine Änderungen an dem Entwurfe vorgenommen wären. Jeder einzelne Paragraph wurde daraufhin durchberaten.

Die Ansicht des Vorsitzenden, daß diese Änderungen „nur bis auf weiteres“ gelten sollten, wurde vom Oberbürgermeister Retemeyer dahin berichtet, daß es sich dabei nur um die Festsetzung der Preise

durch

durch die Verwaltungsdeputation der Gas- und Wasserwerke handeln könnte, die Satzung bliebe dagegen so lange in Gültigkeit, bis die städtischen Behörden etwas anderes beschließen würden. Zu § 3 der Satzung bemerkte Oberbürgermeister Retemeyer, daß eine Verzinsung des Rückstandes auch dann nicht eintreten würde, wenn der Betrag innerhalb 3 Tagen durch Postscheck oder Kontoüberweisung eingezahlt wäre.

Stadtv. Frede bezeichnete die Frist von 3 Tagen als zu kurz und brachte 5 Tage in Vorschlag.

Auch Stadtv. Fay trat für eine Verlängerung der Frist ein.

Stadtv. Dr. Bock empfahl, den städtischen Beamten, die nur 75% ihres Gehaltes bekommen hätten und mit der Bezahlung der Gasrechnung im Rückstande wären, ebenfalls keine Zinsen anzurechnen.

Der Antrag des Stadtv. Frede, die Frist vom 3 Tage auf 5 Tage festzusetzen, wurde angenommen.

Den



Den übrigen Paragraphen wurde ohne Aussprache zugestimmt.

Beschluß: Der Satzungsentwurf wurde mit der Änderung in § 3 Zeile 5 (statt 3- 5 Tagen) angenommen.

2. Genehmigung des Haushaltsplanes für 1923 24.

Der Rat gibt anheim, dem von ihm vorgelegten Haushaltsplane für 1923 24 zuzustimmen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Munte. Er führte aus, daß die Ansätze im Haushaltsplane bei weitem überholt wären und die Genehmigung eigentlich nur eine Formsache wäre, um der Vorschrift in der Städteordnung zu genügen.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung, den Haushaltsplan zu genehmigen, den Rat zu ermächtigen, die nötigen Überschreitungen in Einnahme und Ausgabe vorzunehmen und am Schlusse des Rechnungsjahres die Abrechnung vorzulegen und die Kanalabgabe für das laufende Jahr auf 350% des Grundsteuerkapitals festzusetzen.

Stadtv.

Stadtv. Marth gab anheim, am Schlusse eines jeden Vierteljahrs den Stadtverordneten bezw. jeder Fraktion eine Zusammenstellung über die Einnahmen und Ausgaben zukommen zu lassen.

Stadtv. Fay unterstützte die Ausführungen des Stadtv. Marth.

Oberbürgermeister Reteneyer sagte zu, den einzelnen Fraktionen je eine Abschrift der Monatsabschlüsse der Kämmererkasse zuzufertigen.

Beschluß: Die Versammlungen stimmte den Anträgen des Finanzausschusses zu.

1. Gewährung eines Zuschusses an das Landessänglingsheim.

Der Rat gibt anheim, dem Landessänglingsheim zur Deckung seines Fehlbetrages im 1. Halbjahre 1923/24 einen Zuschuß von 1,84 Milliarden Mark zu bewilligen (1/3 des Fehlbetrages).

Stadtv. Frede als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl, den beantragten Zuschuß zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung bewilligte 1,84 Milliarden Mark.

1. Anwendung der Dienstwohnungsvorschriften für Staats-  
Beamte im Freistaate Braunschweig auf die städtischen  
Dienstwohnungen.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß vom 1. April 1923 ab die staatlichen Vorschriften auf die städtischen Dienstwohnungen sinngemäße Anwendung finden.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Röpcke, er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Röpcke teilte dann noch mit, daß ihm vom Rat noch eine weitere Vorlage zugegangen sei, die sich mit Lieferung von Feuerung an Beamte in Dienstwohnungen beschäftigte. Die in diesen Verzeichnisse aufgeführten 20 Beamten sollten für das laufende Jahr die Bezüge nochmals in natura - gegen entsprechende Bezahlung - erhalten, während vom 1. April 1924 ab nur einem Teil dieser Beamten (13 Beamten) das Heizmaterial gegen Bezahlung geliefert werden sollte.

Beschluß: Ohne Aussprache stimmte die Versammlung beiden Vorlagen zu.

5.) Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volkslesehalle.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Verein Volkslesehalle für den Monat September ein Zuschuß von 1,4 Milliarden Mark gewährt wird und ferner der Rat ermächtigt wird, für die Monate Oktober, November und Dezember 1923 einen Zuschuß von  $\frac{2}{3}$  des Fehlbetrages, der übrig bleibt, wenn 75% der Angestelltenvergütungen in Abzug gebracht sind, zu zahlen.

Stadtv. Dr. Boek als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

6.) Bewilligung von Mitteln zum Einbau von Gasessern in die Dienstwohnungen.

Der Rat gibt anheim, zum Einbau von 42 Gasessern in die Dienstwohnungen die Mittel in Höhe von 12,6 Milliarden Mark zu bewilligen. Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff, er empfahl die von Rate beantragten Mittel zu bewilligen.

Be-

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

6.) Bewilligung von Mitteln zum Einbau von Gas-  
messern in die Dienstwohnungen.

Der Rat gibt anheim, zum Einbau von 42 Gasmes-  
sern in die Dienstwohnungen die Mittel in Höhe von  
12,6 Milliarden Mark zu bewilligen. Für den Finanz-  
ausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff, er empfahl  
die von Rate beantragten Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung bewilligte die Mittel.

7.) Bewilligung von Mitteln zur Verbindung der Tele-  
phonzentrale des städtischen Betriebsamtes mit der  
Telephonzentrale des Rathauses.

Der Rat gibt anheim, die Mittel für diese Quer-  
verbindung in Höhe von 3,6 Milliarden Mark zu be-  
willigen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Die-  
termann der Versammlung, die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Mittel wurden von der Versammlung  
bewilligt.

8.) Erlaß einer Satzung zur Änderung der Satzungen  
über Erhebung einer Hundesteuer.

(Der Satzungsentwurf liegt dieser Niederschrift an).

Der Rat gibt anheim, den Satzungsentwürfe zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Kahlert als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl, der Ratvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Marth stimmte der Vorlage zu, sprach sich aber dahin aus, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Vorlage schon viel früher gemacht wäre.

Bürgermeister Meyer sagte zu, eine neue Vorlage über die Höhe der Hundesteuer einzubringen, sobald diese Satzung vom Staatsministerium genehmigt wäre.

Beschluß: Die Versammlung stimmte den Satzungsentwürfe zu.

9.)

### 9. Kündigung von Anleihen.

Der Rat teilt mit, daß von den 6 in den Jahren 1820 bis 1900 aufgenommenen Anleihen von ursprünglich 18,5 Millionen Mark noch 13 659 000 M zurückzuzahlen sind. Infolge der ungeheuerlichen Kosten, die durch die Bekanntmachung der Nummern der gelösten Stücke in den Braunsch. Anzeigen und in Reichsanzeiger entstehen, ferner durch die Ausgabe neuer Zinsbogen usw., erscheint es ratsam, die Restbeträge zum nächstzulässigen Termine zu kündigen und die alsbaldige Zahlung unter Abrundung der Zinsen auf die vollen Halbjahresbeträge anzubieten.

Der Rat gibt anheim, den Antrage zuzustimmen. Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Ratsverlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

### 10.) Vermietung von Räumen des Gr. Waisenhauses zur Unterbringung von Klassen der städtischen Berufsschule.

Der Rat unterbreitet seine Verlage von

30. August d.J. den Stadtverordneten zur nochmaligen Beratung. Wenngleich diese Vorlage in der Sitzung am 6. v. Mts. abgelehnt wurde, so haben die letztgepflogenen Verhandlungen mit dem Direktorium des Gr. Waisenhauses ergeben, daß - selbst wenn die Zahl der Zöglinge vermehrt würde - eine Vermietung von Räumen zur Unterbringung von Klassen der Berufsschule möglich sei.

Der Rat gibt anheim, seiner Vorlage vom 30. August d.J. nunmehr zuzustimmen.

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv. Stukenberg. Er führte aus, daß der Schulausschuß damals beantragt hatte, der Ratsvorlage zuzustimmen. Da der Schulausschuß an diesen Antrage nichts geändert hätte, so empfahl er abermals, der Ratsvorlage vom 30. August d.J. zuzustimmen.

Beschluß: Ohne Aussprache wurde diesmal der Ratsvorlage vom 30. August d.J. zugestimmt.

1. Erhöhung der Müllabfuhrgebühren.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Jahressatz  
der



der Müllabfuhrgebühr von 100 400% auf 25 210 000% erhöht und die Gebühr nach dem Differenzbetrage für die Zeit vom 1. Oktober d.J. an bis auf weiteres von den Abgabepflichtigen angefordert wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steiert. Er führte aus, daß die Angaben in dieser Vorlage schon längst wieder überholt wären. Der Finanz-Ausschuß schlage der Versammlung vor, die Gebühr von 100 400% auf 88 235 000% zu erhöhen.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß auch selbst die von Finanzausschuß in Vorschlag gebrachte Gebührenerhöhung nicht ausreichen würde. Er empfahl der Versammlung eine Erhöhung auf 90 840 000%.

Stadtv. Frede meinte, die Hausbesitzer würden gern bezahlen, nur müßten sie wissen, wieviel und wann sie bezahlen müßten.

Hierauf erwiderte Bürgermeister Meyer, daß diese Erhöhungen und die Zahlungsfristen in den Braunschw. Anzeigen bekanntgemacht würden.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Erhebung einer  
Müllab-

Müllabfuhrgebühr von 90 840 000% des Mietwertes von 1914/15 zu (unter Abrundung des Betrages auf volle Tausendmark/).

2/ Auslosung der zum Mieteinigungsamt gewählten Beisitzer zur Bestimmung ihrer Reihenfolge.

Der Rat teilt mit, daß die Reihenfolge der in der Sitzung am 27. September d.J. gewählten Beisitzer zum Mieteinigungsamt durch das Los zu erfolgen hat und ersucht den Vorsitzenden der Stadtverordneten, die Auslosung vorzunehmen.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann, nahm die Auslosung vor, das Ergebnis war folgendes:

a. Vermieter.

I. Beisitzer

1. Benda
2. Pape
3. Krause
4. Ackenhausen
5. Paulmann
6. Macke
7. Spandau
8. Meyer

II. Stellvertreter

- Kohlberg  
Stiefel  
Zenker  
Förster  
Sauerbier  
Rehberg  
Hahn  
Witthöft

b.

b. Mieter.

1. Wallhauer
2. Großklaus
3. Müllerstein
4. Schulze
5. Wille
6. Berghers
7. Riebe
8. Asmann

Pieper  
Rzepka  
Blenke  
Kalkowski  
Pfander  
Sonnenberg  
Bartschat  
Zorn.

3.) Anfrage des Stadtv. Lehnert (im Auftrage der vereinig-  
ten sozialdemokratischen Partei):

Was hat der Rat der Stadt bislang unternommen, um die Ernährung der hiesigen Bevölkerung mit Kartoffeln, Fett usw. für diesen Winter sicherzustellen.

Stadtv. Lehnert begründete seine Anfrage in längeren Ausführungen. Noch nie wäre die Not seit 1914 so groß gewesen, wie heute. Ein großer Teil der Bevölkerung sei heute nicht mehr in stande, sich Brot und Kartoffeln zu kaufen. 1 Brot kostete 500 Millionen, für 1 Ztr. Kartoffeln forderte man 2 ja sogar schon 3 Milliarden Mark. Wie die Preise in letzter Zeit gestiegen wären, dafür lieferte die Milch den besten Beweis, von einem Tage zum anderen stieg der Milchpreis um genau 100 Millionen Mark. Auf jeden

Fall

Fall müßte für die Armen etwas getan werden, verhungern dürfe keiner. Brotgetreide, Kartoffeln und Fett müßten beschafft werden und an die Ärmsten verteilt werden, auch die Kurzarbeiter und Kinderreichen müßten berücksichtigt werden.

Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß schon vor mehreren Monaten Verhandlungen mit dem Staatsministerium geführt wären, um Kartoffeln für die Bevölkerung hereinzubekommen. Auch der Rat habe s.Z. mit den Arbeitgebern Verhandlungen gepflogen, dahingehend, daß die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern sog. Kartoffelvorschüsse gewährten und die Arbeitnehmer für Beschaffung von Kartoffeln zu sorgen hätten.

Soviel ihm bekannt geworden, hätte ein Teil der Arbeitnehmer davon Gebrauch gemacht. Für die minderbemittelte Bevölkerung habe das Staatsministerium eine besondere Hilfsaktion eingeführt, die sog. Winterhilfe. Vom Staatsministerium sollten für die leidende

leidende Bevölkerung verbilligte Kartoffeln geliefert werden. Leider sind von diesen Kartoffeln bislang recht wenig eingetroffen, woran es läge, das könnte er nicht sagen/Zuruf Lehnert: Die Kartoffeln sind eingekistet!! Die Minderbemittelten hätten ihren Bedarf durch Fragebogen bei uns anmelden müssen, wenn jedoch nicht bald Kartoffeln einträfen, dann seien die Aussichten auf Belieferung nicht günstig.

Stadtbaurat Gebensleben führte weiter aus, daß es der Stadt vor einigen Tagen gelungen wäre, für ihren Bedarf (Volksküchen pp.) mehrere Zentner zu kaufen, sie hätte müssen für den Ztr. Kartoffeln 1,5 Goldmark bezahlen.

Was das Brotgetreide beträfe, so sollte von Betriebsante festgestellt werden, wieviel Zentner Roggen wir benötigten und es sollten dann Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle geführt werden.

Was den Brotpreis beträfe, so erschiene dieser ungerechtfertigt hoch (500 Millionen). Ihm wäre bekannt geworden, daß der Allgemeine Konsumverein das Brot für

360 Millionen Mark verkaufte und was der Konsumverein könnte, das müßten die Bäcker auch können, der Konsumverein würde bestimmt nicht an jeden Brote 100 150 Millionen Mark zulegen. In der heutigen Sitzung schweren Zeit müßten alle Kreise dafür sorgen, daß die Preise in angemessenen Grenzen blieben.

Stadtv. Pieper beantragte Besprechung.

Der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadtv. Gartung widersprach den Ausführungen des Stadtbaurats Lebensleben betr. des Brotpreises und wies auch die Anschuldigungen zurück, die in der Presse gemacht wären bezüglich Mochers. Die Bäcker hätten bislang keinen Mocher getrieben und würden dieses auch in Zukunft nicht tun. Bei einem von der Rechnung Regierung festgesetzten Preise von 400 Millionen Mark legten die Bäckerseiten-Bäcker an jeden Brote bis zu 200 Millionen Mark zu und dieses führte dahin, daß am Sonnabend in der Stadt in keinem Bäckerladen Brot zu finden wäre, auch würde von den Landbäckern kein Brot hereingebracht. (Zuruf Stadtv. Pieper: Dann holen wir es uns!)

Stadtv.

Stadtv. Burgdorff sprach eingehend über die Kartoffelnot. Die Kartoffelhändler wären heute nicht imstande, Kartoffeln zu beschaffen, es fehlte an den nötigen Mitteln. Der s.Z. vom Reich angebotene Kartoffelkredit wäre von den Kartoffelhändlern nicht in Anspruch genommen, da die Rückzahlungsbedingungen unannehmbar wären.

Stadtv. Marth führte aus, daß die Landwirtschaft zu den Steuern ordentlich herangezogen werden müßte. Erst dann, wenn die Landwirte Waren verkauften müßten, um Steuern bezahlen zu können, dann erst könnte man damit rechnen, daß auch wieder Waren in die Stadt kämen. Auf jeden Fall aber müßte für die minderbemittelte Bevölkerung gesorgt werden.

Stadtbaurat Gebensleben führte nochmals aus, daß Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle geführt werden sollten.

Zu diesem Punkte sprachen dann abermals

die

die Stadtv. Burgdorff, Gartung, Lehnert und Marth.

Schluß 7<sup>20</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

C. Wehrmann,  
Schriftführer.



Nr 10.  
1923/24.

# N i e d e r s c h r i f t

über

die Öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 8. No-  
vember 1923

4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,

es fehlen die Stadtv.  
Diers, Dr. Jasper u. Maaß  
(entschuldigt),

Stadtv. Stukenberg u.  
Efner  
(unentschuldigt).  
-----

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete  
4 <sup>30</sup> Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.  
Zunächst wurden die Eingänge bekannt gegeben  
1) Vier Schreiben der Armendirektion, die sich  
mit den in letzter Zeit vorgenommenen Erhöhungen  
der Armenunterstützungssätze befassen.

(Der

(Der Vorsitzende verlas nur die zuletzt vorgenommene Erhöhung).

2) Eine Eingabe der Gertrud Löbbecke geb. Rimpau hier Inselwall 16, wegen Befreiung von der Müllabfuhr.

(Ein gleiches Schreiben ist beim Rat eingegangen, die Stellungnahme des Rates soll abgewartet werden).

3) Ein Schreiben unterzeichnet „Mehrere Bürger“ die die Stilllegung des Straßenbahnbetriebes fordern.

(Kenntnis gegeben.)

4) Ein Schreiben des Vorstandes des Vereins städt. Beamten, wegen rechtzeitiger Auszahlung der Gehälter und Vergütungen, und Anhörung ihrer Abordnung. (Der Vorsitzende verlas die Eingabe und gab anheim, nach der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung hierzu Stellung zu nehmen.)

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Ermächtigung des Wohnungsausschusses zur Anstrengung von Räumungsklagen für städtische Wohnungen.

Für

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf, er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Marth wünschte, diese Vollmacht auch auf die von der Stadt beschlagnahmten Wohnungen auszu dehnen.

Stadtv. Gräf führte aus, daß sich diese Vollmacht nur auf die Wohnungen beziehe, bei denen die Stadt der Vermieter wäre.

Oberbürgermeister Retemeyer begründete nochmals die Ratsvorlage, der § 111 der Städteordnung schreibe vor, daß zur Anstrengung von Klagen, die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen wäre. Um nicht zu jeder Klage die Zustimmung erst einholen zu müssen, empfehle es sich, dem Wohnungsausschuß entsprechende Vollmacht zu erteilen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zulassung einer Niederspannungsleitung im Bürgerpark.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pieper. Er führte

te

te aus, daß der p. Sauerbier Badetwete seinen Antrag zurückgezogen hätte und damit die Vorlage als erledigt anzusehen wäre.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Festsetzung der Entschädigung für die Mitglieder des Mieteinigungsamtes.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß vom 1. Oktober d.Js. an gezahlt werden:

für die Teilnahme an den Sitzungen je 1 Million M

" " " " " Besichtigungen je 500 000 000 M

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.Frede.

Er führte aus, daß die Ratsvorlage bereits vom 28. Oktober datierte und empfahl namens des Finanzausschusses, die in der Ratsvorlage vorgesehenen Sätze zu verdoppeln.

Stadtv. Dietermann erkannte die Maßnahmen des Finanzausschusses an, glaubte jedoch mit den vorgeschlagenen Sätzen nicht einverstanden sein zu können und stellte den Antrag:

Die

Die Entschädigungen für die Beisitzer des Mieteinigungsamtes werden auf 10 Milliarden Mark festgesetzt, die der Sachverständigen auf 5 Milliarden.

Stadtv. Frede sprach für eine Erhöhung der Beisitzergebühren und fragte an, wie es möglich wäre, daß eine Person, die überhaupt nicht gewählt wäre, als Beisitzer des Mieteinigungsamtes tätig sein könnte, (Kaffeehausbesitzer Dunker!) bekäme dieser „Beisitzer“ auch Gebühren?

Stadtv. Dietermann sprach sich gegen Zahlung einer Entschädigung aus.

Stadtv. Marth erkannte an, daß die Beisitzer nicht so entlohnt würden, wie es sich gehörte, aber - der Stadt fehlten die Mittel. Stadtv. Frede machte den Vorschlag, 5 bzw. 2,5 Milliarden Mark zu zahlen.

Stadtv. Sauerbier unterstützt die Ausführungen des Stadtv. Marth. Stadtv. Marth beantragte 5 Minuten Pause. Stadtv. Dietermann zog seinen Antrag zurück, desgl. Stadtv. Marth.

Be-

Beschluß: 5 Milliarden Mark für jede Sitzung.

25 " " " " Besichtigung,  
ab 1. Oktober 1923.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Antrag des Stadtv. Jahns wegen Niederlegung seines  
Stadtverordnetenmandates.

„Aus Gesundheitsrücksichten bin ich leider gezwungen,  
mein Stadtverordnetenmandat niederzulegen; ich bitte  
meinem Antrage geneigtest zu entsprechen.“

Als Berichterstatter des Rechtsausschusses emp-  
fahl Stadtv. Dr. Röpeke, dem Antrage zuzustimmen bezw. <sup>(zu</sup>  
entsprechen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Punkt 5 der Tagesordnung.

Verpachtung von Teilen der Bürgerparkteiche zur  
Eisgewinnung.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der östlich  
der Haslicht-Insel gelegene Teil des großen Teiches im  
Bürgerpark zur Eisgewinnung verpachtet wird. Der Be-

richt-

richterstatter des Rechtsausschusses Stadtv. Regener führte aus, daß er der Versammlung zu empfehlen hätte, der Ratsvorlage zuzustimmen und ferner den Rat zu ermächtigen, noch größere Teilflächen des Bürgerparkteiches den Brauereien zur Eisgewinnung zu überlassen. Stadtv. Dr. Schultze sprach sich für die Erhaltung des Eisportes aus, und gab anheim, den Antrag des Rechtsausschusses abzulehnen. Wenn der Rat freie Hand hätte, weitere Flächen zu verpachten, dann würde aus dem Eisporte nichts mehr.

Stadtv. Melzer erwähnte, daß zwischen dem Rat der Stadt und dem Eisbahnverein ein Vertrag bestände, wonach dem Eisbahnverein bezgl. des Bürgerparkteiches gewisse Vorrechte eingeräumt wären. Er unterstützte die Ausführungen des Stadtv. Dr. Schultze, gegen eine Verpachtung des östlichen Teiles des großen Teiches wäre nichts einzuwenden.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß zwischen dem Rat der Stadt und dem Eisbahnverein ein Vertrag nicht

be-

bestanden hätte, wohl habe der Eisbahnverein gewisse Vorrechte gehabt.

Durch diese Verpachtung von Teilen der Teiche würde der Eissport nicht in Frage gestellt. Es handelte sich hier um den östlichen Teil des Teiches, vielleicht wäre es auch noch möglich, den südlichen Teil zur Eisgewinnung freizugeben. Auf keinen Fall dürfte die Stadt auf diese Geldeinnahme verzichten. Ob der Eisbahnverein in diesem Winter den Eissport betreiben könnte, wäre jedenfalls noch eine Frage. Abgesehen von der Witterung hänge dieses auch von der finanziellen Lage des Vereins ab.

Anschließend hieran teilte Bürgermeister Meyer der Versammlung mit, daß der Angelsport-Verein Braunschweig E.V. den Wunsch ausgesprochen hätte, ihm den großen Teich im Bürgerpark <sup>während</sup> der Sommermonate zur Ausübung des Angelsports zu verpachten. Der Verein habe die Erklärung abgegeben, daß irgend welche Störungen dadurch nicht vorkommen würden. An die Versammlung rich-

te-



tete Bürgermeister Meyer das Ersuchen, der Verpachtung des Teiches an den Angelsport-Verein während der Sommermonate zuzustimmen.

Stadtv. Lehnert unterstützte die Anträge des Recht<sup>so</sup> ausschusses. Wo sich der Stadt Einnahme-Quellen böten, da müßten diese auch ausgenutzt werden. Erst käme das Interesse der Stadt, dann der Eissport. Von einer Verpachtung des großen Teiches an einen Angelsportverein wollte Stadtv. Lehnert nicht viel wissen. Er führte aus, daß durch Ausübung des Angelsports, das schöne Bild und die Ruhe der Umgebung gestört würden, wenn das ganze Ufer des Teiches mit Anglern besetzt wäre. Zum Schluß meinte Stadtv. Lehnert: Fische fangen und Vogel stellen, verdarb schon manchen Junggesellen.

Bürgermeister Meyer teilte mit, daß sich zu dem Antrage des Angelsportvereins bereits 3 Sachverständige gutachtlich geäußert hätten, man habe bislang aber nur gutes zu hören bekommen. Die Bedenken, daß das ganze Ufer mit Anglern besetzt wäre, könnte er schon jetzt

wider-

widerlegen, denn der Verein habe seine Mitglieder in mehrere Gruppen eingeteilt, die nach und nach zu bestimmten Zeiten zur Ausübung des Sports zugelassen würden.

Bürgermeister Meyer führte weiter aus, daß auch der Pächter des Bürgerparkrestaurants, Bocksch, an den Rat das Ersuchen gerichtet habe, ihm den kleinen Teich vor dem Bürgerparkrestaurant zur Ausübung des Angelsports zu verpachten.

Stadtv. Melzer stellte folgenden Antrag:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ermächtigen, einen Teil des südlichsten Teiches im Bürgerpark zur Eisnutzung zu verpachten und den Hauptteil des Teiches in der Weise an den Eisbahnverein zu verpachten, daß um die westlich gelegene Insel herum Wettläufe stattfinden können.

Stadtv. Fay trat dafür ein, daß der Teich so erhalten bleibt, wie er augenblicklich ist. Es wäre nicht angebracht, den Teich für ein kleines Darlehn

zu

zu verpachten, um nachher die Einnahmen für die Wiederinstandsetzung der Wege und Anlagen wieder auszugeben.

Die Ausführungen des Stadtv. Fay wurden vom Stadtv. Gräf unterstützt.

Stadtv. Steinert sprach sich für eine Verpachtung der Teiche zur Eisgewinnung aus, wenn dadurch der Eissport nicht unmöglich gemacht würde. Die Ausübung des Angelsports konnte der Ratsner nicht unterstützen.

Stadtv. Frede sprach dafür, daß der kleine Teich in der Nähe des Bürgerparks zur Ausübung des Eissports für kleine Kinder erhalten bleibt. Wenn der südliche Teil des großen Teiches zur Eisgewinnung freigegeben würde, so würde dadurch der Eissport dort sehr gefährdet.

Stadtv. Dr. Kahlert wünschte, daß der große Teich dem Eisbahn-Verein zur Ausübung des Eissports erhalten bliebe.

Es folgte dann die Abstimmung.

Be-

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu und ermächtigte den Rat, weitere Flächen des großen Teiches zur Eisgewinnung zu verpachten.

Der nördliche Teich im Eisenbahnpark soll zur Eisgewinnung ebenfalls verpachtet werden.

Der Antrag des Angelsportvereins Braunschweig e.V. wegen Verpachtung des großen Teiches im Bürgerpark zur Ausübung des Angelsports wurde abgelehnt.

Dem Antrage des Gastwirts Bocksch wegen Verpachtung des kleinen Teiches vor dem Bürgerparkrestaurant zur Ausübung des Angelsportes wurde zugestimmt.

Hierauf sprach der Vorsitzende dem Stadtv. Jahns, dessen Antrage auf Niederlegung seines Mandates von der Versammlung entsprochen war, für seine langjährige uneigennützige Tätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung den Dank der städtischen Behörden aus und wünschte ihm baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Punkt 6 der Tagesordnung.

Gs-

Gewährung eines Zuschusses an den Verein Volkshalle

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Stadt bis zum 31. Dezember 1923 2/3 des Fehlbetrages, der nach Abzug des tatsächlich gezahlten Reichszuschusses und des Erlöses aus veräußerten Vereinsvermögen übrig bleibt, deckt; ferner der Rat ermächtigt wird, im Falle der Auflösung des Vereins, die Übernahme des Vereinsvermögens abzulehnen. (§ 14 der Vereinssatzungen)

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff. Er führte aus, daß man sich im Finanzausschusse sehr eingehend mit dieser Angelegenheit befaßt habe. Die äußerste Sparsamkeit wäre geboten und es wäre traurig, wenn die Lesehalle geschlossen werden müßte. Auf keinen Fall dürften dem Rat der Stadt irgend welche Vorwürfe gemacht werden. Heute käme zuerst die „Magenfrage“ und die Bekleidung, dann erst die Frage der geistigen Nahrung.

Im Finanzausschuß habe man beschlossen, eine möglichst schnelle Schließung der Lesehalle herbeizuführen. Selbstverständlich würden die Beamten bis zum 31.

De-

Dezember d.Js. zu besolden sein, aber die Kosten für Beleuchtung und Heizung, die auch nicht gering seien, könnten dadurch schon gespart werden.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen und den Rat zu ersuchen, wegen Schließung der Lesehalle mit dem Vorstände des Vereins in Verbindung zu treten.

Stadtv. Sievers stimmte der Ratsvorlage zu, nicht dagegen der sofortigen Schließung der Lesehalle.

Soviel ihm bekannt wäre, hätte die Lesehalle genügend Kohlen, um ihren Betrieb bis Ende des Jahres aufrecht erhalten zu können, auch sei ihm bekannt, daß die Ausgaben für Licht nicht allzugroß wären. Überhaupt wären die persönlichen Ausgaben viel größer als die sachlichen. Man sollte nur den Betrieb bis Ende des Jahres ausnutzen. Es wäre auch sehr fraglich, ob der Staat bis Ende des Jahres  $\frac{1}{3}$  Zuschuß leistete, wenn die Lesehalle sofort geschlossen würde.

Stadtv. Dr. Schultze bedauerte ebenfalls die

Schlie-

Schließung der Lesehalle, aber auch andere wichtigere Anstalten hätten schon schließen müssen, so z.B. die einzige Lungenheilstätte, die Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten, ein Wunder sei es, daß das Landestheater noch bestehen könnte. Stadtv. Dr. Bock führte aus, daß die Schüler der oberen Klassen durch den Bestand der Bücherei großen Nutzen gehabt hätten. Wenn der Rat der Stadt demnächst die Bücherei in Verwahrung nehmen sollte, wäre es angebracht, in der Stadtbibliothek eine Bücher-Ausgabestelle einzurichten. Stadtrat Schaper teilte mit, daß die Kosten für Anschaffungen und Unterhaltung der Lesehalle durch die Einnahmen gedeckt würden. Nach dem am 13. Oktober eingereichten Verzeichnisse hätten die sachlichen Aufw<sup>en</sup>den schon den Betrag von 13 Billionen 200 Milliarden Mark betragen. Die Frage der Schließung der Bücherei und Lesehalle möge man dem Rat der Stadt überlassen, wenn die Kosten der Unterhaltung nicht zu groß wären, dann sollte die Lesehalle bis zum 31. Dezember d. Js.

wei-

weitergeführt werden. Stadtv. Melzer sprach gegen die sofortige Schließung der Lesehalle, wenn genügend Kohlen vorhanden wären, dann sollte die Lesehalle noch weiter bestehen bleiben, da sie z.Z. vielen Einwohnern als „Wärmehalle“ diene.

Stadtv. Burgdorff meinte, die Ausführungen des Ratsmitgliedes hätten erwiesen, daß zu einer sofortigen Schließung der Lesehalle kein Grund vorläge.

Er empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen und den Rat zu ermächtigen, wegen Schließung der Lesehalle mit dem Vorstände des Vereins Verhandlungen zu führen. Falls die Lesehalle geschlossen würde, könnten die Bücher und das übrige Material vom Rat in Verwahrung genommen werden.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu und ermächtigte den Rat, Verhandlungen mit dem Vorstände der Lesehalle zu führen.

Punkt 7 der Tagesordnung.

Er-



Erhöhung der Schulgeldsätze für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule sowie für die 3. Abteilung der Berufsschule.

Die Vorlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Namens des Schulausschusses empfahl Stadtv. Schmerbach der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Änderung der Bedingungen für Vermietung von Räumen des Großen Waisenhauses.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der in den fragl. Bedingungen unter No. 1 mit Nr. 6 bezeichnete Raum des Obergeschosses von der Vermietung ausgeschlossen wird; und die Bedingung No. 6 folgenden Wortlaut erhalten soll:

Von den auf das Waisenhausgrundstück entfallenden Beträgen an Wassergeld und Müllabfuhrgebühr zahlt die Stadt die Hälfte.

Stadt-

Stadtv. Schmerbach als Berichterstatter des Schulausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Im Anschluß hieran teilte Oberbürgermeister Retemeyer mit, daß von den s.Z. auf das städtische Rieselgut Steinhof aufgenommenen Roggen-Hypotheken <sup>(noch)</sup> 3500 Ztr. zur Verfügung ständen. Bei den ungeheueren großen täglichen Ausgaben müßte aber auch dieser Rest sehr bald versilbert werden. Die Einnahmen zu steigern, wäre ihm unmöglich, er fände dazu keine gangbaren Wege. Es bliebe weiter nichts übrig, als abermals Hypotheken aufzunehmen. Er hätte die Absicht gehabt, auf die Gaswerke eine Goldhypothek aufzunehmen. Die Staatsbank hätte ihm empfohlen, auf das Aerkeröderfeld, soweit es noch im Besitze der Stadt sei, eine Roggenhypothek aufzunehmen. Das Aerkeröderfeld umfaßte etwa 35 ha 80 a = 143 Morgen. Die Staatsbank habe sich bereit erklärt, diese Fläche mit 840 Ztr. Roggen zu belasten. Oberbürgermeister Retemeyer erklärte nochmals, daß es höchst

be-

bedenklich wäre, solch eine Finanzpolitik zu treiben, andere Vorschläge könnte er jedoch nicht machen.

Er gab der Versammlung anheim, die Aufnahme einer Roggenhypothek von 840 Ztr. auf das Ackeröderfeld zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß vom Hoch- und Tiefbauamte sowie vom städtischen Betriebsamte Vorschläge für die Beschäftigung Erwerbsloser gemacht wären und ersuchte die Versammlung zuzustimmen, daß

- 1) der Ausschuß zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit mit der Beratung und Beschlußfassung betraut würde,
- 2) dem Ausschuß ein entsprechender Kredit bewilligt würde.

Stadtv. Burgdorff begrüßte die Vorlage, denn viele Erwerbslose wären froh, wenn sie arbeiten könnten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

Bürgermeister Meyer stellte den Antrag, die Müllabfuhr-

gebühr abermals zu erhöhen und zwar von 90 840 000 % auf 12 181 818 100 % und zwar vom 1. Oktober d.Js. an. Stadtv. Frede meinte, der Hauswirt müßte zahlen, woher er das Geld nähme, danach fragte keiner. Genau so ginge es mit den Mieten. Die Mieten bzw. Zuschläge würden von der Regierung festgesetzt, ohne Rücksicht auf den Hausbesitzer, ob der mit den Einnahmen auskommen könnte oder nicht. Heute allein sei die Treppenhausbeleuchtung viel größer, als der Mietertrag.

Stadtv. Burgdorff führte aus, daß die Müllabfuhr fortgesetzt werden müßte, sonst könnten sehr leicht hier türkische Zustände eintreten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu und ermächtigte den Rat, die Gebühr abzurunden.

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Dietermann:

Die Stadtverordneten mögen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, damit die Kurzarbeiter-Unterstützung den Bezugsberechtigten schneller ausgezahlt wird. Stadtv. Dietermann begrün-

de-

date seinen Antrag. Er führte aus, daß heute ungefähr 60 - 70 % aller Arbeiter Kurzarbeiter wären bzw. Arbeitslose. Ein großer Teil dieser Kurzarbeiter bekäme ihre Unterstützung erst nach 4 - 6 Wochen ausgezahlt. Einige Betriebe arbeiteten nur noch einen Tag in der Woche und wenn diese Leute dann noch auf ihre Unterstützung 4 - 6 Wochen warten müßten, dann könnte man sich wirklich nicht wundern, wenn man zu hören bekäme, ich lege die Arbeit nieder und beziehe Erwerbslosenunterstützung, dann bekomme ich mein Geld wenigstens wöchentlich ausgezahlt.

Beim Staatsministerium läge die Schuld an diesen verspäteten Auszahlungen nicht, die Schuld müßte wo anders gesucht werden. Die Firma Amme, Giesecke & Koenig hätte sich z.B. bereit erklärt, ein Bankkonto einzurichten, auf das die „Kurzarbeiter-Unterstützungen“ überwiesen werden könnten.

Stadtrat Vogler erwiderte, daß die Sache doch etwas anders läge. In der letzten Zeit wären der Er-

Werbs-

erwerbslosenfürsorge tausende von Kurzarbeitern überwiesen. Die Zahl der Erwerbslosen belief sich auf ungefähr 11 - 12 000. Das Personal der Erwerbslosenfürsorge wäre, um die viele Arbeit bewältigen zu können, bedeutend vermehrt. In der letzten Woche wären an Unterstützungen ausgezahlt 3 Milliarden 200 Billionen Mark. Zum Teil wären die Mittel nicht rechtzeitig überwiesen worden, und in diesen Fällen wäre es sehr angebracht, wenn die Firmen etwas mehr soziales Empfinden zeigen würden.

Zum Teil lägen die verspäteten Auszahlungen der Kurzarbeiterunterstützungen aber auch an den Firmen selbst; diese gebrauchten manchmal zur Aufstellung der Listen 2 - 3 Wochen, die Prüfung der Listen auf der Erwerbslosenfürsorge dauerte vielleicht 1 Woche. Die Firmen antworteten natürlich ihren Arbeitnehmern stets, die Listen wären längst eingereicht. Mancher Arbeitnehmer hätte sich aber auf der Erwerbslosenfürsorge, wo jede Liste mit dem Eingangsdatum versehen wird, ei-

nes

nes Besseren belehren lassen müssen.

Stadtv. Dietermann erklärte seinen Antrag nach den Ausführungen des Stadtrats Vogler als erledigt.

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Regener:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, weitere Volksküchen zu den vorhandenen zu errichten und die zur Errichtung sowie zum Einkauf von Lebensmitteln nötigen Geldmittel dem Rat der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Regener führte aus, daß sein Antrag nicht näher begründet werden brauchte, wenn man sich die heutigen Preise vor Augen führte; er gab anheim, seinen Antrag der Notstandsdeputation zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt. Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte, man habe sich mit der Frage eingehend befaßt, die Mittel müßten beschafft werden und dem Antrage entsprochen werden.

Be-

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen und der Rat ermächtigt, die weiteren Verhandlungen mit der Notstandsdeputation zu führen.

Schluß 6<sup>50</sup> Uhr.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,  
Schriftführer.



1923/24.

**Niederschrift**

**über**

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am Sonnabend, den  
17. November 1923, 5<sup>30</sup> Uhr nachmittags.**

---

**Gegenwärtig**

**die Stadtverordneten,**

**es fehlen die Stadtv.**

**Dr. Book, Effner, Gartung, Gräf,**

**Dr. Kahlert, Dr. Jasper, Melzer,**

**Stegmann, Stückenberg, Frau Boehm**

**und Graf.**

**Der stellv. Vorsitzende Stadtv. Gust. Frede eröff-  
nete - in Behinderung des Vorsitzenden Stadtv. Steg-  
mann - 6<sup>00</sup> Uhr nachmittags die Sitzung und leitete  
die Verhandlungen.**

**Zunächst begrüßte der stellv. Vorsitzende den  
anstelle des ausgeschiedenen Stadtv. Jahns in die  
Versammlung eintretenden Regierungs-Sekretär Papenberg.**

**Hierauf**

Hierauf wurden folgende Eingänge bekanntgegeben:

1) Schreiben des Besitzers der Kleinkunstbühne

„Viktoria Luise“ (Harschka) über eine am 14. d. Mts. zum Besten der Winterhilfe veranstaltete Wohltätigkeitsvorstellung. Das Ergebnis dieser Vorstellung - 13 200 000 000 000 M - ist dem Wohlfahrtsamte für die Winterhilfe überwiesen.

(Der stellv. Vorsitzende sprach den Veranstalter dieser Vorstellung den Dank der Versammlung aus).

2) Zwei Schreiben der Armendirektion vom 12. bzw.

15. d. Mts. über die letzthin erhöhten Unterstützungen. (Kenntnis gegeben).

3) Eine Einladung des Zehnerbundes bildender Künstler Braunschweigs zur Eröffnung seiner Herbstausstellung am 18. d. Mts. in Landesmuseum.

(Kenntnis gegeben.)

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Geldbedarf.

(Die

(Die Ratsvorlage liegt der Niederschrift an.)

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff. Er führte aus, daß wieder die leidige Geldfrage der Grund für diese außerordentliche Sitzung gewesen wäre. Inner wieder mußte die Frage aufgeworfen werden, woher sollen die Mittel genommen werden, der Lösung dieser Frage sollte heute näher getreten werden. Die Not der Zeit erkennt heute jeder, aber wo sollte das hinführen, wenn die Stadt ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. Auf jeden Fall müßten Wege gefunden werden, damit die Stadt ihren Verpflichtungen gerecht werden könnte.

Stadtv. Burgdorff besprach dann eingehend die Ratsvorlage. Zu den Punkte 1 der Vorlage führte er aus, daß noch ein anderes Schreiben des Braunschw. Finanzministers vom 14.d.Mts. vorläge, das über einen Betrag von 1991,6 Billionen M lautete.

Der Finanzausschuß habe die Übernahme der geforderten Verpflichtung anerkannt und empfahl, den Punkte 1 zuzustimmen.

Zun

Zum Punkt 2 der Vorlage führte der Berichterstatter aus, daß nicht nur auf das Gaswerk an der Taubenstrasse, sondern auch auf die angrenzende städtische Desinfektionsanstalt und den städtischen Marstall Gold-Anleihe-Hypotheken aufgenommen werden sollten. Die Gebäude grenzten dicht aneinander, sodaß Gaswerk, Marstall und Desinfektionsanstalt als ein Grundstück angesehen werden könnten. Namens des Finanzausschusses empfahl er auch dem Punkte 2 der Vorlage mit dem Antrage des Finanzausschusses zuzustimmen. Dem Punkte 3 der Ratsvorlage empfahl der Berichterstatter mit der Maßgabe zuzustimmen, den Rat zu ermächtigen, nicht nur bei der Staatsbank Anleihen aufzunehmen, sondern auch von Privatpersonen, wenn solche der Stadt Geld anbieten - Darlehen anzunehmen. Stadtv. Burgdorff führte weiter aus, daß im Finanz-Ausschusse die Frage der Herausgabe städtischen wertbeständigen Zwischennotgeldes angeschnitten wäre. Andere Städte hätten schon längst solches Notgeld ausgegeben z.B. Berlin. Wenn man erst einmal wieder

wieder wertbeständiges Geld bekäme, dann brauchte man nicht mehr die Sorge zu haben, was kauft man für dieses Geld, damit es nicht an Wert verliert. Heute entwertete sich das Geld leider von Tag zu Tag. Wenn man erst wieder wertbeständiges Geld bekäme, dann könnte man sich eher mal etwas zurücklegen, um sich mal ein Paar Stiefel oder einen Anzug kaufen zu können.

Wenn das Reich genügend wertbeständiges Geld hergestellt bzw. herausgegeben hätte, dann könnte dieses „Zwischen-Notgeld“ ja wieder aufgerufen und eingezogen werden.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die Stadt vor dem Kriege eine Schuldenlast von 25 Millionen Mark gehabt habe, dabei aber alles schuldenfrei gewesen wäre. In letzter Zeit hätten sich die finanziellen Verhältnisse der Stadt bedeutend verschlechtert. Heute wäre die größte Sorge nicht die, woher das Geld nehmen, um die Schulden zu tilgen,

heute

heute wäre die größte Sorge, woher das Geld nehmen, um die Zinsen zahlen zu können. Wenn nicht bald eine Reform der Steuerpolitik käme, dann wüßte man nicht, wie die Zinsen gezahlt werden sollten.

Oberbürgermeister Retemeyer erklärte sich damit einverstanden bzw. stellte vom Rat den Antrag, neben dem Gaswerk an der Taubenstraße auch die Desinfektionsanstalt und den Marstall zu verpfänden, auch der Antrag betr. Entgegennahme von Geld von anderer Seite würde vom Rat angenommen werden.

Was die Herausgabe wertbeständigen Notgeldes betreffe, so wäre die Hauptfrage die Schaffung der Wertbeständigkeit, es genüge nicht einfach aufzudrucken „dies Geld ist wertbeständig“. Wertbeständiges Geld dürfte nur herausgegeben werden, wenn Goldanleihe als Sicherheit hinterlegt würde. Da die Stadt aber keine Goldanleihe hinterlegen könnte, die Erlöse aus den Hypotheken würden immer sofort gebraucht, so empfahl Oberbürgermeister Retemeyer, von der Ausgabe bzw. Herstellung wertbeständigen städtischen

Not-

Notgeldes Abstand zu nehmen.

Stadtv. Harth bedauerte, daß der Rat den Stadtverordneten eine Vorlage wegen Verpfändung von Grundstücken hätte unterbreiten müssen. Leider bliebe der Stadt weiter nichts übrig, als diesen Weg der Geldbeschaffung zu beschreiten. Auch er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Sauerbier führte aus, daß es ihm nicht leicht würde, der Verpfändung des Gaswerkes zuzustimmen; aus dem Gaswerk könnte dann später sehr leicht eine „A.G.“ werden. Er unterstützte die Ausführungen des Stadtv. Burgdorff wegen Herstellung bzw. Ausgabe wertbeständigen Zwischennotgeldes, die Stadt hätte genügend Realwerte, die eine ausreichende Sicherheit bieten würden.

Die Hauptsache sei, daß sofort Mittel beschafft würden.

Wenn, wie es in der letzten Zeit so häufig vorgekommen wäre, die Beanten verspätet in den Be-

sitz

sitz ihres Gehaltes kämen, so wäre die Geldentwertung so groß, daß man, z.B. bei der Nachzahlung der 25% der Gehälter, für dieses Geld so gut wie nichts mehr bekäme.

Stadtv. Sauerbier erwähnte dann, daß der größte Teil der Gelder von den Arbeitern aufgebracht würde, so z.B. bekäme ein ungelernter Arbeiter genau soviel, wie ein Beamter der Gruppe 7 Stufe 6. Wenn schon ein ungelernter Arbeiter genau soviel erhält, wie ein Beamter der Gruppe VII Stufe 6, was sollten dann erst die Beamten der Gruppen IV-VI sagen.

Stadtv. Steinert hielt die Ausgabe bezw. Herstellung von wertbeständigem Notgeld für verspätet. In der nächsten Zeit könnte das Reich den Anforderungen an wertbeständiges Geldes gerecht werden.

Was die Löhne der Arbeiter betreffe, so führte Stadtv. Steinert aus, habe der Voredner den Beamten mit seinen Ausführungen einen schlechten Dienst erwiesen. Die Löhne der Arbeiter, die von der Lohndeputation festgesetzt würden, reichten gerade aus, um

das



das zum Leben Notwendige zu kaufen.

(Den Vorsitz übernimmt Stadtv.Munte)

Auf keinen Fall dürften die Löhne abgebaut, die Gehälter der Beamten der unteren Gruppen müßten dagegen aufgebessert werden.

Nachdem der Stadtv.Dietermann die Ausführungen des Stadtv.Steinert Bezahlung der Löhne der städtischen Arbeiter noch unterstützt hatte, wurde über den einzigsten Punkt der Tagesordnung Beschluß gefaßt.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde in allen drei Punkten mit den Anträgen des Finanzausschusses zugestimmt.

Schluß 7<sup>00</sup>Uhr.

1. stellv. Vorsitzender: 2. stellv. Vorsitzender: Schrift-  
führer:

gez. Gust. Frede.

gez. Hans Munte. gez. C. Wehr  
mann.

**Niederschrift**

**über**

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den  
6. Dezember 1923, nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten;

es fehlt entschuldigt Hr. Jasper.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann, eröffnete  
4<sup>25</sup>— Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Folgende Eingaben wurden bekannt gegeben:

- 1) Schreiben des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten,  
Landesgeschäftsstelle Braunschweig, wegen der Wahl  
eines Schuldners (Punkt 12 der heutigen Tagesordnung)
- 2) Schreiben der Fa. Büssing & Sohn hier wegen Instand-  
setzung der östlichen Elmstraße und Lutterstraße  
(Beschäftigung Erwerbsloser).

- Die Eingabe wurde dem Bauausschuß überwiesen -.

Der

*Ku*  
*Der Händlg. Händlg. Händlg.*

Der Vorsitzende wies auch auf die schlechte Beschaffenheit des unteren Teiles der Comeniusstraße <sup>hin.</sup> ~~hier~~

3) Ein Schreiben der Rechtsanwälte Dr. Voge & Dr. Rustenbach betr. Beschwerde des Ingenieurs Bonitz.

- Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorbera-  
tung überwiesen. -

4) Ein Schreiben der Schuldner Schneegans und Rosinus wegen Aufbesserung ihrer Bezüge.

- Die Eingabe wurde dem Finanzausschuß überwiesen -.

5) Ein Schreiben der im Rathause beschäftigten Reinma-  
chfrauen wegen besserer Reinigung des Rathauses.

- Die Eingabe wurde mit dem Antrage der Stadtverordne-  
ten Frau G r a f dem Finanzausschuß überwiesen -.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

#### Punkt 1 der Tagesordnung:

Genehmigung des Satzungsentwurfs über die Besoldung  
der Beamten der Stadt Braunschweig.

(Die Vorlage ist der Niederschrift als Anlage beige-  
fügt).

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtv. S a u e r-  
b i e r den Bericht. Er führte aus, daß sich der

Rechts-

Rechtsausschuß eingehend mit der Vorlage beschäftigt hätte. Größere Änderungen in den Bestimmungen müßten vermieden werden, da durch solche die Besoldungsordnung nur wieder verzögert würde. Der Rat hätte dieses ja auch schon in seiner Vorlage gesagt. Stadtv. Sauerbier besprach dann den Satzungsentwurf, in dem nach dem Antrage des Rechtsausschusses im § 3 der 2. Absatz fortgelassen werden sollte; in der Besoldungsordnung sollte bei Gruppe 5 Vollziehungsbeamte ein Passus eingefügt werden, nach dem ein Vollziehungsbeamter unter Zurechnung der Gebühren nicht mehr erhielte, als sein Kollege in der nächstfolgenden Gruppe.

Was die Eingabe der Lehrkräfte der Handwerker- und Kunstgewerbeschule betreffe, so gab er anheim, diese Eingabe getrennt von der Vorlage zu behandeln. Er gab der Versammlung anheim, der Ratsvorlage mit dem Antrage des Rechtsausschusses zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Röpcke führte aus, daß, wenn im Reiche bzw. anderen Ländern die Lehrkräfte an den Kunstgewerbeschulen besser besoldet würden, so müßte auch hier eine bessere Eingruppierung der Lehrkräfte vorgenommen werden.

Stadtv.

Stadtv. Dr. R ö p c k e stellte folgenden Antrag:  
„Die Stadtverordneten wollen beschließen: Der Rat der Stadt wird ersucht, amtliche Ermittlungen über die Gehaltseinstufung der Direktoren und Lehrer an den Kunstgewerbeschulen anzustellen und von dem Ergebnis Mitteilung zu machen.“

Stadtrat S c h a p e r erwiderte, daß die Lehrkräfte bis heute noch kein amtliches Material beigebracht hätten, wenn solches vorläge, dann sollte erneut zu der Angelegenheit Stellung genommen werden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r meinte, die Besoldungsordnung müßte ja doch über kurz oder lang wieder geändert werden. Gegen die Streichung des 2. Absatzes im § 3 hegte er keine Bedenken, gab aber anheft den Antrag bezügl. der Vollziehungsbeamten etwas zu ändern.

Stadtv. P i l z (zur Geschäftsordnung) bat den Vorsitzenden, sowie den Berichterstatter Stadtv. Sauerbier, seine Ausführungen nicht nur nach der linken Seite des Hauses zu richten, sondern auch nach rechts. Von dem Berichte hätte man auf der rechten Seite sehr wenig verstanden.

Der

Der Vorsitzende und der Berichterstatter erklärten sich bereit, den Wünsche des Stadtv. Pilz zu entsprechen.

Beschluß: Der Ratsvorlage mit der Änderung im § 3 und dem Antrage des Rechtsausschusses (Gruppe VI) der der Ratsvorlage beigelegt ist, wurde zugestimmt, der Antrag des Stadtv. Dr. Röpeke wurde angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Änderung des Polizei-Reglements über den Betrieb der elektrischen Straßeneisenbahn in hiesiger Stadt.

Der Rat gibt anheim, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob eine Änderung des fraglichen Reglements vom 20. Januar 1898 bezügl. des § 8 durch Einschaltung der Worte „welcher der Genehmigung der Polizeidirektion bedarf“ für notwendig angesehen wird. Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Röpeke. Er führte aus, daß man sich im Rechtsausschusse sehr eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt und einstimmig den

Be-

den Beschluß gefaßt hätte, die Zustimmung zur Änderung des fraglichen Reglements zu versagen.

Er gab der Versammlung anheim, auch ihrerseits die Zustimmung zu versagen.

Der Stadtv. Burgdorff meinte, die Einnütigkeit des Rechtsausschusses müßte dem Plenum als Beweis dienen, daß die Vorlage genügend geprüft wäre. Sowohl die Festsetzung der Fahrpreise wie auch die Feststellung des Fahrplanes wären Angelegenheiten der Direktion der Straßenbahn und bedürften keiner Zustimmung der Polizeidirektion.

Stadtv. Pilz hielt es für richtiger, wenn die Polizeidirektion für Ruhe, Ordnung und - vor allen Dingen - Sicherheit sorgte. Er verwies dabei auf die Einbrüche bei Boek, Lange usw.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Rechtsausschusses einstimmig zu.

### Punkt 3 der Tagesordnung.

Festsetzung der Entschädigung für die Beisitzer des Gewerbegerichts.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß den Beisitzern des Gewerbegerichts für jede Sitzung der sie beigewohnt haben, dieselbe Entschädigung gezahlt wird, die die Stadtverordneten für die Plenarsitzung erhalten. Den Bericht erstattete für den Finanzausschuß der Stadt v. Dietermann.

Die Entschädigung, so führte Stadt v. Dietermann aus, betrage z.Z. 600 M für jede Sitzung, der Antrag des Rates ginge dahin, 1 Million Mark für die Sitzung zu zahlen. Namens des Finanzausschusses stellte er den Antrag, für jede Sitzung, an der der Beisitzer teilgenommen hat, die Entschädigung auf 1 Milliarde Mark festzusetzen.  
Beschluß: Die Entschädigung wurde auf 1 Milliarde Mark für jede Sitzung festgesetzt.

#### Punkt 4 der Tagesordnung.

##### Verlängerung eines Pachtvertrages.

Der Rat ersucht, zuzustimmen, daß der s.Z. mit dem Landesdomänenamt abgeschlossene, am 1. Oktober 1922 be-

reits



reits abgelaufene Pachtvertrag wegen der in der Nähe des Wasserwerks am Domesee gelegenen Sandgrube auf weitere 6 Jahre unter der Bedingung verlängert wird, daß für je 25 a und Jahr  $3\frac{1}{5}$  Zentner Roggen als Pachtgeld gezahlt werden.

Berichterstatter für den Finanzausschuß war Stadtv. Marth. Er besprach eingehend die Ratsvorlage und bedauerte, daß in diesem Falle der Staat der Stadt nicht mehr entgegengekommen wäre. Ob in den nächsten 6 Jahren eine Auffüllung der Grube möglich wäre, könnte heute noch nicht gesagt werden, erschien aber sehr zweifelhaft.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Munte fragte, wie groß die Sandgrube wäre, und Stadtv. Dr. Schultze wollte wissen, ob es nicht möglich wäre, auf andere Art und Weise, zu verhüten, daß schädliche Gegenstände in die Grube kämen.

Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte, daß die Grube ungefähr 3 Morgen groß wäre, es wüchse aber

gar-

garnichts in der Grube. Wenn dem Rat der Stadt geeignetes Material zur Verfügung stände, dann wäre die Grube schon längst aufgefüllt. Eine andere Möglichkeit, zu verhüten, daß schädliche Gegenstände in die Grube kämen, als durch die beantragte Pacht, dürfte nicht gegeben sein. Irgend welche Beschränkungen des Besitzers über seinen Besitz dürften im Gesetze nicht zu finden sein. Es bliebe dem Rate eben nichts weiter übrig, als zu pachten und den Pachtpreis zu zahlen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, der Rat ersucht, mit dem Staatsministerium wegen Herabsetzung der Pacht zu verhandeln.

#### Punkt 5 der Tagesordnung.

##### Aufnahme einer Anleihe.

Der Rat ersucht, der Aufnahme einer Anleihe von 1754 Billionen Mark + 4226 Billionen Mark unter den näher bezeichneten Bedingungen aus den vom Reiche dem Lande darlehnsweise zur Verfügung gestellten Mitteln zuzustimmen.

Für

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.Steinert. Er führte aus, daß die Zeit nicht mehr fern läge, wo die Überweisungen immer kleiner würden. In letzter Zeit wären von diesen Anleihen die rückständigen 25% der Beamtengehälter gezahlt. Die in Aussicht genommene Besoldung der Beamten wäre derart, daß sie den wirtschaftlichen Verhältnissen wirklich nicht angepaßt wäre. Auf alle Fälle müßten den Beamten in Zukunft die 25% gezahlt werden. Bislang hätte man immer gesagt „kann gezahlt werden“ man müßte jetzt sagen „muß gezahlt werden“.

Stadtv.Steinert empfahl, der Ratsvorlage und dem Antrage des Finanzausschusses, Zahlung der 25%, zuzustimmen.

Stadtv.Burgdorff meinte, der Antrag des Finanzausschusses könnte als Überschrift tragen „Vogel friß oder stirb“. Dem Antrage des Finanzausschusses müßte zugestimmt werden. Die Beamtengehälter wären, der Notwendigkeit gehorchend, schon sehr heruntergesetzt.

Oberbürgermeister Retemeyer stellte den Antrag,

über

über die Finanzlage in vertraulicher Sitzung zu beraten.

Stadtv. Maaß widersprach dem Antrage des Oberbürgermeisters, die Finanzlage müßte in öffentlicher Sitzung verhandelt werden. Die Bürger hätten ein Recht, über die Finanzlage ihrer Stadt unterrichtet zu sein.

Stadtv. Maaß nahm dann eingehend Stellung zur Zahlung der 25%. Es dürfte nicht angängig sein, daß die Beamten in der Stadt Braunschweig mit zweierlei Maß gemessen würden. Was die Staatsbeamten z.B. bekämen, das müßten auch die städtischen Beamten erhalten. Bedauerlich wäre es, daß die 25% immer so verspätet gezahlt würden. Er beantragte, die Finanzlage in öffentlicher Sitzung zu beraten. Stadtv. Dr. Köpcke meinte, es wäre sehr schwer, über den Antrag des Oberbürgermeisters mit ja oder nein abzustimmen, denn man wüßte hier augenblicklich die Gründe nicht, die den Rat veranlaßt hätten, den Antrag zu stellen.

Oberbürgermeister Retemeyer wies auf die Geschäftsord-

nung

nung der Stadtverordneten (Städteordnung) hin, hier-  
nach müßte über den Antrag in vertraulicher Sitzung  
abgestimmt werden.

Stadtv. Frede stellte den Antrag, die Finanzlage in  
vertraulicher Sitzung zu besprechen und jetzt über  
die Ratsvorlage abzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage - Aufnahme der Anleihen -  
wurde zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Festsetzung der Gebühren für die Tätigkeit des  
Stadtbauamtes.

(Die Vorlage ist dieser Niederschrift beigelegt).

Für den Finanzausschuß erstattete Stadtv. Burgdorff  
den Bericht und gab namens des Finanzausschusses der  
Versammlung anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 7 der Tagesordnung.

/ Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß fortan ein gleichmäßiger Zuschlag zur Grunderwerbssteuer  $\nabla$  in Höhe von 4% des steuerpflichtigen Grundstückswertes erhoben wird.

Stadtv. Frede empfahl namens des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Änderung der Hundesteuersatzung.

Bürgermeister Meyer teilte mit, daß der kürzlich von den städtischen Behörden genehmigte Satzungsentwurf von dem Staatsministerium unter der Bedingung genehmigt sei, daß im § 1 der betr. Satzungsänderung der Satz noch eingeschaltet wird:

„Die Beschlüsse der städtischen Behörden bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Staatsministeriums“  
Er empfahl namens des Rats der Stadt, der Änderung bzw. Ergänzung zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Er-

### Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Grundsteuer.

Bürgermeister Meyer teilte mit, daß gemäß § 22 der Vorschriften des Grundsteuergesetzes die Gemeinden berechtigt sind, zur staatlichen Grundsteuer Zuschläge zu erheben. Er gab der Versammlung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß ein Zuschlag von 200% der Staatsgrundsteuer erhoben würde. Gleichzeitig beantragte Bürgermeister Meyer, diese Gemeindegrundsteuer auch von den Gebäuden - Grundstücken - des Staates zu erheben, die infolge ihrer Nutzung von der Staatsgrundsteuer befreit wären.

In letzter Zeit, so führte der Vorsitzende aus, ist es sehr häufig vorgekommen, daß der Versammlung vom Rate hier Anträge gestellt würden, die überhaupt nicht in dem betr. Ausschusse vorberaten wären, man hätte infolgedessen zu den Anträgen keine Stellung nehmen können. Im Interesse der Sache gab der Vorsitzende dem Wunsche Ausdruck, in Zukunft über die Anträge in dem be-  
Ausschusse Stellung zu nehmen bezw. den Antrag vorzubereiten.

Bürgermeister Meyer erwiderte hierauf, daß man sich  
über

über die Gemeindegrundsteuer schon im Finanzausschusse unterhalten habe, nur hätte er namens des Rats der Stadt keine Zahlen (Höhe der Zuschläge) nennen können.

Stadtv.Frede unterstützte die Ausführungen des Vorsitzenden. Im Finanzausschuß wäre kein Berichterstatter gewesen, auch hätte der Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden. Stadtv.Frede stimmte dafür, daß 100% der Staatsgrundsteuer erhoben würden. Sollte es sich dann herausstellen, daß wir mit diesen Zuschlägen nicht auskämen, dann müßten eben weitere Zuschläge erhoben werden.

Oberbürgermeister Retemeyer meinte, es würde jetzt wieder der Kampf um die Grundsteuer beginnen. Es käme hier nicht in Frage, wieviel % sollen erhoben werden, sondern es kommt darauf an, was können die Grundstücke noch tragen. Er empfahl der Versammlung, 200% zu erheben.  
Beschluß: Die Versammlung beschloß, 100% zu erheben.

#### Erhöhung der Müllabfuhrgebühr.

Bürgermeister Meyer führte aus, daß die Müllabfuhr-

ge-



gebühr zuletzt am 8. November 1923 neu festgesetzt wäre. Inzwischen wären aber die Ausgaben bedeutend gestiegen, sodaß eine Erhöhung nicht zu umgehen wäre, er machte den Vorschlag, die Gebühr zu verzehnfachen, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober d.J. ab.

Stadtv. Frede meinte, die Kasse müßte angewiesen werden, runde Summen zu erheben. Gegen eine Erhöhung hatte er nichts einzuwenden, trat jedoch dafür ein, daß erst vom 1. Dezember d.J. ab erhoben würde, da vom 1. Dezember ab die Nebenabgaben wieder umgelegt werden könnten.

Stadtv. Lehnert wünschte ebenfalls, daß die Gebühren abgerundet würden und zwar nach oben.

Stadtv. Möll war gegen eine Erhebung der Gebühren vom 1. Dezember d.J. unter Anrechnung der Gebühren für die Monate Oktober und November, eine Aufwertung ist nach dem Reichsmietengesetz nicht zulässig.

Die Beschlußfassung über diesen Punkt wurde zunächst ausgesetzt, es hatten sich Zweifel über den Wortlaut des Antrages gebildet. Bürgermeister Meyer wollte die Anträge schriftlich niederlegen.

An-

Antrag des Stadtv. Burgdorff:

Die Versammlung der Stadtverordneten wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Unterstützungen der Armengeld- und Sozialrenten-Empfänger in Gold- oder Rentenmark festzusetzen und soweit als irgend möglich, wertbeständig zur Auszahlung zu bringen.

Nachdem der Antrag vom Antragsteller begründet war, wurde er dem Finanzausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Melzer:

Unterzeichneter bittet die heutige Versammlung, ihre Zustimmung zu folgendem, sogleich an den Landtag zu sendenden Schriftstück zu geben:

Die heute in Braunschweig tagende Stadtverordnetenversammlung nahm mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis von dem im Landtage vorgelegten Antrage des Abgeordneten Nessel, wonach der westlich der Landstraße Braunschweig-Wolfenbüttel gelegene Teil des Lechlumer Holzes ausgerottet werden soll. Die braunschweigische Stadtverord-  
ne-

netenversammlung bittet den Landtag, dem Antrage die Zustimmung zu versagen.

Stadtv. Melzer begründete eingehend seinen Dringlichkeitsantrag, die Dringlichkeit wurde von der Versammlung anerkannt.

Stadtv. Marth unterstützte den Antrag, es wäre sehr bedauerlich, wenn die Wälder, die in der Nähe größerer Städte lägen, abgeholzt würden. Die Wälder wären die Erholungsstätten für die Städter.

Auch Stadtv. Sauerbier unterstützte den Antrag aufs wärmste und wünschte, daß der Antrag einstimmig angenommen würde.

Beschluß: Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Freder

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei der Polizeidirektion auf eine Prüfung und nötigenfalls auf eine Umgestaltung des nächtlichen Sicherheitsdienstes zu dringen, um der in letzter Zeit wieder

in

wieder in erschreckender Weise zunehmenden Unsicherheit zu steuern.

Stadtv. Frede begründete seinen Dringlichkeitsantrag. Er führte aus, daß der Nachtschutzdienst neu organisiert werden müßte. Vor ungefähr 8 Tagen wäre er um 1 Uhr nachts von Bekannten vor dem Steintore (Kaiser Wilhelmstraße) fortgegangen - nach seiner Wohnung Wilmerdingstraße. Er wäre quer durch die Stadt gegangen, hätte aber auf dem ganzen Wege nicht einen Nachtschutzmann oder Schupobeamten gesehen. Die Zahl der den Nachtschutz ausübenden Beamten wäre auch zu gering, er hätte gehört 8 Mann. Das System des Nachtschutzdienstes müßte auf alle Fälle geändert werden.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt. Die Ausführungen des Stadtv. Frede wurden vom Stadtv. Papenberg ergänzt bezw. berichtigt.

Beschluß: Der Dringlichkeitsantrag wurde angenommen.

An-

Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle erklären, daß sie vom 1. Dezember 1923 ab bis auf weiteres auf den Bezug der Sitzungsgelder sowohl für die Ausschusssitzungen als auch für die der Vollversammlungen verzichtet.

Nach Begründung des Antrages wurde derselbe dem Finanzausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Dringlichkeitsantrag der Stadtv. Frau Graf:

Ich beantrage, daß die Eingabe der Reinemachefrauen noch heute zur Behandlung kommt.

Die Stadtv. Frau Graf führte zur Begründung ihres Antrages aus, daß es nicht gut möglich wäre, auf Kosten der Sauberkeit zu sparen. Einmal in der Woche würde im Rathause nur reingemacht und das genügte bei dem Publikum-Verkehr, wie man ihn in der letzten Zeit hätte beobachten können, keineswegs. Auf jeden Fall müßte das Rathaus so gereinigt werden, wie es sich gehörte.

Die

Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt.

Stadtv. Dr. Röpeke meinte, die Frage der Rathausreinigung (Vermehrung der Reinmachefrauen bezw. Vermehrung der Arbeitsstunden) müßte bei der Frage des Beamten-Abbaues geprüft werden.

Stadtv. Lehnert war anderer Ansicht. Nach seiner Meinung hätte diese Angelegenheit mit dem Beamtenabbau nicht das Geringste zu tun. Einzig und allein, wäre hier der hygienische Standpunkt maßgebend.

Stadtv. Dr. Schultze trat für eine Beratung des Antrages in einem Ausschusse ein.

Stadtv. Steinert sprach für den Antrag. Der Antrag dürfte auf keinen Fall verschleppt werden. In der Reinigung des Rathauses müßte Wandel geschaffen werden, nach seiner Ansicht hätte diese Angelegenheit mit dem Beamtenabbau nichts zu tun.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die Reinigung, so wie sie jetzt vorgenommen würde, schon seit längerer Zeit durchgeführt wäre. Ein zu häufiges Aufwaschen der Zimmer und Korridore schadete dem Lino-  
leum, er würde dadurch brüchig, im übrigen wären ihm

noch

noch keine Klagen über Unsauberkeit zu Ohren gekommen.

Stadtv.Frede bedauerte, daß der Antrag als dringlich gestellt wäre, es könnte der Fall sein, daß er, wenn es zur Abstimmung kommen würde, abgelehnt würde. Er hielt es für richtiger, über diesen Antrag in irgend einem Ausschusse zu beraten, z.B. welche Zimmer häufiger benutzt würden, in welchen Zimmern viel Publikum verkehrt usw.

Die Stadtv.Frau Graf zog hierauf die Dringlichkeit des Antrages zurück, worauf derselbe dem Finanzausschusse zur Vorberatung überwiesen wurde.

Im Anschluß hieran folgte die Abstimmung über die Erhöhung der Müllabfuhrgebühr.

Beschluß: Der Jahressatz der Müllabfuhrgebühr wird von 18 181 818 100% auf 242 424 241 000% erhöht und die Gebühr nach dem Differenzbetrage für die Zeit vom 1. Dezember d.J. an bis auf weiteres erhoben. Die zu erhebenden Beträge sollen nach oben abgerundet werden.

Schluß 7<sup>30</sup> Uhr.

gez: C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez: C. Nehrmann,  
Schriftführer.

Reithaus

Nr. 16.

**N i e d e r s c h r i f t**

**über**

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am Freitag, den  
28. Dezember 1923 nachmittags 4 Uhr.**

**Gegenwärtig:**

**die Stadtverordneten,  
es fehlen entschuldigt  
Stadtv. Diers und Dr. Jasper,  
die Stadtv. Frau Graf und  
Fräulein Wolters erschienen  
später.**

**Der Vorsitzende wollte <sup>30</sup>4-- Uhr die Sit-  
zung eröffnen. Es stellte sich aber heraus, daß  
der Bauausschuß noch tagte, daraufhin wurde die  
Sitzung um 1/2 Stunde vertagt.**

**Um <sup>55</sup>4-- Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung  
wieder und leitete die Verhandlungen. Zunächst**

**wurden**



wurden folgende Eingänge bekannt gegeben:

- a) Zwei Schreiben der Armendirektion über Neufestsetzungen von Armenunterstützungssätzen.
- b) Ein Gesuch der Witwe Klara Brasse hier Madammenweg, um Beschäftigung ihres Sohnes Walter in städtischen Diensten. (Die Eingabe wurde dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung überwiesen).
- c) Eine Eingabe des Hermann Ohlendorf hier Hopfengarten 5 wegen Instandsetzung der Lutterstraße. (Die Eingabe wurde ebenfalls dem Rat der Stadt überwiesen). Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Eingabe der Firma Büssing & Sohn wegen Instandsetzung der Lutterstraße und östlichen Elmstraße.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Rasche.

Er führte aus, daß es sich hier um keine städtische Straße, sondern um einen Interessentenweg, handelte. Der Bauausschuß hätte beschlossen, diese Eingabe dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung zu überweisen und empfahl der Versammlung, dem Beschlusse des Bau-

ausschusses

ausschusses beizutreten.

**Beschluß:** Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 2 der Tagesordnung.

Antrag der Stadtv.Frau Graf wegen besserer Reinigung  
des Rathauses.

„Ich beantrage, daß die Eingabe der Reinenachefrauen  
noch heute zur Behandlung kommt.“

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Dr. Bock  
teilte mit, daß der Rat der Stadt erst noch Ermittlungen  
anstellen sollte. Der Punkt wurde daraufhin von der  
Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Antrag des Stadtv.Frede: Die Stadtverordnetenversammlung  
wolle erklären, daß sie vom 1. Dezember 1923 ab  
bis auf weiteres auf den Bezug der Sitzungsgelder sowohl  
für die Ausschusssitzungen als auch für die der  
Vollversammlungen verzichtet.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Marth, den  
Antrage dahingehend zuzustimmen, daß auf die Sitzungs-

gelder

gelder bis zum 1. April 1924 verzichtet wird.

Stadtv. Steinert sprach gegen den Antrag, die Tagegelder wären heute viel zu niedrig, mit dem Gelde könnte man überhaupt nichts anfangen. Es hätte eine Zeit gegeben, wo die Tagegelder den Ausfall an Lohn und Verdienst gedeckt hätten. Wenn man bedächte, daß es etwa 1/1000 Goldpfennig wäre, was der Rat der Stadt den Stadtverordneten anböte, so klänge es als reiner Hohn. In der Hoffnung, daß auch mal wieder bessere Zeiten kämen, empfahl er den Antrag abzulehnen und die entwerteten Gelder anzunehmen. Bürgermeister Meyer erwiderte, daß der Rat den Stadtverordneten nicht die Tagegelder „angeboten“ hätte, der Rat hätte bislang immer den Betrag gezahlt, den die Stadtverordneten beschlossen hätten.

Stadtv. Lehnert meinte, jede Arbeit müßte nach ihren Werten entlohnt werden, der Rat hätte bislang die Sätze gezahlt, die von den Stadtverordneten beschlossen wären. Der Antrag des Herrn Frede hätte so lauten müssen, daß die-

diejenigen, die in festen Lohn ständen, auf die Tagegelder verzichten müßten, die anderen dagegen, müßten so hohe Tagegelder haben, daß dadurch der Lohnausfall gedeckt würde. Zu diesem Antrage aber hätte Herrn Frede die Courage gefehlt. Ihm schiene es so, als ob dieses eine Art Wahlpropaganda sein sollte.

Stadtv. Frede meinte, man suchte keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht selber dahinter gesessen hätte. (Zurufe: Mieteinigungsamt!) Die jetzigen Tagegelder rechtfertigten nicht einmal die Mühe und Arbeitsaufwendungen der Beamten, die mit der Berechnung der Tagegelder zu tun hätten. Da heutzutage aber alles eingeschränkt würde, könnten die Tagegelder auch nicht erhöht werden. Stadtv. Frede führte weiter aus, daß es ihm nicht an der Courage fehlte, die Erklärung abzugeben, daß er auf die Tagegelder verzichtete. Propaganda sollte mit diesem Antrage nicht gemacht werden, der Gedanke könnte wohl da kommen, wo er berechtigt wäre. Er gab anheim, seinen Antrage zuzustimmen.

Stadtv. Fay führte aus, daß von demokratischer Seite schon

schon früher mal ein Antrag gestellt wäre, nur denjenigen Tagegelder zu gewähren, die auch wirklich Lohnausfall hätten.

Stadtv. Lehnert wandte sich nochmal gegen die Ausführungen des Stadtv. Frede. S.Z. hätte sein Parteifreund Postmann und er im Mieteinigungsamt auf die Tagegelder verzichtet und meinte (zu Herrn Frede gewandt), wenn Sie noch etwas wahrheitsliebend sind, dann müssen Sie das bestätigen."

Stadtverordneter Burgdorff unterstützte den Antrag.

Stadtv. Dr. Schultze stimmte ebenfalls dem Antrage zu und meinte, das Amt eines Stadtverordneten sei ein Ehrenamt, die unnötigen Auseinandersetzungen müßten forjfallen und dafür müßte produktive Arbeit geleistet werden, er verzichtete gern auf geldliche Entschädigung.

Beschluß: Dem Antrage des Stadtv. Frede - Verzicht auf Sitzungsgelder bis 1.4.1924 - wurde zugestimmt.

#### Punkt 4 der Tagesordnung:

#### Antrag des Stadtv. Burgdorff:

Die Versammlung der Stadtverordneten wolle beschließen,  
den

den Rat der Stadt zu ersuchen, die Unterstützungen der Armengeld- und Sozialrenten-Empfänger in Gold- oder Rentenmark festzusetzen und soweit als irgend möglich wertbeständig zur Auszahlung zu bringen.

Hakens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Frede, dem Antrage zuzustimmen.

Beschluß: Dem Antrage wurde zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Anschluß der Abwässer-Pumpstation an das Kabelnetz des Elektrizitätswerks.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die in der Abwässerpumpstation aufgestellte Lichtmaschine zur Erzeugung des Stromes für die Beleuchtung der Station und eines Teiles des Hasenwinkels außer Betrieb gesetzt wird und die Station an das Kabelnetz angeschlossen wird.

Stadtv. Dr. Boek als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über Gehalts- und Lohnzahlungen an

städtische

städtische Beamte und Arbeiter.

Der Punkt wurde zurückgestellt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verzicht auf Erhebung der Steuer auf Grund der Satzung  
vom 10. Juli 1923 - Besteuerung von Reit- oder Kutsch-  
pferden und Kutschwagen.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß auf die Erhebung der fraglichen Steuer bis auf weiteres verzichtet wird, da die aus der Bearbeitung des Materials erwachsenden Unkosten durch den Steuerertrag nicht gedeckt werden. Stadtv. Steinert empfahl namens des Finanzausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Erhebung von Zuschlägen zur Hundesteuer.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß für das Jahr 1923/24 für je 5000 M Abgabe ein Zuschlag von je 5 Goldmark erhoben wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert, er empfahl, auch dieser Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv.

Stadtv. Frede wünschte, daß eine schärfere Kontrolle ausgeübt würde, denn es liefen noch eine Menge Hunde ohne Steuermarke herum. Es müßten noch mehrere Hundefänger angenommen werden und die Fanggebühr müßte ebenfalls erhöht werden.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß bereits an Hand der Hausbogen eine Kontrolle über vorhandene Hunde ausgeübt würde, wenn noch Hunde nicht versteuert sein sollten, so könnte es sich nur um solche handeln, die erst im Laufe des Jahres angeschafft wären.

Die Stadtv. Lehnert und Sauerbier unterstützten ebenfalls die Ausführungen des Stadtv. Frede.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 9a der Tagesordnung.

Einräumung eines Kohlenbeschaffungskredites bei der Staatsbank für das Gaswerk.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß ihm bei der Staatsbank ein Kredit von 20 Milliarden Papiermark angeräumt wird.

Stadtv. Burgdorff empfahl als Berichterstatter des

Finanz-



Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen, gab jedoch anheim, bei weiterem Geldbedarf auch der Frage des Wechselkredits bei der Reichsbank näherzutreten.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

<sup>b</sup>  
2-

### Auf-nahme einer Anleihe.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß von der Landesversicherungsanstalt eine wertbeständige Anleihe von 20 Milliarden Papiermark gegen Hypothekbestellung (verzinslich mit 4 1/2% und rückzahlbar frühestens am 1. Oktober 1926) aufgenommen und dafür die 3 städtischen Wohnhäuser an der Honrothstraße verpfändet werden.

Auch hier empfahl der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Burgdorff, der Ratsvorlage zuzustimmen. Stadtv. Dr. Schultze wunderte sich, daß die Landesversicherungsanstalt soviel Geld habe, um Anleihen zu vergeben, obgleich sie ihre Lungenheilstätten usw. hätte eingehen lassen müssen.

Stadtv. Lehnert schloß sich den Ausführungen seines

Vor-

Vorredners voll und ganz an. Es wäre bedauerlich, so führte der Redner aus, daß diese Anstalt so wenig für die Bevölkerung übrig hätte. In der letzten Sitzung des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse wäre zur Sprache gekommen, daß die L.V.A. sämtliche Heilverfahren abgelehnt hätte.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 10 der Tagesordnung.

Austausch von Gelände Flächen an der Hildesheimerstraße.

Der Rat teilt mit, daß die Firma L.W.Grimm ihr Grundstück an der Hildesheimerstraße neu einfriedigen lassen will und gibt anheim, dem Geländeaustausch von 40 qm zustimmen zu wollen.

Der Berichterstatter Stadto. Maaß empfahl der Versammlung namens des Bau-Ausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11 der Tagesordnung.

Erhöhung der Summe der von der Stadt gegen Ausstellung von Schuldscheinen aufzunehmenden Darlehen.

Der

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Summe auf 2 Milliarden Papiermark erhöht wird.

Der berichterstatter Stadtv. Burgdorff empfahl namens des Finanzausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Erhöhung auf 2 Milliarden Papiermark wurde zugestimmt.

Punkt 12 der Tagesordnung.

Beschlußfassung über Rückgängigmachung eines Kaufvertrages.

Der Rat teilt mit, daß der Diplom-Ingenieur Otto Frühling nach einem mit ihm abgeschlossenen Vertrage vom 20. Februar 1923 gem. § 5 verpflichtet war, bis Ende dieses Jahres einen Anbau an sein Wohngebäude herstellen zu lassen. Nachdem p. Frühling dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist, ersucht der Rat, sich zu dieser Angelegenheit gutaichtlich zu äußern.

Für den Bau-Ausschuß berichtete Stadtv. Pilz. Er führte aus, daß der Bau-Ausschuß beschlossen habe, den p. Frühling mit der Herstellung des fraglichen Anbaues bis zum 1. August 1924 zu befristen. Sollte bis zu die-

sen Zeitpunkte der Anbau nicht fertiggestellt sein, dann sollte der Platz wieder eingezogen werden.

Stadtv. Sauerbier wunderte sich darüber, daß man den Ingenieur Frühling bis zum 1.8.1924 befristen wollte.

Nach dem Vertrage wäre er verpflichtet gewesen, bis Ende dieses Jahres den Anbau fertig zu stellen. Wenn die Stadt heute den Platz zurücknähme und wieder verkaufte, dann machte sie ein gutes Geschäft. Stadtv.

Sauerbier war gegen den Beschluß des Bauausschusses.

Stadtv. Maaß führte aus, daß man zuerst im Bauausschuß der Ansicht gewesen wäre, der Ingenieur Frühling hätte überhaupt nicht die Absicht gehabt, zu bauen. Man hätte sich aber dann an Hand der Unterlagen davon überzeugen müssen, daß die Absicht vorhanden gewesen wäre, es hätten sich jedoch Verhältnisse eingestellt, die das Bauen unmöglich gemacht hätten. Stadtv. Maaß unterstützte den Beschluß des Bauausschusses.

Stadtv. Marth unterstützte ebenfalls den Beschluß des Bauausschusses.

Stadtbaumeister Lebensleben erwiderte, daß der Rat zu der

An-

Angelegenheit noch keine Stellung genommen hätte. Wenn der Beschluß des Bauausschusses angenommen würde, so könnte man daran noch die Bedingung knüpfen, daß das Gelände zurückgegeben werden müßte, wenn der Anbau bis zum 1.8.1924 nicht im Rohbau fertiggestellt wäre.

Beschluß: Dem Antrage des Bauausschusses wurde zugestimmt mit der Bedingung, daß das Grundstück zurückgegeben werden muß, wenn der Anbau bis zum 1. August 1924 nicht im Rohbau fertiggestellt ist.

#### Punkt 13 der Tagesordnung.

##### Erhöhung der Kanalabgabe.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Kanalabgabe von 1. Oktober d.J. an von 700% auf 27 289 400 000% erhöht wird, sollte diese Erhöhung jedoch erst vom 1. Januar 1924 ab erhoben werden, dann müßte die Kanalabgabe von 700% auf 109 156 000 000% erhöht werden.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dr. Book, er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage - Erhöhung auf 109 156 000 000%, vom 1. Januar 1924 ab - wurde zugestimmt.

Bürgermeister Meyer ersuchte dann die Versammlung,

sich

sich damit einverstanden zu erklären, daß die in der Sitzung vom 6.d.Mts. beschlossene Grunderwerbssteuer in Höhe von 4% bereits vom 1.Oktober 1923 ab erhoben wird.

**Beschluß:** Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß bei Beratung des Antrages Frede (Iagegelder) von dem Stadtv. Lehnert die Worte gebraucht wären (zu Herrn Frede gewandt) „Wenn Sie noch etwas wahrheitsliebend sind usw.“ Er bezeichnete diese Redewendung als ungehörig und ersuchte den Stadtv. Lehnert, in Zukunft solche Ausdrücke zu unterlassen.

Anfrage des Stadtv. Regener:

Ist der Rat der Stadt gewillt, mit der Leitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Nachprüfung der Kündigung von 56 städtischen Arbeitern vorzunehmen und etwaige unnötige Härten zu vermeiden? Stadtv. Regener begründete seine Anfrage. Er teilte mit, daß 56 städtischen Arbeitern gekündigt wäre, es handelte sich vorwiegend um ältere Leute, die, wenn

sie

sie sich ärztlich untersuchen ließen, „nicht mehr arbeitsfähig“ geschrieben würden. Diese alten Leute müßten dann Altersrente beziehen und bekämen daneben noch den „fürstlichen“ Ruhe Lohn von 4 Goldmark. Auf alle Fälle müßte die Ruhe Lohnangelegenheit neu geregelt werden. Bürgermeister Meyer erwiderte hierauf, daß die Frage der Entlassung der Beamten und Arbeiter in den letzten Wochen eine große Rolle gespielt hätte. Die Anfrage des Stadtv. Regener könnte er augenblicklich nur mit „Nein“ beantworten, im Rat wäre nicht in Aussicht genommen, mit den Organisationen zu verhandeln. Die Vorverhandlungen wären sehr eingehend gewesen. Wenn die Stadtverordneten den Wunsch hätten, daß die ausgesprochenen Kündigungen nochmal nachgeprüft werden sollten, dann müßte ein dementsprechender Antrag gestellt werden.

Stadtv. Marth beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadtv. Marth führte aus, daß es schwer wäre, heute abzubauen, aber das Reich schreibe es vor, es fehlten die nötigsten Mittel. Selbstverständlich müßten bei den Kün-

di-

digungen auch die sozialen Verhältnisse berücksichtigen wären. Bei den jetzt ausgesprochenen Kündigungen hätte die Lohndeputation gefragt werden müssen, um zu prüfen, welche Arbeiter können entlassen werden. Er stellte den Antrag, die jetzt ausgesprochenen Kündigungen von der Lohndeputation nochmal nachprüfen zu lassen. Der Vorsitzende ersuchte den Stadtv. Marth, den Antrag schriftlich einzureichen.

Inzwischen wurde über den Antrag des Stadtv. Höll verhandelt.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die notwendigen Mittel bereit zu stellen, um einen Mietzuschuß denen zu gewähren, die am 31.12. nicht in der Lage sind, die Miete zu zahlen. (Arbeitslose, Armengeldempfänger, Sozialrentner etc.) Nachdem Stadtv. Höll seinen Antrag eingehend begründet hatte, wurde er dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Inzwischen war der Antrag des Stadtv. Marth eingegan-

gen



gen, er wurde von Vorsitzenden verlesen. Stadtv. Frede wies auf den schon bestehenden Beschwerde-Ausschuß (Finanz - Unterausschuß), hin, der über die Beschwerden der Beamten und Arbeiter zu entscheiden hätte. Dieser Ausschuß müßte sämtliche Beschwerden entscheiden.

Stadtv. Marth meinte, die Vertreter der Organisation müßten herangezogen werden.

Stadtv. Maaß sprach sich dahin aus, daß die Lohndeputation herangezogen werden müßte.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Gehaltsdeputation einen Unterausschuß gewählt hätte, bestehend aus 4 Mitgliedern der Gehaltsdeputation und zwar 2 von der „Rechten“, und 2 von der „Linken“.

Stadtv. Dr. Schultze erwähnte, daß ihm von diesem Ausschusse nichts bekannt wäre. S.Z. wäre ein Beschluß gefaßt, daß die Kündigungen von Angestellten im Einvernehmen mit dem Rechtsausschuß zu erfolgen hätten.

Stadtv. Frede machte den Vorschlag, den schon bestehenden Beschwerdeausschuß durch 2 Mitglieder der Lohndeputation zu ergänzen.

Stadtv. Maaß stimmte dem Antrage zu.

Stadtv.

Stadtv. Marth zog seinen Antrag zurück.

Folgender Beschluß wurde gefaßt:

Der Beschwerdeausschuß (Finanzausschuß), der über Beschwerden der Beamten und Angestellten zu entscheiden hat, wird durch 2 Mitglieder der Lohndeputation ergänzt, um in dieser Zusammensetzung auch über die Beschwerden der Arbeiter zu entscheiden.

Der Vorsitzende schloß 6<sup>25</sup>— Uhr  
die Sitzung.

gez: C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez: C. Mehrmann,  
Schriftführer.

**Niederschrift**

**über**

**die Öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu  
Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den  
24. Januar 1924, 4 Uhr nachmittags.**

---

**Gegenwärtig**

**10 Stadtverordneten, es  
schien Stadtv. Dr. Jasper,  
Lunte und Stukenberg/abwesend  
entschuldigt.)**

**Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete 4<sup>20</sup> Uhr  
nachmittags die Sitzung und leitete die Verhandlungen.**

**Folgende Eingänge wurden zunächst der Versamm-  
lung bekanntgegeben:**

**a) Zwei Schreiben der Armendirektion vom 3. bezw. 10. Januar  
1924 betr. Festsetzung der Armenunterstützungssätze  
und Abgabe von verbilligtem Schnalx.**

**b)**

*Handwritten signature*

- b) Ein Gesuch der unverschuldeten Frau von Eberstein um Erlass der Hundesteuer.  
(Das Gesuch wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen).
- c) Ein Gesuch der Firma H. Büsing & Sohn, G.m.b.H. um Niederherstellung eines Durchgangsweges von Friedrichsplatz nach der Lutterstraße.  
(Das Gesuch wurde dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.)
- d) Ein K.H.-Schreiben des Rats der Stadt von 24. Januar 1924, in welchem derselbe den Stadtverordneten die Stellungnahme der Polizeidirektion zu dem a.Z. von den Stadt.Frede gestellten Antrage wegen Umgestaltung des nächtlichen Sicherheitsdienstes, bekannt gibt.

Nachdem dann noch die gestellten Anfragen und Anträge bekanntgegeben worden waren, trat man in die Tagesordnung ein.

Tages-

## **Tagesordnung.**

\*\*\*\*\*

### **Punkt 1 der Tagesordnung:**

#### **Beschlußfassung über Gehalts- und Lohnzahlungen an städtische Beamte und Arbeiter.**

Stadtv. Burgdorff als Berichterstatter des Finanzausschusses teilte mit, daß Stadtv. Marth den a.Z. gestellten Antrag zurückgezogen hätte. Demgemäß hätte auch der Rat der Stadt seine Vorlage zurückgezogen.

Der Punkt 1 müßte als erledigt von der Tagesordnung abgesetzt werden.

(Die Vorlage liegt der Niederschrift als Anlage an.)

### **Punkt 2 der Tagesordnung:**

#### **Antrag des Stadtv. Höll wegen Gewährung von Mietzuschüssen an Erwerbslose usw.**

Der Vorsitzende teilte mit, daß dieser Punkt ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden  
müßte

reßte, da der Antragsteller in der Sitzung des  
Finanzausschusses nicht zugegen gewesen wäre.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Übernahme von Kosten zur Unterhaltung der Flücht-  
lingsfürsorge-Zentralstelle.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß von den  
Personalkosten des Jahres 1923 der Betrag von  
3 Billionen 371 Milliarden M., von 1. Januar 1924 ab  
die Vergütung für die notwendige Schwester übernom-  
men wird (z. Z. monatlich 94,26 RM).

Für den Finanzausschuß berichtete Stadts. Burg-  
dorff. Er führte aus, daß man diese Vorlage in  
Finanz-Ausschüsse sehr eingehend behandelt hätte.  
Es wäre dabei auch zur Sprache gekommen, sich mit  
dem Abbau der fraglichen Stelle demnächst zu be-  
schäftigen.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der  
Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadts.

Stadtv. Harth wies darauf hin, daß die Flüchtlingsfürsorge viel Gutes geleistet hätte. Bisher wären die Kosten vom Reiche aufgebracht, da jetzt aber das Reich keine Mittel mehr hätte, würde versucht werden, so nach und nach sämtliche Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Dieser Fall dürfte jedoch nicht eintreten; seine Parteifreunde würden die in der Vorlage angeforderten Mittel bewilligen, jedoch später angeforderte Mittel verweigern. Als eine der nächsten Aufgaben müßte die Beseitigung der Baracken bei Holst-Garten angesehen werden. Die dort untergebrachten Flüchtlinge müßten umgehend in anderen Wohnungen untergebracht werden.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß die Befürchtungen wegen Übernahme weiterer Kosten nicht von der Hand zu weisen wären. Nach neueren Vorschriften wäre damit zu rechnen, daß so nach und nach sämtliche Kosten von den Gemeinden zu tragen wären.

Der

Der Abbau der Flüchtlingsfürsorge wäre schon stark betrieben und würde noch weiter gesehen. In Zukunft hätte man wohl nur noch mit Rhein-bezw. Ruhrflüchtlingsen zu rechnen. Die Bewohner der Baracken in Holst-Garten würden, sobald sich Gelegenheit böte, in anderen Wohnungen untergebracht.

Stadto. Melzer trat ebenfalls dafür ein, daß die Baracken so schnell wie möglich verschwänden.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

#### Punkt 4 der Tagesordnung.

##### Ergänzung der Satzung für die Besoldung der städtischen Beamten.

Der Rat teilt mit, daß vom Staatsministerium folgende Änderungen bezw. Ergänzungen gefordert werden. Der § 8 soll lauten:

„Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 an in Kraft.“

In



In der Bemerkung 1 zu Abt. A der Besoldungsordnung ist hinzuzufügen:

„und unterliegt der Genehmigung des Staatsministeriums“.

Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Versammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Festsetzung der Gebühren für das Einfangen von Hunden.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß den bestellten Hundefängern für jeden von ihm in Gemäßheit der Vorschriften der Hundesteuerversetzung gefangenen Hund eine Vergütung von 2,5 GM bis auf weiteres gezahlt wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steiert. Er führte aus, daß man sich in Ausschusse dahin geeinigt hätte, der Versammlung 3 GM vorzuschlagen  
und

und empfahl, dem Beschlusse des Finanzausschusses zuzustimmen.

Beschluß: Die Vergütung wurde auf 3 GK festgesetzt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Änderung der Satzung über Erhebung einer Vergnügungssteuer.

(Die Ratsvorlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Der Vorsitzende teilte mit, daß diese Vorlage schon in mehreren Sitzungen des Vergnügungssteuer Ausschusses sowie in der Sitzung des Finanzausschusses eingehend durchberaten wäre, sodaß es nicht empfehlenswert wäre, in eine längere Debatte einzutreten.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier. In Einkverständnis mit dem Vorsitzenden wurden nur die Paragraphen zur Abetinnung gebracht, in denen von Finanzausschusse Änderungen vorgenommen werden sind.

Nachdem die Satzung vom Berichterstatter durch-

be-

besprochen war, die Versammlung zu der Satzung ihre Zustimmung gegeben hatte, trat Stadtv. Sauerbier für eine Ermäßigung der in § 18 vorgesehenen Gebühren ein.

Bürgermeister Meyer wünschte dann, wenn die Gebühr in § 18 ermäßigt würde, ebenfalls eine Herabsetzung der Gebühren in § 19 auf die Hälfte der in der Satzung vorgesehenen Höhe erfolgte.

Als § 27 könnte ein Absatz eingefügt werden, der die Zahlung der Goldmark-Gebühren in Papiermark regelte; der jetzige § 27 des Satzungsentwurfs würde dann als § 28 zu bezeichnen sein.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Änderungen des Satzungsentwurfes nicht mehr vorgenommen werden könnten, da über die Satzung bereits abgestimmt wäre.

Stadtv. Dr. Schultze wünschte, daß in Zukunft derartige Vorlagen vervielfältigt und den einzelnen Stadtverordneten zugestellt würden; so wisse

Ende

man überhaupt nicht, wie man abstimmen sollte, man wäre eben nur „Stimmvieh“.

Stadtv. Sauerbier widersprach den Ausführungen des Vorredners, es wäre nicht möglich—zumindest mit großen Ausgaben verbunden—solch umfangreiche Vorlage zu vervielfältigen.

Der Vorsitzende erkannte den Wunsch des Stadtv. Dr. Schultze an. Diese Vorlage wäre freilich den Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen zugestellt, jedoch wäre es möglich, daß man innerhalb der Fraktionen zu der Angelegenheit keine Stellung genommen hätte.

Der Vorsitzende stimmte dann darüber ab, ob den Anträgen des Stadtv. Sauerbier und Bürgermeisters Meyer entsprochen werden sollte und eine nochmalige Abstimmung über die Satzung vorgenommen werden sollte.

Die Anträge wurden abgelehnt.

Beschluß: Der Ratsvorlage (Satzungsentwurf) wurde mit den Änderungen des Finanzausschusses und

Fin-

Einschaltung eines Paragraphen (27) über  
Papiermarkverrechnung zugestimmt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bewilligung von Mitteln für die Schulentlas-  
senenspende.

Der Rat gibt anheim, zur Gewährung von Beihilfen  
an minderbemittelte Eltern und Pflegeeltern schul-  
entlassener Kinder einen Betrag bis zu 4 000 GM  
aus Kap. XIV Nr. 12 der ordentlichen Ausgabe der Kä-  
mmererkasse zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dr.  
Boock. Er empfahl der Versammlung, die Mittel zu be-  
willigen und zu beschließen, daß die Verteilung die-  
ser Gaben durch den Ausschuß erfolgen sollte, der  
im vorigen Jahre die Verteilung vorgenommen hätte,  
dem Ausschusse gehörten an die Stadtv. Schmerbach,  
Stebert, Stukenberg und Fräulein Wolters.

Die Stadtv. Frau Graf begrüßte die Vorlage und  
wünschte, daß die einzelnen Beihilfen nicht zu ge-  
ring wären. Es stünde heute freilich noch nicht

fest

fest, wieviel Kinder in Frage kämen, sollte jedoch die Zahl sehr groß sein, so möchte sie heute schon anregen, daß alsdann noch weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner gab sie dem Wunsche Ausdruck, daß die Meldungen in diesem Jahre nicht durch die Pastöre pp. eingereicht würden, sondern durch die Schulen bzw. Lehrer.

Stadtrat Dr. Reiche teilte mit, daß in diesem Jahre die Beihilfe in Naturalien gewährt werden sollte. Stiefel wären schon beschafft und die Verhandlungen wegen des Stoffbezuges ständen vor dem Abschluß.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt (die Mittel bewilligt), ferner wurde beschlossen, daß der Ausschuß für die Schulentlassenspende auch in diesem Jahre die Verteilung vornehmen sollte.

#### Punkt 8 der Tagesordnung.

##### Zahlung von Tagelohnen an Ausschuß- und Deputationsmitglieder.

Der Rat fragt an

- 1) von welchen Zeitpunkten an auf Zahlung der Tagelohnen

Tagegelder verzichtet werden sollte,

- 2/ ob Mitgliedern von Ausschüssen und Deputationen weiterhin Tagegelder gezahlt werden sollen, evtl. von wann ab nicht mehr.

Honore des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Dietermann auf sämtliche Tagegelder zu verzichten.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Erhebung von Zuschlägen zur Grundsteu für gewerblich genutzte Räume.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Röpke. Er empfahl der Versammlung zuzustimmen, den Rat zu ersuchen, die Unterlagen zu vervielfältigen und den einzelnen Fraktionen zuzustellen, damit diese innerhalb der Fraktionen zu der Angelegenheit erstmal Stellung nehmen könnten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Rechtsausschusses zu.

Antrag

Antrag des Stadtv. Pieper:

Die Stadtverordneten-Versammlung sollte beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, das Wohnhaus Gellershagen 2 von der Baubehörde sofort untersuchen zu lassen.

Nachdem der Antragsteller seinen Antrag begründet hatte, wurde er dem Bauausschuß zur Vorberatung überlassen.

Anfrage des Stadtv. Gräf:

Am 12. Januar wurde in den hiesigen Tagesblättern über eine Gerichtsverhandlung berichtet, in der die Beamten des hiesigen Wohnungsamtes der Bestechlichkeit beschuldigt werden.

- 1) Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, inwieweit die Anschuldigungen zutreffen und ob etwa schuldige Beamte vom Dienst suspendiert sind?
- 2) Was gedenkt der Rat der Stadt ferner zu tun, um nichtschuldige Beamte des Wohnungsamtes zu schützen?

Anfrage des Stadtv. Frede:

In einer am 11. Januar d.J. vor dem hiesigen

Schöffengericht



Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung sind Beamten des Wohnungsamtes Bestechlichkeit und Sehtungen vorgeworfen worden. Das Gericht erkannte auf 3 M Strafe, das Mindestmaß, während der Strafbefehl über 50 000 M gelaftet hatte. Es erachtete den Wahrheitsbeweis für z.T. erbracht und betonte, daß auch das Mindestmaß der Strafe noch zu hoch erscheine.

Das Urteil ist geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die korrekte Handhabung der Geschäfte im Wohnungsamt zu erschüttern, weshalb der Rat um Aufklärung über den Sachverhalt ersucht wird, sowie um Auskunft darüber, was er zu tun gedenkt, je nachdem das Urteil zu vertreten ist oder nicht.

Nachdem die Anfragen von den Stadtv. Grä f und Frede begründet waren, wurden dieselben vom Oberbürgermeister Retemeyer an Hand der Unterlagen und Akten eingehend besprochen.

Oberbürgermeister Retemeyer ging zunächst auf  
den

den Zeitungsartikel ein, der sich mit der Beschaffung von Wohnungen durch Hergabe größerer Summen Geldes befaßte. Er teilte mit, daß diese Angaben zuträfen; andere Städte hätten von diesem Mittel noch viel mehr Gebrauch gemacht. Die hieraus erzielten Mittel wären lediglich dazu gebraucht, um Dachwohnungen anzubauen und wären dadurch wiederum mehrere Wohnungssuchende untergebracht. Durch diese Maßnahmen aber dürften die Beamten des Wohnungsamtes niemals als Schieber bezeichnet werden. Wenn allen Richtern die Not der Stadt bekannt gewesen wäre, dann wären solche Vorwürfe bestimmt nicht gemacht.

In Anschluß hieran kam der Oberbürgermeister auf den Fall des Angestellten Tiedge zu sprechen. An Hand der Akten wurden die Vorgänge geschildert. Oberbürgermeister Ketteneyer teilte mit, daß dem Angestellten Tiedge keine Bestechlichkeit nachgewiesen werden könnte, es wäre jedoch besser gewesen, Tiedge hätte die Karte nicht angenommen.

Für den Rat hätte jedenfalls kein Grund vorgele-  
gen

gen, den Fiedge aus dem Wohnungsamte zu versetzen, Stadts. Möll beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadts. Marth teilte mit, daß die Beamten dauernd Bestechungen ausgesetzt wären. Pelze, Kisten mit Wein, Zigarren usw. wären den Beamten ins Haus geschickt, aber jedes Mal den Räte wieder zur Verfügung gestellt. Den betr. Beamten wäre jedes Mal ein Lob ausgesprochen, zumal bei der geringen Besoldung die Versuchung sehr groß gewesen wäre. Der Fall der vorliegenden Anfragen müßte auf das Genaueste nachgeprüft werden. Wenn ein Beamter schuldig ist, dann muß er ohne weiteres entlassen werden, ist er aber unschuldig, dann muß er auch vor solchen Anschuldigungen geschützt werden. Stadts. Marth stellte dann folgenden Dringlichkeitsanfrage

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt und die Beamten des Wohnungsamtes als Nebenkläger in den Prozeß gegen den Schlachtermeister Reinecke zu beauftragen.

Stadts. Möll führte aus, daß nur diejenigen mit dem Wohnungsamte nicht zufrieden wären, denen ihre Wünsche bislang noch nicht erfüllt wären, sei es, daß

daß ihnen eine Wohnung noch nicht zustehe, oder daß sie ein oder zwei Zimmer abgeben müßten.

Dadurch, daß in den letzten Jahren so wenig oder überhaupt nicht gebaut wäre, wäre die Wohnungsnot so groß geworden. Mit allen Mitteln würde eben versucht, eine Wohnung zu bekommen und man scheute sich eben nicht, zum Mittel der Bestechung zu greifen.

Stadtv. Nöll führte dann weiter aus, daß nicht die Beamten des Wohnungsamtes die Wohnungen verteilten, sondern der eigene dazu gewählte Wohnungs- bzw. Wohnungs-Unter-Ausschuß, die Beamten führten nur die Beschlüsse dieses Ausschusses aus.

Stadtbaurat Gebensleben meinte, die Beamten des Wohnungsamtes wären dankbar, daß diese Angelegenheit heute hier zur Verhandlung gekommen wäre. Die Beamten des Wohnungsamtes würden täglich beleidigt und schon zu wiederholten Malen hätten diese Beamten mündlich und auch schriftlich um ihre Versetzung gebeten. Von einer Bestechung dieser Beamten könnte keine Rede sein.

Stadtv.

Stadtv. Lehnert unterstützte dann noch die Ausführungen der Vorredner.

Der von Stadtv. Harth eingereichte Dringlichkeitsantrag wurde vom Vorsitzenden verlesen.

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen.

Antrag des Stadtv. Burgdorff:

Wegen vieler Strafbefehle, welche die Polizeidirektion unter Bezugnahme auf § 87 der Straßenpolizeiordnung anlässlich der Winterglätte erlassen hat und bei denen die Beweisicherung seitens der Betroffenen nicht möglich war, wolle die Stadtverordneten-Versammlung beschließen, den Rat der Stadt zu erziehen:

bei der Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß die Straßen-Polizei-Ordnung, besonders § 87 in dem Sinne gehandhabt wird, in welchen sie z. B. erlassen wurde.

Stadtv. Burgdorff begründet seinen Antrag. Er führte aus, daß die Polizeidirektion in letzter Zeit ca 2900 Strafbefehle wegen Nichttreuens bei Winter-

glätte

glätte erlassen hatte. Nachzuprüfen, ob man wirklich gegen die Straßen-Polizeiordnung verstoßen hätte, wäre ganz unmöglich, da z.T. die Strafbefehle erst nach 14 Tagen den Schuldigen zugestellt wären. Man wäre auch nicht, wie es früher bei der „blauen Polizei“ geschehen wäre, aufmerksam gemacht, daß man streuen mußte, sondern ohne weiteres von den Schupo-Beamten aufgeschrieben, ob zu recht oder unrecht, das könnte eben nicht festgestellt werden. Ein Anwohner der Riechtalstraße habe 5 Strafmandate gem. § 87 der Straßenpolizeiordnung bekommen, weil er vor seinen 5 Grundstücken nicht gestreut hätte. Nachher habe sich herausgestellt, daß dieser Betreffende überhaupt kein Grundstück besitzt. Absichtlich sündige Hausbesitzer sollten keineswegs geschützt werden, der § 87 mußte aber doch etwas anders gehandhabt werden, wie es jetzt der Fall wäre.

Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Anfrage

Anfrage der Stadtv.Frau Graf:

Ist der Rat der Stadt in der Lage, Auskunft darüber zu erteilen, ob es sich bei der Entlassung beider Damen des Fürsorgeausschusses um eine Verminderung des Büros oder um einen Personenausschuss handelt.

Die Stadtv.Frau Graf führte aus, man hätte ihr gesagt, der Fürsorgeausschuss sollte dem Wohlfahrtsamt eingegliedert werden. Welche Gründe der Kündigung der Fürsorgerin Kolter zu Grunde gelegen hätten, wären ihr nicht bekannt. Auf jeden Fall müßte die Fürsorgestelle erhalten bzw. bestehen bleiben und noch weiter ausgebaut werden.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß eine Aufhebung der Fürsorgestelle nicht beabsichtigt wäre. Im nächsten Jahre dagegen sollte diese Stelle noch weiter ausgebaut werden.

Bei den jetzt ausgesprochenen Kündigungen handelte es sich lediglich um einen Personenausschuss.

Der Vorsitzende schloß 5<sup>35</sup> Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Mehrmann,  
Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am Dienstag,  
den 12. Februar 1924 5 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten,  
entschuldigt fehlen die  
Stadtverordneten Dr. Jasper,  
Mante, Papenberg, Dr. Köpke  
und Fräulein Wolters.

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete  
15 5 Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.  
Nachdem die Anfragen und Anträge bekanntgegeben  
waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1 der Tagesordnung.

Antrag des Stadtv. Möll: Die Stadtverordneten wollen  
beschließen

*frö*



beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die notwendigen Mittel bereit zu stellen, um einen Mietzuschuß denen zu gewähren, die am 31. Dezember nicht in der Lage sind, die Miete zu zahlen. (Arbeitslose, Armengeldempfänger, Sozialrentner etc).

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtp. Frede. Der Berichterstatter führte aus, daß dem Antrage so, wie er gestellt wäre, nicht entsprochen werden könnte, man würde dann den Bestimmungen des Reiches zuwiderhandeln. Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung einem Beschlusse zuzustimmen dahingehend, daß den Arbeitslosen, Armengeldempfängern usw. verbilligte Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden, damit diese mit den dadurch gesparten Geldmitteln ihre Miete bezahlen könnten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Finanzausschusses zu (Abgabe verbilligter Lebensmittel).

Punkt

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eingabe der Firma H. B ü s s i n g Sohn wegen  
Herstellung eines Durchgangsweges zwischen Frie-  
drichsplatz und Lutterstraße.

Für den Bauausschuss berichtete Stadtv. Trautmann. Er führte aus, daß hier demnächst - wenn der Umbau des Bahnhofes in Angriff genommen würde, ein neuer Ortsbauplan aufgestellt werden müßte, bis dahin sollte man von dem Ankaufe des Terrains, daß dem Eisenbahnfiskus gehörte, Abstand nehmen. Er empfahl, die Eingabe abzulehnen.

Beschluß: Die Eingabe wurde abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Festsetzung von Gebühren für die Beisitzer des  
Kaufmanns- und Gewerbegerichts.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Beisitzer des Kaufmanns- und Gewerbegerichts dieselbe Entschädigung erhalten, wie die Beisitzer des Schlichtungsausschusses, nämlich pro Stunde  $1/10$  der Tagegelder der  
Beamten

**Beamten - Gruppe III.**

Diese betragen z.B. bis zu 2 Stunden	=	1,06	GM
" " 3 "	=	1,59	GM
" " 4 "	=	2,12	GM
" " 5 "	=	2,65	GM
" " 6 "	=	3,18	GM
" " 7 "	=	3,71	GM
" " 8 "	=	4,24	GM
" " 9 "	=	4,77	GM und
über 9 "	=	5,30	GM.

Stadtverordneter Steinert als Berichterstatter des  
Finanzausschusses empfahl der Versammlung, der Rats-  
vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Antw. des Stadtverordneten Burgdorff: Wegen  
vieler Strafbefehle welche die Polizeidirektion  
unter Bezugnahme auf § 87 der Straßen-Polizeior-  
dnung anläßlich der Winterglätte erlassen hat und  
bei denen die Beweisicherung seitens der Betrof-  
ten nicht möglich war, wolle die Stadtverord-  
netenversammlung beschließen, den Rat der Stadt

zu

zu ersuchen, bei der Polizeidirektion vorstellig zu werden, daß die Straßenpolizeiordnung, besonders §~~28~~<sup>28a</sup> 87 in dem Sinne gehandhabt wird, in welchem sie s. Z. erlassen wurde.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf. Er führte aus, daß bei der Verberatung im Ausschuß neue Gesichtspunkte nicht hervorgetreten ~~sete~~ würden und empfahl, den Antrag anzunehmen.

Stadtv. Frede wünschte, daß die Polizei nicht „zu schneidig“ vorgehe und manchmal auch etwas korrekter. Sägmige und nachlässige Hausbesitzer sollten keineswegs in Schutz genommen werden. Bei den jetzigen Zeiten, wo die Hausbesitzer nur 15% der Friedensmiete erhielten, sollte <sup>auch</sup> man nicht so streng an den Buchstaben des Gesetzes sich klammern und nur Sand und Sägespäne zum Streuen frei geben.

Stadtv. Gräf wünschte dagegen eine strenge Durchführung der Straßenpolizeiordnung.

Beschluß

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Antrag des Stadtverordneten Pieper: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, das Wohnhaus Geiershagen 2 von der Baubehörde sofort untersuchen zu lassen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Marth. Er führte aus, daß das Haus sehr baufällig wäre. Die z.Z. daselbst untergebrachten Personen müßten so schnell wie möglich anderweitig untergebracht werden. Namens des Bauausschusses empfahl der Berichterstatter, den Antrag anzunehmen.

Stadtv. Frede wünschte in diesem Antrage auch das Grundstück Rehternstraße 70 mit aufzunehmen.

Stadtv. Pieper wunderte sich, daß hier die Baupolizei noch nicht eingeschritten wäre, auf jeden Fall müßten den in diesem Hause wohnenden Beamten-Leuten umgehend andere Wohnungen zugewiesen werden.

Stadtbaurat

Stadtbaurat Gebensleben sagte zu, daß diesen Leuten so schnell wie möglich durch das Wohnungsamt Wohnungen zugewiesen werden sollten.

Auf eine Anfrage des Stadtv.<sup>Dr.</sup> Schultze unterhielt man sich längere Zeit über die Wohnungsfürsorge. An der Besprechung beteiligten sich Stadtv. Frau Schulze, Stadt. Lehnert, Frede und Stadtbaurat Gebensleben.

Beschluß: Der Antrag-erweitert auf das Grundstück Lehternstraße 70 - wurde angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ankauf einer 225 qm großen Fläche im Zuge der projektierten Straße 7.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, von dem p. Stienerling, Friedrichstraße 47 eine 225 qm große Fläche im Zuge der proj. Straße 7 zum Preise von 1,50M /qm zu erwerben.

Stadtv. Gartung als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt

Punkt 7 der Tagesordnung:

Erhebung eines Zuschlages zur Müllabfuhrgebühr für die Zeit von 1. Januar bis 31. März 1924.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß für die Zeit von 1. Januar bis 31. März 1924 ein weiterer Zuschlag zur Müllabfuhrgebühr in Höhe von 1/10 des Mietwertes von 1914/15 in Goldmark erhoben wird.

Stadtv. Fröde empfahl namens des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Eine Anfrage des Stadtv. Gartung, wie es käme daß die Abfuhr gewerblicher Abfälle so teuer wäre, wurde vom Bürgermeister Meyer dahin beantwortet, daß die Kosten dieser Abfuhr von den Gewerbetreibenden aufgebracht werden müßten.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Erhebung einer Zugtiersteuer und Erhebung von Sonderzuschlägen zur Grundsteuer vom 1. Januar 1924 ab.

Der

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß zur Aufbringung der Kosten des Negebauens vom 1. Januar d. Js. eine Zugtiersteuer und Sonderzuschläge zur Grundsteuer erhoben werden.

Die Erhebung der Zugtiersteuer auf Grund einer zu erlassenden Satzung erfolgt, an Sonderzuschlägen zur Grundsteuer 150% pro Jahr erhoben werden.

Stadtv. Sauerbier berichtete namens des Finanz- und Rechtsausschusses über die Vorlage. Nachdem er die Vorlage eingehend besprochen hatte, gab er anheim, den nachstehend aufgeführten Beschlüssen des Finanz- und Rechtsausschusses zuzustimmen.

1)

1) Die Zugtiersteuer und die Sonderzuschläge zur Grundsteuer werden vom 1. Januar 1924 ab erhoben.

2) Die Erhebung der Zugtiersteuer erfolgt auf Grund einer noch zu erlassenden Satzung.

3) Der für das laufende Vierteljahr zu erhebende Sonder-



derzuschlag zur Grundsteuer beträgt 10 % der Grundsteuer für 1923/24.

- 4) Der Einheitssatz bei der Zugtiersteuer wird auf eine Mark (§4 des Gesetzes) festgesetzt.

Beschluß: Die Versammlung stimmte diesen Beschlüssen zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Zulassung einer Benzinzapfstelle.

Der Rat teilt mit, daß die Deutsch Amerikanische Petroleum-Gesellschaft auf dem Steinwege vor dem Grundstück Nr. 35/36 eine Benzinzapfstelle errichten will und gibt anheim, dem Antrage unter den in der Ratsverlage aufgeführten Bedingungen zuzustimmen.

Stadtv. Kffner empfahl namens des Bauausschusses der Ratsverlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Zuschuß der Stadt zu den Kosten des Landestheaters.

Der

Der Rat der Stadt empfiehlt der Versammlung zuzustimmen, daß

- 1) 25% des im Rechnungsjahre 1923 wirklich entstandenen Fehlbetrages von der Stadt getragen werden,
- 2) die Stadt die Verpflichtung übernimmt, 1/4 des wirklichen Fehlbetrages für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1927 zu decken.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dr. Beek. Nachdem er die Ratsvorlage eingehend besprochen hatte, empfahl er der Versammlung, derselben zuzustimmen. Stadtv. Fay war gegen die Übernahme der Verpflichtung. Der "städtische Finanzminister" hätte in letzter Zeit wiederholt Klage geführt, daß der "Stadtsäckel" leer wäre. Aus Mangel an Betriebskapital hätten mehrere Wohltätigkeitsanstalten ihre Türen schließen müssen. Wenn sich die Finanzen der Stadt gebessert hätten, dann wäre es die Pflicht der Stadt, diese Anstalten finanziell zu unterstützen. Wer die Kunst genießen wollte

wollte, der mußte auch dafür bezahlen. Der Redner war der Meinung, daß sich das Landestheater selbst erhalten mußte.

Die Stadtverordneten Burgdorff, Frede, Dr. Boek und Sauerbier stimmten der Ratsvorlage zu. Auch Oberbürgermeister Ketemeyer bat, der Vorlage zuzustimmen. Man dürfe den Einfluß des Landestheaters auf die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht unterschätzen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Bewilligung von Mitteln zur Errichtung eines Obdachlosenheims.

Der Rat empfiehlt, die Baracke 22 auf dem Flugplatze an der Broitzenerstraße zu einem Obdachlosenheim herzurichten und die dafür erforderlichen Mittel (750 Goldmark) zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Pieper empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustim-

men

nen und die Mittel zu bewilligen.

Stadtv. Regener führte aus, daß er der Ratsvorlage - soweit es sich um Bewilligung der Mittel handelte, zustimmen würde. Vielleicht ließe sich jedoch ein Lokal finden, das nicht gerade am Rande der Stadt läge. Entschieden sprach er sich gegen die Forderung der Polizeidirektion aus, sämtliche Obdachlose dem Erkennungsdienste zuzuführen.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß Frauen und Kinder vor wie nach im Pflegehause untergebracht würden. Wenn aus der Versammlung geeignete Vorschläge kämen, so würden sie auch vom Rat angenommen. Für den Rat käme z.Z. nur die Baracke in Frage.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Herriichtung der Baracke 22 zum Obdachlosenheim zu und bewilligte dafür 750 Goldmark.

Wegen der Zuführung der Obdachlosen zum Erkennungsdienste wurde der Rat der Stadt ersucht, Verhandlungen mit der Polizeidirektion zu führen.

Antrag

Antrag des Stadtv. Sauerbier:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, in Einvernehmen mit dem Staatsministerium bei der Reichsregierung dahin wirken zu wollen, daß den städtischen Beamten und Angestellten der unteren Besoldungsgruppenschleunigst eine angemessene Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge gewährt wird.

Nachdem Stadtv. Sauerbier seinen Antrag begründet hatte, wurde er dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Maaß:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß der Fahrplan der Straßenbahn den Ansprüchen und Bedürfnissen des Publikums angepaßt wird.

Nachdem der Antrag vom Antragsteller begründet worden war, wurde er dem Bauausschuß überwiesen.

Anfrage

Anfrage des Stadts. Steinert:

Sind dem Rat der Stadt die skandalösen Zustände im  
Städtischen Krankenhaus bekannt und was gedenkt der  
Rat zu tun, denselben in Zukunft abzuheben?

Stadts. Steinert führte aus, daß sich in der Nerven-  
Station des Städt. Krankenhauses alte gebrechliche Leute  
befänden, die von den Wärtern brutal behandelt  
würden. Der eine der Insassen wäre erblindet, der  
andere dagegen gelähmt. Wenn diese Leute infolge ihrer  
Gebrechlichkeit nicht instande wären, aufzustehen um  
ihre Notdurft zu verrichten und sie würden dann das  
Bett beschmutzen, so würden sie sehr „unsanft“ von den  
Mächtern angefaßt. Diese alten Leute wären so einge-  
schüchtert, daß sie „mit der Wahrheit nicht heraus wol-  
ten.“

Stadtrat Schayer erwiderte, daß der Arrendirektion  
und auch der Rat der Stadt von diesen Unzuträglichkei-  
ten nichts bekannt wäre, die Pflegehausdeputation  
sollte sofort zusammengerufen werden und den Sachver-  
halt

halt prüfen. Stadtrat Schaper führte weiter aus, daß es wohl richtiger gewesen wäre, Stadtv. Stehnert hätte sofort, nachdem er von den Vorgängen Kenntnis bekommen hätte, dem Rat der Stadt davon Mitteilung gemacht, um die Angelegenheit sofort an Ort und Stelle zu prüfen.

Stadtv. Marth beantragte Besprechung.

An der Besprechung beteiligten sich die Stadtverordneten Marth, Burgdorff, Pilz, Lehnert, Dr. Schultze und Schmerbach. Die Ausführungen gingen dahin, daß der Sachverhalt sofort nachgeprüft werden müßte.

Antrag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen die Bodestraße in Zukunft Wilhelm Bodestraße zu nennen.

Der Antrag wurde nach Begründung durch den Antragsteller dem Bauausschusse überwiesen.

Anfrage des Stadtv. Pilz:

Wie kommt es, daß die Stadt Arbeiten in eigener Regie ausführt, wie z.B. Tischler-, Maurer-, Gärtner-, Glaser-, Malerarbeiten usw., zu diesen Arbeiten Arbeitslose beschäftigt

beschäftigt und diese pro Tag mit 708 entschädigt?

Stadtv. Pilz führte z.B. die Ausführung von Malerarbeiten in der Markthalle an.

Oberbürgermeister Retemeyer gab anheim, diese Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, da noch wichtige Punkte zur Beratung ständen.

Stadtv. Pilz erklärte sich damit einverstanden.

Die Sitzung wurde daraufhin vom Vorsitzenden um 8<sup>20</sup> Uhr geschlossen.

gez. Ch Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,  
Schriftführer.



**Niederschrift**

**über**

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig, in deren Sitzung am Donnerstag, den  
28. Februar 1924, 4 Uhr nachmittags.**

---

**Gegenwärtig**

**die Stadtverordneten,  
entschuldigt fehlt Stadtv.**

**Dr. Jasper, entschuldigt**

**Stadtv. Sievers.**

**Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete  
4<sup>25</sup> Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.**

**Zunächst wurden folgende Eingänge bekanntgege-  
ben:**

**Eine Broschüre des Rudolf Kessel in Wien „Die  
einzig richtige Lösung der sozialen Frage“.**

**Die Broschüre wurde -zur Kenntnis der Versamm-  
lung- auf den Tisch des Hauses gelegt.**

**Eine Einladung des Br. Feuerbestattungsvereins  
zu einem am 9. März 1924 in den Saalbau-Lichtspielen**

**statt-**

*Kopie*

stattfindenden Vortrage. (Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Einlaßkarten nach Schluß der Sitzung bei ihm bestellt werden könnten).

Nachdem dann die gestellten Anfragen und Anträge von Vorsitzenden bekanntgegeben waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

### Tagesordnung:

#### Punkt 1 der Tagesordnung:

##### Antrag des Stadtv. Sauerbier:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium bei der Reichsregierung dahin wirken zu wollen, daß den städtischen Beamten und Angestellten der unteren Besoldungsgruppen schleunigst eine angemessene Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge gewährt wird.“

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Röpcke, er empfahl, den Antrag anzunehmen.

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen.

#### Punkt 2 der Tagesordnung:

##### Antrag des Stadtv. Maaß:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen,  
den

den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß der Fahrplan der Straßenbahn den Ansprüchen und Bedürfnissen des Publikums angepaßt wird."

Der Berichterstatter des Bauausschusses, Stadtv. Trautmann, führte aus, daß der Antrag im Ausschusse eingehend beraten wäre. Die Standwagen, der 6-Minuten-Verkehr müßten wieder eingeführt werden. Die Linie 5 müßte über die Augusttorbrücke hinaus verlängert werden usw.

Namens des Bauausschusses empfahl er der Versammlung, den Antrag anzunehmen.

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Antrag des Stadtv. Helzer wegen Umbenennung der Rodestraße.

Der Antrag war vom Antragsteller zurückgenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Änderung des Pachtvertrages bzw. Verpachtung der Fischeret in der Oker.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß

1. Die Fischerei in der Oker von Eisenbüttel bis zum Münzberge von 1. April d.J. bis zum 31. März 1930 zum Preise von 500 RM jährlich an den Angelsport-Verein Braunschweig verpachtet wird,
2. Die Fischerei in der Oker von Münzberge bis zur Einmündung der Schunter in die Oker von 1. April d.J. bis zum 31. März 1926 zum Preise von jährlich 100 RM an den bisherigen Pächter, Invaliden Schaacht Langestraße 60, weiter verpachtet wird.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadte. Steinert, er empfahl namens des Finanzausschusses den beiden Vorlagen zuzustimmen.

Stadte. Regener beantragte, die Vorlage wegen Verpachtung der Fischerei an den Angelsport-Verein an den Finanzausschuß zur nochmaligen Vorberatung zurückzuverweisen. Wenn den genannten Vereine die Fischerei in der Oker überlassen würde, dann wäre manchem Einwohner die Ausübung des Angelsports unmöglich. So z.B. sollte das Eintrittsgeld zu den Vereinen 24 M, der monatliche Beitrag 1 M betragen. Das könnte natürlich nicht

jeder

jeder bezahlen.

Stadt. Lehnert unterstützte den Antrag.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß sich der betr. Verein erboten hätte, den Minderbemittelten in jeder Weise entgegenzukommen.

Nachdem dann noch die Stadt. Helzer, Marth und Sauerbier zu dem Antrage Stellung genommen hatten, erfolgte die Abstimmung.

Beschluß: Der Verpachtung der Fischerei in der Oker zwischen Münzberg und Findung der Schunter in die Oker wurde zugestimmt. Der Antrag wegen Verpachtung der Fischerei in der Oker zwischen Eisenbüttel und den Münzberge wurde nochmals an den Finanz-Ausschuß zurückverwiesen.

Punkt 5 der Tagesordnung.

Festsetzung der Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1924/25.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß für das  
Rech-

Rechnungsjahr 1924/25 erhoben werden:

für den ersten Hund 10 GM

„ jeden ferneren Hund 20 GM

„ Zwingerhunde 40 GM.

Stadt Dr. Bock berichtete für den Finanzausschuß.  
Der Berichterstatter führte aus, daß man in Ausschusse beschlossen habe, der Versammlung folgendes vorzuschlagen:

für den ersten Hund 10 GM

„ jeden ferneren Hund 30 GM

„ Zwingerhunde 40 GM.

Den übrigen Anträgen der Vorlage jedoch zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte den Beschlüssen des Finanzausschusses zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Festsetzung der Vergütung für die Beisitzer des  
Hilfseinigungsamts.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß den Beisitzern des Hilfseinigungsamtes von 1. Februar 1924 ab an Tagsgeldern gezahlt werden:

für

für jede Sitzung 2 K.

„ „ Besichtigung 1,50 K.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dr. Bock. Namens des Ausschusses empfahl er der Versammlung, der Vorlage des Rates zuzustimmen und ferner den Anträge des Finanzausschusses zuzustimmen, dahingehend, daß die Mitglieder der Wohnungs-Verteilungs-Kommission die gleiche Vergütung erhalten, wie die Beisitzer des H. F. A. für die Sitzungen, die Mitglieder der Wohnungs-Beschlagnahme-Kommission die gleiche Vergütung, wie die Beisitzer des H. F. A. für die Besichtigungen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage und den Anträgen des Finanz-Ausschusses zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Aufstellung von Grundsätzen für die Buchführung bei den Gas- und Wasserkonten.

- Die Ratsvorlage ist der Niederschrift in Abschrift angefügt. -

Stadtv. Burgdorff berichtete für den Finanzausschuß.

Er

Er besprach die Ratsvorlage eingehend und gab anheim, derselben zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Untersuchungsergebnis der Pflegehausdeputation  
anlässlich der Anfrage des Stadtv. Steinert wegen  
der Zustände im städtischen Krankenhaus.

Stadtrat Schaper teilte zunächst der Versammlung das Untersuchungsergebnis der Pflegehausdeputation mit. Irgend eine strafbare Handlung habe den Wärtern nicht nachgewiesen werden können. Zu einer Entlassung oder Versetzung der beiden Wärter habe auch kein Grund vorgelegen, so führte Stadtrat Schaper aus.

In der Nummer vom 27. Februar 1924 des Volksefreunde hätte jedoch ein Artikel gestanden, der sich wiederum mit den „Zuständen“ im städtischen Krankenhaus befaßte. Dieser Artikel ginge von einem gewissen „Fellmann in Hamburg“ aus. Die Pflegehausdeputation hätte nun abermals die Pflicht, auch diesen Fall aufzuklären.

Stadtrat



Stadtrat Schaper teilte mit, daß er über die Person des Fellmann schon Mitteilungen erhalten hätte, die die Angaben höchst zweifelhaft erschienen ließen.

Punkt 9 der Tagesordnung.

Anschluß des Wasserwerkes am Biebröderwege an die Lichtleitung des Elektrizitätswerkes.

Der Rat gibt anheim, den Anschlusse des Wasserwerkes an die Lichtleitung des Elektrizitätswerkes zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 700 GM - zu bewilligen.

Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Versammlung, der Vorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu und bewilligte 700 GM.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Ausrüstung der zweiten Pumprmaschine der Abwasserpumpstation mit Ringventilen nach Patent Schöne und Bewilligung der erforderlichen Mittel.

Der

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß eine zweite Pumpmaschine mit 8 Ringventilen nach Patent Schöne ausgerüstet und dafür die Summe von 4000 GM abzüglich des Erlöses für Altmaterial - aufgewandt wird. Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Sauerbier empfahl dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 4 000 M - zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu und bewilligte 4 000 M.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Unterstützung von Stiftungen.

Der Rat teilt mit, daß fast alle der Aufsicht der Stadt unterstehenden Stiftungen ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Die Stiftungen haben die Bitte ausgesprochen, die Stadt möge die ihr zustehenden Forderungen (Kanalsteuer, Müllabfuhrgebühr, Wassergeld, Gaspreis) nicht einziehen, vielmehr darauf verzichten.

Der Rat gibt anheim, sich mit den Treuhändern der Stiftungen einverstanden zu erklären und von der Einziehung rückständiger Abgaben abzusehen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Dieter-

nann

man zustimmen, daß den Stiftungen je nach Lage des Einzelfalles, - Mittel in bedarfsmäßiger Höhe gewährt werden.

Beschluß: Die Versammlung beschloß üngemäß.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Festsetzung von Zuschlägen zur Grundmiete für gewerblich genutzte Räume.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadto. Dr. Röpkke. Er führte aus, daß diese Angelegenheit vor Wochen den Rechtsausschuß schon einmal beschäftigt hätte. Der Rat hätte inzwischen Erkundigungen bei anderen Städten eingezogen. In den Nachbarstädten hätte man keine Zuschläge erhoben und er empfahl der Versammlung, zu beschließen, den Rat anheimzugeben, von der Möglichkeit, Zuschläge zu erheben, keinen Gebrauch zu machen.

Stadto. Frede trat für die Erhebung von Sonderzuschlägen ein und führte die Gründe an, die solche Maßnahme gerechtfertigt erscheinen ließen.

Die Stadto. Höll, Lehnert und Dr. Röpkke unterstützen  
den

den Antrag des Rechtsausschusses.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß der Rat zu der Angelegenheit noch keine Stellung genommen hatte, es wäre eine sehr kritische Frage.

Stadtv. Friede widerlegte bezw. berichtigte die Ausführungen der Voredner.

Stadtv. Helzer beantragte Zurückverweisung an den Rechtsausschuß zur nochmaligen Beratung.

Stadtv. Dr. Röpeke gab anheim, diesen Antrag abzulehnen und den Antrage des Rechtsausschusses zuzustimmen.

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Helzer wurde abgelehnt, der Antrag des Rechtsausschusses - keine Zuschlüsse zu erheben - angenommen.

Antrag des Stadtv. Steinert:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Statistik über den Gesundheitszustand der Schulkinder der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten.

Nach Begründung des Antrages durch den Antragstel-

ler

ler wurde derselbe dem Schulausschuß zur Vorberatung überlassen.

Anfrage des Stadtv. Pilz:

Wie kommt es, daß die Stadt Arbeiten in eigener Regie ausführt, wie z.B. Tischler-, Maurer-, Gärtner-, Glaser-, Malerarbeiten usw., zu diesen Arbeiten Arbeitslose beschäftigt und diese pro Tag mit 70 Pfg. entschädigt?

Stadtv. Pilz kam auf die Malerarbeiten in der Markthalle zu sprechen. Die Instandsetzung der Restaurations- bzw. Küchenräume wäre keine gemeinnützige Arbeit. Diese Arbeiten könnten einem Unternehmer übertragen werden, der wiederum Erwerbslose heranziehen könnte. Stadtv. Pilz kam dann auf die ihm von Bau Rat Schröder a.Zt. erteilten Antworten zu sprechen und meinte mit dem Bürokratismus müßte hier einmal aufgeräumt werden.

Von den Dezernenten hätte er a.Z. bereitwilligst Auskunft erhalten, am liebenswertigsten wäre Stadtrat Vogler gewesen, er wäre aber nach diesen Auskünften nei

ebenso

ebenso schlau gewesen, wie vorher.

An Hand der reichsgesetzlichen Bestimmungen führte Stadtrat Vogler dann aus, daß die Stadt Pflichtarbeit von den Erwerbslosen ausführen lassen müßte. Es wäre jedoch schwer, den Begriff „Pflichtarbeit“ und „Gemeinnützigkeit“ genau festzulegen. Der Erwerbslosenaus- schuß und die Mitglieder der Markideputation hätten z. B. die Instandsetzung der Restaurationsräume in der Markthalle als gemeinnützige Arbeit anerkannt.

Stadtv. Sauerbier beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadtv. Sauerbier führte aus, daß dem Baurat Schröder aus seiner Handlungsweise dem Stadtv. Pilz gegenüber kein Vorwurf gemacht werden könnte. Die Stadtverordneten hätten z. B. kein Recht, Rechnungen einzusehen.

Stadtv. Burgdorf erwiderte, daß dem Stadtv. Sauerbier keine Kritik an den Ausführungen anderer Stadtverordneten zustünde. Der Rat der Stadt hätte den Stadtv. Pilz zu belehren, nicht der Stadtv. Sauerbier.

Oberbürgermeister Reiteneyer führte aus, daß der Rat

nicht

nicht sofort Rede und Antwort stehen könnte, die in Frage kommenden Beanten sollten gefragt werden. Was die Anfrage selbst betreffe, so könnte er die Versicherung abgeben, daß der Rat nicht die Absicht hätte, Arbeiten in eigene Regie zu übernehmen, der Mittelstand müßte erhalten bleiben. Es wäre ihm jedoch lieb, aus der Versammlung heraus Vorschläge zu bekommen, welche Arbeiten als gemeinnützig anerkannt würden.

Antrag des Stadtv. Frede:

Die Versammlung ersucht den Rat eine bessere Wartung der Turuhren anordnen zu wollen.

Nach Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Burghorff:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß das Pfauzimmer im Gebäude des Standesamtes an der Wilhelmstraße durch Ausbesserungen und Neuvermalung in einen würdigeren Zustand versetzt wird.

Nach

Nach Begründung durch den Antragsteller wurde  
der Antrag dem Bau-Ausschuß überwiesen.

Der Vorsitzende schloß 6<sup>40</sup> Uhr die öffentliche  
Sitzung.

gez. C. Stegmann,  
Vorsitzender.

gez. C. Kehrman,  
Schriftführer.



N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den  
20. März 1924 nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten,

es fehlen:

a) entschuldigt

Stadtverordneter Dr. Jasper,

Parenberg und Dr. Böck,

b) unentschuldigt

Stadtv. Burgdorff, Frau Graf

und Frau Böhm.

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann  
eröffnete 4<sup>20</sup> Uhr die Sitzung und leitete  
die Verhandlungen.

Vor



Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die folgenden Eingänge, Anfragen und Anträge zur Kenntnis der Versammlung gebracht.

a) Ein Schreiben der unverheirateten Emmy von Eberstein hier, Campestraße 21 um Erlaß der Hundesteuer.  
(Das Gesuch wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)

b) Eine Einladung der Vereinigung der Rheinländer Braunschweig zu einem am Sonntag den 23. März 1924 in Saalbau stattfindenden Wohltätigkeitskonzertes zum Besten der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn im besetzten Gebiete.

(Kenntnis gegeben.)

c) Ein Schreiben der Firma G r o p p & Co, hier wegen Erteilung der Genehmigung zur Errichtung einer kompletten Tuchfabrik an dem Riddagshäuserwege.

(Kenntnis gegeben.)

d) Ein anonymes Schreiben, unterzeichnet „Mehrere  
Nacht-

Nachtschutzleute" wegen der Besetzung von Schuldien-  
nerstellen mit entlassenen Nachtschutzleuten.

(Das Schreiben wurde dem Rechtsausschuß zur  
Vorberatung überwiesen.)

e) Ein Schreiben der Frau R o s t i n s k y hier  
Olfermannstraße 1, dessen Inhalt nicht verständlich  
ist.

(Bekannt gegeben.)

Nachdem der Vorsitzende dann noch die gestellten An-  
fragen und Anträge verlesen hatte, wurde in die Tages-  
ordnung eingetreten.

### Tagesordnung.

#### Punkt 1:

Verpachtung der Fischerei in der Oker zwischen Eisen-  
büttel und dem Münzberge.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert. Er  
führte aus, daß diese Vorlage die Versammlung in der  
letzten Sitzung schon einmal beschäftigt hätte. Im

Finanz-

Finanzausschüsse hätte man die Vorlage noch einmal beraten, auch das Schreiben des Angelsport-Vereines Braunschweig vom 12. März 1924, in dem sich der genannte Verein bereit erklärt, an Freunde des Angelsports - jedoch Nichtmitglieder des Vereins - Angelkarten zu ermäßigten Preisen, in Ausnahmefällen sogar Freikarten - auszugeben, wäre eingehend besprochen.

Er empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage - unter Berücksichtigung der Bedingungen des Angelsport-Vereines - zuzustimmen und zu beschließen, daß über Beschwerden von Nichtmitgliedern über den gent. Verein bzw. umgekehrt, der Rat der Stadt entscheiden sollte.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt - unter Berücksichtigung der Bedingungen des Angelsport-Vereines - und beschlossen, daß über Beschwerden der Rat der Stadt entscheiden sollte.

Funkt

Punkt 2: Festsetzung von Aufrückungsstellen bei den  
Vollziehungsbeamten, bei der Feuerwehr und den  
Desinfektoren.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß besoldet werden:

- a) von den Vollziehungsbeamten 2/3 nach Gruppe V,  
1/3 nach Gruppe VI.,
- b) von den Mitgliedern der Berufsfeuerwehr 2/3 nach  
Gruppe IV, 1/3 nach Gruppe V.,
- c) von den Desinfektoren 2/3 nach Gruppe III und  
1/3 nach Gruppe IV.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier.

Er teilte mit, daß man sich mit dieser Vorlage im  
Finanzausschusse sehr eingehend beschäftigt hätte.

Nachdem die Vollziehungsbeamten beim Staate mit Aus-  
nahme von 2 jüngeren Beamten, sämtlich in Gruppe VI  
eingruppiert wären, die Aufgaben und Arbeiten aber  
gleich wären, empfahl er der Versammlung, zuzustimmen

daß

daß sämtliche z. Zt. im Dienst befindliche Vollziehungsbeamte in Gruppe VI eingruppiert würden, in Übrigen aber den Anträgen des Rats zu b und c zuzustimmen.

Oberbürgermeister Retemeyer äußerte Bedenken, daß das Staatsministerium den Beschluß beanstanden würde. Er machte den Vorschlag, zuzustimmen, daß von den Vollziehungsbeamten  $\frac{2}{3}$  in Gruppe VI und  $\frac{1}{3}$  in Gruppe V eingruppiert würden.

Stadtv. Sauerbier gab anheim, dem Beschlusse des Finanzausschusses - die Vollziehungsbeamten in Gruppe VI einzugruppieren - zuzustimmen.

Stadtv. Marth unterstützte die Ausführungen des Stadtverord. Sauerbier. Wenn das Staatsministerium den Beschluß beanstanden würde, dann könnte man späterhin dem Vorschlage des Oberbürgermeisters Retemeyer näher treten.

Beschluß

Beschluß: Die Versammlung beschloß:

- a) sämtliche z. Zt. im Dienste befindlichen städtischen Vollziehungsbeamten in Gruppe VI einzugruppieren;
- b) von den Mitgliedern der Berufsfeuerwehr 2/3 nach Gruppe IV und 1/3 nach Gruppe V, und
- c) von den Desinfektoren 2/3 nach Gruppe III und 1/3 nach Gruppe IV zu besolden.

Art 3:

Antrag des Stadtv. Burgdorff:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß das Trauzimmer im Gebäude des Standesamtes an der Wilhelmstraße durch Ausbesserungen und Neuvermalung in einen würdigeren Zustand versetzt wird.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Pilz der Versammlung, den Antrag anzunehmen.

Die Decken müßten gestrichen, die Tapeten erneuert  
werden

werden, ebenso müßte der Ofen instand gesetzt werden. Stadtv. Lehnert fragte, ob das Standesamt nicht in das Rathaus zurückverlegt werden könnte. In dem Grundstück Wilhelmstraße 21 könnte sehr gut das Wohnungsamt untergebracht werden.

Stadtv. Pilz erwiderte, daß man hierüber im Bauausschusse noch keinen Beschluß gefaßt habe.

Beschluß: Der Antrag wurde von der Versammlung angenommen.

nkt 4:

Antrag des Stadtv. Stehnert:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Statistik über den Gesundheitszustand der Schulkinder der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten.

Stadtv. Dr. Kahlert als Berichterstatter des Schulausschusses teilte mit, daß der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen hätte, nachdem vom Stadtrat Schaper

in



in der Sitzung des Schulausschusses die Erklärung abgegeben hätte wäre, daß in allernächster Zeit vom Schularzt eine Zusammenstellung vorgelegt werden sollte; die Vorarbeiten wären schon in Angriff genommen.

kt 5:

Antrag des Stadtv. Frede:

Die Versammlung ersucht den Rat, eine bessere Wartung der Turmuhren anordnen zu wollen.

Stadtv. Drews berichtete für den Bau-Ausschuß und empfahl der Versammlung, den Beschlusse des Bauausschusses beizutreten,

„den Rat der Stadt zu ersuchen, dem Antrage des Stadtv. Frede zu entsprechen, ferner festzustellen, wer Besitzer der Turmuhren ist und die Instandsetzung resp. Erneuerung der Uhren vornehmen zu lassen.“

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt

Punkt 6:

Anderung des Teilortsbauplanes für die Straßen 1126 - 1128.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Breite in den Straßen 1126 - 1128 in ihrer ganzen Länge auf 8m festgelegt wird.

Stadtv. Drens empfahl namens des Bauausschusses, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 7:

Anderung der Fremdensteuer-Satzung.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der § 3 des Statuts Nr. 87 folgende Fassung erhält:

- 1) Die Steuer beträgt 10 v. H. des Entgelts.
- 2) Der Steuerbetrag wird derart nach oben abgerundet, daß der Pfennigbetrag durch 10 teilbar ist.
- 3) Die Steuer wird nicht erhoben,
  - a) wenn das auf den einzelnen Tag oder die einzelne

einzelne Übernachtung entfallende Entgelt (§2) unter 1 Goldmark bleibt, (für deren Berechnung der amtliche Umrechnungssatz für die Goldmark am Tage vor der Zahlung maßgeblich ist.)

b) bei Vermietungen an Ausländer, welche sich im amtlichen Auftrage ihres Heimatlandes im deutschen Reiche aufhalten.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kahler, er empfahl der Ratsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß in Absatz 3 statt „1 G.M.“ gesetzt wird „1.50 G.M.“ Für die Hebung des Fremdenverkehrs wäre es erforderlich, den Betrag auf 1.50 G.M. festzusetzen.

Beschluß: Der Ratsvorlage - mit Änderung des Absatzes 3 (statt 1M=1.50M) wurde zugestimmt.

Akt 8:

Verlegung eines Steinzeugrohrkanals in der Salzdahlumerstraße zwischen Ackerstraße und der Südseite der Eisenbahnüberführung und in dem westlichen Fußwege der verlegten Salzdahlumerstraße.

Der

Der Rat gibt anheim, der Herstellung des Steinzeugrohrkandle zuzustimmen und die erforderlichen Mittel 6150 bzw. 4500 M zu bewilligen.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Marth der Vorlage zuzustimmen und die Mittel 10650 M zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu und bewilligte 10650 G.M.

Pkt 9:

Aufhebung der Hermannstraße zwischen Wittekind- und Dieseterwegstraße.

Die Beratung wurde zurückgestellt, der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Pkt 10:

Erpachtung von Ländereien des ehemaligen Kloster-guts St. Leonhard.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß eine 208 Morgen große Fläche zwischen Wolfenbütteler- und Salzdah-

lumer-

lunerstraße, zum Preise von 30 M je Morgen vom Landesdomänenamt zur Weiterverpachtung als Kleingarten gepachtet wird. In dem Pachtvertrage sollen Bestimmungen für ein schiedsgerichtliches Verfahren wegen der Festsetzung des Pachtpreises aufgenommen werden.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dietermann, er empfahl der Erpachtung zuzustimmen. An Hand der Unterlagen teilte dann der Berichterstatter mit, daß z. Zt. von der Stadt an ca 4000 Kleingärtner Flächen verpachtet wären. Das vom Landesdomänenamt erpachtete Land sollte nur an Stadtbraunschweiger verpachtet werden. Stadtv. Dietermann wünschte, daß dem Landwirt Keune, der selbst größere Flächen besäße, kein Land verpachtet würde.

Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß augenblicklich in der Stadt Braunschweig ca 12-15000 Schrebergärten vorhanden wären, daß sich diese Zahl aber noch bedeutend erhöhen würde, die in Frage kommenden Organisationen hätten bis jetzt Gutes geleistet.

Stadtv.

Stadtv. Lehnert trat ebenfalls dafür ein, daß dem Landwirt Keune das Land gekündigt wird.

Stadtv. Sauerbier wünschte, daß die Pachtflächen auf den neu gerachteten Ländereien etwas größer festgesetzt würden, als Entschädigung für den weiten Weg.

Stadtv. Munte teilte mit, daß in dem Pachtvertrage gesagt wäre, Stadtbraunschweigern dürfte nicht gekündigt werden.

Stadtv. Melzer regte an, dahin zu wirken, daß das landschaftliche Bild durch die Kleingärten gefördert würde.

Stadtv. Maaß meinte, wenn die Stadt <sup>Land</sup> ~~Braunschweig~~ zur Weiterverpachtung bekäme, dann dürften andere Behörden wie es letzthin vorgekommen wäre, nicht eingreifen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

kt 11:

Ermächtigung des Landesgrundsteueramtes über Anträge auf Ermäßigung pp. von für die Gemeinde ausgeschriebenen

benen Zuschlägen zur Grundsteuer, zu entscheiden.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Röpke,  
er empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Pkt 12:

Aufhebung eines Interessentenweges.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß

- 1) die südliche Teilstrecke des Interessentenweges  
Nr. 175 in der Feldmarksgemeinde Alteniek auf-  
gehoben wird,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß von dem  
verlassenen Wegeterrain, soweit dieses von den  
Grundstücken der Breymannschen Erben (Nr. ass. 5905)  
und des Tischlers Basse (Nr. ass. 7419 und 7528)  
begrenzt wird, je die Hälfte, zum Preise von 3M je  
qm demnächst überlassen wird.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Effner der  
Vorlage zuzustimmen.

Beschluß

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

pkt 13:

Aufnahme des Riddagshäuserweges in den Paragraphen  
44 des Ortsbaustatuts.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß das im § 44 des Ortsbaustatuts enthaltene Verzeichnis von Straßen und Plätzen durch Aufnahme des Riddagshäuserweges mit der Wirkung ergänzt wird, daß die in dieser Straße belegenen Grundstücke der im § 44 unter 1 gedachten Beschränkung unterliegen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Maaß empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Lehnert empfahl, die Vorlage an den Bauausschuß zur nochmaligen Beratung zurückzuverweisen.

Stadtbourat Gebensleben empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen, diese Gegend müßte vor Belästigungen durch Rauch und Ruß geschützt werden.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

pkt 14:

Änderung der Satzung über Erhebung einer Lustbarketts-  
steuer



steuer in der Stadt Braunschweig.

Bürgermeister Meyer teilte mit, daß die Satzung bis auf folgende Änderungen vom Staatsministerium genehmigt wäre, die Änderungen müßten nachträglich noch genehmigt werden.

1) In § 1 Abs. 2 unter Nr. 5-7 entsprechend dem Art.II.51 der Reichsratsbestimmungen über die Vergnügungssteuer ist hinzuzufügen:

Puppen- und Marionettentheater, Ballette und Vorführungen der Tanzkunst

2) a) im § 17 Abs.6 statt „Abs.1-4“ ist zu setzen „Abs. 1-5“,

b) §20 Abs.1 muß lauten: Die Pauschsteuer (§§15-19) ist bei der Anmeldung (§§4,17 Abs.5, 18 Abs.3) der Vorstellung usw.....

c) im § 23 statt „im§21“ ist zu setzen „im§22“.

Bürgermeister Meyer gab anheim, diesen Änderungen zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Antrag

Antrag des Stadtv. Gräf:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen,  
den Rat der Stadt zu ersuchen,

- 1) die städtischen Spielplätze durch geeignete Maßnahmen wieder spielfähig zu machen,
- 2) auf dem neu angelegten Spielplatz an der Eisenbüttelerstraße geeignete Umkleideräume herzurichten.

Stadtv. Gräf begründete seinen Antrag. Er führte aus, daß die Spielplätze in der Stadt Braunschweig in einem trostlosen Zustande wären. So z.B. wäre am Amalienplatze die Drahtgitter-Umfriedigung entfernt, weshalb dieses geschehen, wäre ihm nicht bekannt.

Jetzt führten breite Querwege über den Platz - genau wie bei den anderen Plätzen - wodurch die Grasnarbe zerstört würde. Ein Spielen auf solchen Plätzen wäre fast unmöglich. Als mustergültig könnte der Spielplatz bei Eisenbüttel bezeichnet werden, hier allerdings fehlten geeignete Umkleideräume, die unbedingt her-  
gerichtet

gerichtet werden müßten.

Der Antrag wurde dem Bauausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Schultze:

Der Rat der Stadt wird ersucht, dem Plan zur Einrichtung einer Wald- bezw. Freiland-Erholungsstätte für erholungsbedürftige Schulkinder näherzutreten und den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zu machen.

Stadtv. Dr. Schultze wies bei Begründung seines Antrages auf die Erfolge hin, die man mit dem Aufenthalte von Kindern auf dem Lande usw. erzielt habe.

Den Kinder müßte Gelegenheit geboten werden, sich den ganzen Tag in frischer Luft aufzuhalten.

Der Antrag wurde dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Gräf:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die für die städtischen

sehen Häuser an der Korfesstraße gewählte Mietervertretung gemäß den Bestimmungen des Reichsmieterschutzgesetzes anerkennen zu wollen.

Nach Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Anfrage des Stadtv. Steinert:

Die technischen Vorarbeiten für die Erbauung eines städtischen Schwimmbades sind m.W. vollendet. Kann der Rat der Stadt darüber Auskunft geben, ob in nächster Zeit mit der Errichtung einer städtischen Badeanstalt gerechnet werden kann?

Stadtv. Steinert begründete seine Anfrage. Er führte aus, daß diese Angelegenheit schon wiederholt die Versammlungen beschäftigt hätte. Er hätte in den letzten Tagen gehört, daß das Projekt jetzt fertiggestellt wäre.

Oberbürgermeister Retemeyer erwiderte, daß ein Projekt zur Errichtung eines Schwimmbades auf dem Friedrich-Wilhelmplatze ausgearbeitet wäre. Dieses Projekt

jekt ließe sich aber nicht verwirklichen. Wenn sich auch die finanziellen Verhältnisse der Stadt in der letzten Zeit gebessert hätten, so müßte man aber auch wieder bedenken, daß die Gemeinden neue Aufgaben bekommen hätten und daß man auch einmal an die Abtragung der Schulden denken müßte.

In erster Linie müßte die Stadt jetzt daran denken, Wohnungen zu bauen, um die Wohnungsnot zu lindern.

Der Vorsitzende schloß <sup>10</sup> 6 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

